

# **Herausforderungen der Demokratie im 21. Jahrhundert: Für einen neuen Generationenvertrag**

**4. Auflage (Dezember 2013)**

von Jürgen Rüttgers

## **Vorwort**

Obwohl viele Wissenschaftler und Politiker schon früh auf die Brisanz des Themas „Demografischer Wandel“ hingewiesen und politisches Handeln eingefordert hatten<sup>1</sup>, ist zu lange zu wenig geschehen. Warum ist das so, fragte ich mich. Nachdem ich die folgende Studie auf meiner Website bei der Universität Bonn veröffentlicht hatte, war ich überrascht und erfreut über die große Resonanz. Zwar ist das Projekt „Demografischer Wandel“ noch lange nicht überall angekommen, aber die Politik nimmt sich des Themas an. Dies haben mir die vielen Veröffentlichungen gezeigt, die ich für die 4. überarbeitete Auflage ausgewertet habe. Die Bundesregierung hat verschiedene Detailvorschläge durch die zuständigen Bundesminister vorgelegt. Alle Parteien haben im Wahlkampf 2013 in ihren Wahlprogrammen das Thema aufgerufen. Wirtschaft und Gewerkschaften begründen ihre Forderungen häufig mit der Notwendigkeit, den demografischen Wandel zu gestalten. Auf meine Vorschläge in den früheren Auflagen, das Renteneintrittsalter abzuschaffen, gab es unterschiedliche Reaktionen.

---

<sup>1</sup> Siehe Meinhard Miegel, Sicherheit im Alter, mit einem Vorwort von Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf, Stuttgart, 1. Aufl., 1981

Während in den öffentlichen Kongressen und Veranstaltungen die Idee Zustimmung fand, reagierten die Sozialwirtschaft, die Sozialverbände und die mittelständische Wirtschaft eher ablehnend. Der frühere Arbeits- und Sozialminister Franz Müntefering hielt es für möglich, das Renteneintrittsalter flexibel zu gestalten.<sup>2</sup> Gefreut habe ich mich darüber, dass der Präsident der Wirtschaftsvereinigung Gesamtmetall Martin Kannengiesser und der Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber sich in einem Interview dem Vorschlag anschlossen haben.<sup>3</sup>

Das Thema „Altersarmut“ insbesondere bei Frauen hat in den letzten Monaten Fahrt aufgenommen. Laut und vernehmlich wird darüber gestritten, ob eine Altersarmut droht oder ob nicht eher die Jungen ein Armutproblem haben. Der renommierte Forscher Prof. Axel Börsch-Supan hält die Diskussion sogar für eine „Gespensterdebatte zum Schaden der gesetzlichen Rente“<sup>4</sup>. Stattdessen beklagt er die Absenkung des Rentenniveaus in den vergangenen Jahren. Als Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium schlägt er zusammen mit Achim Wambach und Friedrich Beyer vor, die Einstellungsbedingungen zu erleichtern und die Erwerbsquote von Frauen und Älteren zu erhöhen. Ziel muss nach dieser Ansicht möglichst 40 Jahre Beitragszahlung in die gesetzliche Rentenkasse sein.<sup>5</sup> Nun hat durch die Verabschiedung von

---

<sup>2</sup> Franz Müntefering, Schlaglöcher in der Sackgasse, Handelsblatt, 21. März 2012, S. 72. In einem Grundsatzartikel zur Rentenpolitik ging er auf die Erhöhung des Renteneintrittsalters, die vielfach gefordert wird, nicht ein; siehe S. 19 dieser Studie

<sup>3</sup> Martin Kannengiesser, Berthold Huber, „Maloche macht die Menschen kaputt“, Süddeutsche Zeitung 22. Dezember 2011, S. 20; siehe S. 95, a. A. Andreas Kruse, Arbeitnehmer sollte ab 50 selbstständig über die Arbeitszeit entscheiden, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Dezember 2012, S. 10

<sup>4</sup> Axel Börsch-Supan, Eine Gespensterdebatte zum Schaden der gesetzlichen Rente, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. September 2012, S. 13.

<sup>5</sup> Regierungsberater: Altersarmut ist derzeit kein großes Problem, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Februar 2012, S. 11. Börsch-Supan geht davon aus, dass

Vorruhestandsprogrammen, die Verkürzung von Schul- und Studienzeiten, die Rente mit 67 u. a. und sich auch durch die öffentliche Debatte der Trend zu einem früheren Renteneintritt verändert. Es gibt aber auch Debatten, die zur Rücknahme bereits beschlossener Veränderungen auffordern (Rente 67, frühes Abitur, G8).

Zwar scheint unstrittig zu sein, dass in Zukunft verschiedene Bevölkerungsgruppen von Altersarmut bedroht sind, wenn keine Anpassungen der heutigen Systeme vorgenommen werden. Eine Antwort auf dieses Problem gibt es aber noch nicht.

Franz Xaver Kaufmann weist mit Recht darauf hin, dass Politiker dazu neigen, „nur das Problem anzuerkennen, was sie als politisch handhabbar einschätzen.“<sup>6</sup> Hinzu kommt, dass „demografische Probleme Wahlperioden sprengen, ja sogar langjährige Regierungszeiten. Ihre Wirkungen entfalten sich nur sehr allmählich; und sie produzieren in der Regel keine dramatischen Momente, welche die Politik zu Handeln hier und jetzt herausfordern“.<sup>7</sup> Demnach wäre eine Strategie falsch, die auf das Drohen mit Mega-Problemen setze, ohne Gestaltungswege aufzuzeigen. Die demografischen Veränderungen seien politisch gestaltbar.<sup>8</sup>

Deshalb sollen in der 4. Auflage dieser Studie auch neue Themen aufgegriffen werden, die im Laufe der letzten Zeit sich als relevant für die Bewältigung des demografischen Wandels gezeigt haben.

---

die Lebensarbeitszeit wegen der steigenden Lebenserwartung verlängert werden muss; siehe auch: „Frührentner werden schneller alt“, Süddeutsche Zeitung, 28. November 2012, S. 18.

<sup>6</sup> Franz-Xaver Kaufmann, *Schrumpfende Gesellschaft*, Bonn 2005, S. 160.

<sup>7</sup> Franz-Xaver Kaufmann, a. a. O., S. 34.

<sup>8</sup> Deutschland könnte Demographie trotzen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05. März 2013, S. 11.

Dazu gehört die notwendige Anpassung des Arbeitsrechts, die Schaffung eines europäischen Arbeitsmarktes, das Ausweichen der Kommunalpolitik bei der Umgestaltung der Infrastruktur, größere Anstrengungen beim Thema Innovationen.

Ich bin mir sehr bewusst, dass bei einem Langzeitprojekt wie dem demografischen Wandel die Gefahr besteht, dass prognostizierte Entwicklungen anders als erwartet eintreten. Das menschliche Leben ist oft vielfältiger, als noch so gute Wissenschaft voraussagen kann. Aber es kann kein Zweifel daran bestehen: Wer sich nicht daran beteiligt, die notwendigen Veränderungen zu gestalten, versündigt sich gegenüber der Zukunft.

Deshalb enthält die Studie auch eine Vielzahl konkreter Ansatzpunkte, um den notwendigen Wandel zu gestalten:

- Deutschland braucht einen neuen Generationenvertrag, der nicht nur – wie bisher – zwei, sondern drei Generationen umfasst: Kinder und Jugendliche, Erwerbstätige und Rentner.
- Wir brauchen eine Erziehungs- und Bildungsrente.
- Wir können den drohenden Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen stoppen und umkehren.
- Wir können ein flexibleres System sich ergänzender Alterseinkommen zur Verhinderung von Altersarmut einführen.
- Wir brauchen eine Mindestrente.

- Unser Rentensystem muss transparenter werden.
- Kindererziehung muss auch bei der Rente berücksichtigt werden.
- Die Übergänge zwischen Erwerbstätigkeit und Rentenbezug müssen flexibler gestaltet, das gesetzliche Renteneintrittsalter abgeschafft werden.
- Die demografischen Herausforderungen lassen sich nicht allein durch Zuwanderung bewältigen. Es gibt aber in Europa viele junge, gut ausgebildete Menschen, die Arbeit suchen.
- Wir müssen eine generationengerechte Lebenswelt aufbauen.
- Deutschland braucht eine Strategie der Haushaltskonsolidierung und des Wachstums, um die Kosten des demografischen Wandels bewältigen zu können.

Über weitere Vorschläge, aber auch über kritische Anmerkungen würde ich mich freuen.

## Demografischer Wandel: Bedrohung oder Chance?

Seit vier Jahrzehnten nimmt die Zahl der Geburten in Deutschland ab.<sup>9</sup> In rund 25 Jahren lebt in Deutschland womöglich „die älteste Bevölkerung der Welt“<sup>10</sup>.

Seit Jahrzehnten diskutiert Deutschland über Gastarbeiter und Facharbeiter, über Zuwanderung und Auswanderung, über Bevölkerungsexplosion und Bevölkerungsrückgang, über eine älter werdende Gesellschaft und den demografischen Wandel.

Unzählige Bücher und Aufsätze wurden darüber geschrieben, viele Interviews gegeben. Kommissionen wurden eingesetzt und Berichte erarbeitet. Alles ist bekannt.

Diskutiert wurde viel. Geschehen ist wenig.

Fragt man Menschen auf der Straße nach den demografischen Veränderungen und ihren Folgen, sehen die meisten mehr Risiken und Probleme als Chancen.<sup>11</sup> Ihnen fallen häufig nur wenige Stichworte ein: „Pflegeversicherung“, „Rente mit 67“ und – seit einiger Zeit zunehmend – „Altersarmut“. Andere – wie Roland und Andrea Tichy – sehen weitreichendere Folgen: „[D]er unaufhaltsame, sich von Tag zu Tag beschleunigende Verfall unserer Bevölkerung, die Überalterung unserer Gesellschaft, die graue Revolution wird das Antlitz Europas stärker verändern als die Französische, die Russische oder die osteuropäische

---

<sup>9</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2010, Wiesbaden 2010, S. 55.

<sup>10</sup> So eine Prognose des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 1999; zit. nach: Horst W. Opaschowski / Ulrich Reinhardt, Altersträume. Illusion und Wirklichkeit, Darmstadt 2007, S. 142.

<sup>11</sup> Vgl. o. V., Familienpolitik als Antwort auf alternde Gesellschaft, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Januar 2012, S. 12.

Revolution, wird größere gesellschaftliche Veränderungen anrichten als der Erste und Zweite Weltkrieg zusammen.“<sup>12</sup>

Es wird Zeit, zu handeln. Jedes Jahr, das vergeht, ohne den demografischen Wandel aktiv zu gestalten, wird Deutschland teuer zu stehen kommen.

Wir müssen zwischen zwei alternativen Wegen entscheiden.

Was geschieht, wenn nichts geschieht?

Die „mächtige Industrie der Alterslosigkeit“<sup>13</sup> wird dann weiter obsiegen. Sie wird dafür sorgen, dass der Jugendwahn weitergeht – in der Werbung, der Sprache, der Moral. Schon in den 60er-Jahren des vorigen Jahrhunderts hieß es: „Traue keinem über 30“. Mit 40 bekam man Depressionen, weil man nicht mehr jung war. Heute müssen viele 30-Jährige noch zu Hause wohnen, weil sie sich eine eigene Wohnung nicht leisten können. Das Studium dauert und kostet. Und junge Akademiker mit Abschluss werden von Praktikum zu Praktikum geschickt. Ohne ein festes Einkommen ist an Heirat und Kinder nicht zu denken. Viele können sich nur über Wasser halten, wenn Eltern und Großeltern ihnen finanziell aushelfen.

Die „jungen Alten“ sind aktiv, gut drauf, weltweit unterwegs, sportlich und fit. Sie dürfen alles sein, nur nicht alt und weise. Sie brauchen Cremes und Tinkturen, damit nur ja kein Fältchen ihre Gesichtshaut verunstaltet. Sie sind von morgens bis abends aktiv und konsumfreudig vom Wochenanfang bis zum Wochenende. Das Fernsehen umwirbt die 14-

---

<sup>12</sup> Roland und Andrea Tichy, Die Pyramide steht Kopf. Die Wirtschaft in der Altersfalle und wie sie ihr entkommt, München 2003, S. 10.

<sup>13</sup> Ebd., S. 13.

bis 49-Jährigen. Nur diese Bevölkerungsgruppe ist relevant – werberelevant. So hat es der ehemalige RTL-Chef Helmut Thoma gesagt.<sup>14</sup> Und alle reden es ihm nach. Fast 40 Prozent der Betriebe haben keinen Mitarbeiter über 50 Jahre. Den jungen Alten geht es gut. Doch die Jungen haben, wenn sie alt sind, eine schlechte Altersversorgung. Dafür dürfen demnächst womöglich 16-Jährige bei Landtagswahlen wählen.

Der Kampf „Alt gegen Jung“ wird immer stärker. Alte beschweren sich, wenn es im Kindergarten nebenan zu laut ist, der Kindergarten, in den sie vielleicht einst ihre eigenen Kinder geschickt haben.<sup>15</sup> Es gibt Altenpolitiker, die Kinderstimmen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz messen wollen. In den zahlreichen Debatten über die Reformen der sozialen Sicherungssysteme bricht ein Verteilungskampf aus. Ab wann, so fragen sich die Jungen, lohnt es sich nicht mehr, Alten noch neue Herzschrittmacher, Hüft- oder Kniegelenke einzusetzen? Angesichts der entsprechenden Debatten ist bereits von einem „Krieg der Generationen“<sup>16</sup> die Rede.

Der Staat muss immer mehr als Altenpfleger eingreifen, weil in den bestehenden Kleinfamilien niemand mehr da ist, der die Betreuung der Alten übernehmen kann. Wer keine Kinder hat, hat auch niemanden, der ihn pflegt. Inzwischen gibt es auch einen schwarzen Markt für Frauen aus Osteuropa, die in Privathaushalten alte Menschen betreuen.

Schätzungen von Fachleuten gehen davon aus, dass zwischen 100.000

---

<sup>14</sup> Vgl. Helmut Sendlmeier, Helmut Thoma und die Steinlaus, *manager magazin* Online vom 11. März 2010, im Internet abrufbar unter: <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,681006,00.html> (abgerufen am 11. April 2011).

<sup>15</sup> Vgl. Marten Hahn, *Wer schreit, hat Recht*, *Frankfurter Rundschau*, 10. Februar 2011.

<sup>16</sup> Günther Lachmann, *Krieg der Generationen*, *Welt am Sonntag*, 10. August 2003.



und 150.000 Frauen in deutschen Seniorenhaushalten arbeiten. Viele sind unterbezahlt. Der Lohn ist sittenwidrig. Vermittler kassieren große Teile des Lohns.<sup>17</sup> Dazu kommt der weiter fortschreitende Trend zur Individualisierung. Er führt dazu, dass sich vor allem junge Menschen immer mehr aus familiärem und sozialem Engagement zurückziehen.<sup>18</sup> Die Kosten für die Altenpflege sind mit einer Normalrente nicht mehr zu zahlen.<sup>19</sup> Die große Mehrheit der Pflegebedürftigen wird eine Versorgung auf niedrigstem Niveau erhalten, während sich nur ganz wenige Wohlbetagte exzellente Leistungen erkaufen können.<sup>20</sup> Laut dem Robert-Koch-Institut deckt die gesetzliche Pflegeversicherung bereits heute schon gerade einmal 30 Prozent der tatsächlich anfallenden Pflegekosten ab.<sup>21</sup> Wer alt ist und staatliche Hilfe braucht, verfügt nur noch über ein Taschengeld. Die kommunalen Kassen explodieren. Die Bürgermeister stöhnen unter der Last der Pflegekosten. Sie haben zu wenig Geld für die Bildung der Jungen. Gleichzeitig steigen die Abwasser- und Müllentsorgungsgebühren. Denn: Die Kosten bleiben gleich, müssen aber auf immer weniger Köpfe verteilt werden.<sup>22</sup>

Die Folge dieses Weges wird sein, dass es uns in Deutschland heute gut und morgen schlechter geht. Der Lebensstandard mag im Durchschnitt gleich bleiben. Aber einige werden reicher und viele relativ ärmer.

---

<sup>17</sup> Johannes Pennekamp, Geschäfte in der Grauzone, in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Juni 2012, S. 12

<sup>18</sup> Vgl. Roland und Andrea Tichy, Die Pyramide steht Kopf. Die Wirtschaft in der Altersfalle und wie sie ihr entkommt, München 2003, S. 87f.

<sup>19</sup> Vgl. Timo Pache, Union will Altersvorsorge für Pflege ausbauen, Financial Times Deutschland, 19. September 2011, S. 2.

Vgl. Guido Bohsem, Die CSU und ihre Konkurrenz-Pflegereform, Süddeutsche Zeitung, 12. September 2011, S. 7.

<sup>20</sup> Vgl. Christian Elger, „Arbeit und Alter nicht ausschließen“, Interview in der Kölnischen Rundschau, 3. März 2012, S. 22.

<sup>21</sup> Vgl. Uwe Ebbinghaus, 2030 – Odyssee in eine gealterte Gesellschaft, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. März 2012.

<sup>22</sup> Vgl. Frank Uferkamp, Kleinere Stadt, höhere Gebühr, Westdeutsche Zeitung vom 18. August 2011, S. 4.

Diejenigen, die keine durchgehende Berufsbiografie haben, werden mit Altersarmut kämpfen – vor allem Frauen. Und die Gesellschaft ist desorientiert, weil die Leitwerte nicht stimmen.

So kann es kommen, so muss es aber nicht kommen. Beim zweiten Weg geht es darum, was geschieht, wenn etwas geschehen soll?

Unsere Gesellschaft steht dann vor einer großen Anpassungsleistung.

Wir werden wieder länger arbeiten. So wie es früher einmal war. Der Ruhestand ist nämlich eine Einführung der Neuzeit. Er lag 1889 bei 70 Jahren. 1950 wurde er auf 65 Jahre herabgesetzt.<sup>23</sup>

Die Altersgrenze ist eine Altersversicherungsgrenze. Das wird so nicht bleiben. Wir werden lange, aber selbstbestimmter arbeiten. Im Durchschnitt wird jeder Arbeitnehmer mehr als nur rund 1.300 Arbeitsstunden im Jahr leisten müssen.<sup>24</sup>

Nur einen Teil dieser Zeit arbeitet man im Betrieb oder Büro, je nach Notwendigkeit. Es kommt nicht mehr darauf an, wie lange man im Betrieb ist, sondern was man leistet. Es gibt eine Basisrente, die nicht politisch, sondern nach Leistung errechnet wird – so viel wie man eingezahlt hat. Gegen Altersarmut gibt es eine Mindestrente.

Viele junge Alte engagieren sich nach Eintritt in den Ruhestand in sozialen Hilfs- und Nachbarschaftsdiensten. Sie verdienen sich – solange es geht – noch etwas dazu. Solche Teilzeittätigkeiten sind gesellschaftlich hoch anerkannt. In neuen Formen des Zusammenlebens helfen sich Menschen unterschiedlichen Alters. Die ältere Nachbarin wird

---

<sup>23</sup> Vgl. Horst W. Opaschowski / Ulrich Reinhardt, *Altersträume. Illusion und Wirklichkeit*, Darmstadt 2007, S. 18, S. Wurm, F. Berner, C. Tesch-Römer, *Altersbilder im Wandel*, Aus Politik und Zeitgeschehen (ApuZ) 4-5/2013, S. 4.

<sup>24</sup> Vgl. J. Fuchs / M. Hummel / S. Klinger / E. Spitznagel / S. Wanger / G. Zika, *Die Spuren der Krise sind noch länger sichtbar. Entwicklung des Arbeitsmarktes 2010*, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Kurzbericht 3/2010, S. 3.

zur „Ersatzoma“. Der junge Nachbar hilft bei kleineren handwerklichen Reparaturen.

Die Frage, wofür man lebt, bekommt wieder eine zentrale Bedeutung. Das Leben soll nicht nur schön sein, sondern Sinn machen. Deshalb sind Freunde so wichtig wie die Familie.

All das erfordert ein Umdenken. Wir alle leben dann anders, aber besser. Die Wirtschaft funktioniert, weil es genügend Erwerbstätige gibt. Durch Reformen der sozialen Sicherungssysteme lassen wir auch in Zukunft keinen ins Bodenlose fallen. Für Kinder gibt es ausreichende und vielfältige Betreuungsmöglichkeiten, so dass der Nachwuchs nicht etwa als Belastung und „Karrierebremse“ empfunden wird. Die Menschen leben in attraktiven Städten mit einem barrierefreien und modernen Wohnangebot. Sie genießen das Flair des Urbanen genauso wie die Erholung in dem nahegelegenen Park. Unsere Gesellschaft hat sich von einer Industrie- zu einer kreativen Wissensgesellschaft gewandelt.

Um diese Zukunft zu gestalten, braucht Deutschland einen neuen Generationenvertrag. Dieser Generationenvertrag darf nicht nur das Rentensystem umfassen. Das Zusammenleben der Generationen, so wie es in Zukunft sein wird, muss sich in den staatlichen und gesellschaftlichen Grundentscheidungen widerspiegeln.

Die Bildungszeiten im Laufe des „Arbeitslebens“ werden ausgedehnt. Auch die alten Arbeitnehmer sind innovativ, weil sie ihre große Erfahrung einbringen. Unser Gesundheitssystem wird auf die Bedürfnisse älterer Menschen umgebaut.

Auch unsere Städte sind nicht mehr die Orte, in denen man einsam lebt. Neue Wohnformen zum Beispiel ermöglichen Alleinstehenden, zusammen mit anderen zu leben. Es gibt viele Dienstleistungsangebote, die es erlauben, selbstständig zu leben. Diese neuen Angebote werden von Teilzeitkräften erledigt, die sich etwas dazu verdienen. Sie arbeiten in Unternehmen, die gewinn- und gemeinnützig orientiert sind. Gemeinwohlorientiert, weil der Staat nicht alles organisieren und subventionieren kann. Gewinnorientiert, weil der Gewinn der Unternehmen dem sozialen Zweck zugutekommt. Ehrenamtliche Tätigkeiten bekommen eine ganz neue Bedeutung. Sie sind nicht nur zur Gestaltung der Freizeit und für Hilfe in Notlagen da. Sie gehören zu allen Lebensphasen. Hauptamtliche lernen mit Ehrenamtlichen, zusammen die Probleme zu meistern.

Die Familien werden noch wichtiger. Familie heißt, zusammen zu sein; heißt, Verantwortung zu übernehmen: jung für alt und alt für jung. Familien organisieren sich so, wie es allen hilft. Die alten Eltern helfen den jungen Eltern bei der Kinderbetreuung, damit diese Beruf und Familie besser miteinander verbinden können. Die jungen Eltern helfen den Großeltern, wenn sie krank sind.

Wenn zur Verhinderung von Altersarmut eine steuerfinanzierte Mindestrente eingeführt wird, dann muss für die junge Generation ein Bürgerrecht auf Bildung gewährleistet sein, das sozialen Aufstieg möglich macht.

All das kostet Geld. Ja, es wird teuer. Nach Ansicht der Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen und Stefan Moog weisen die öffentlichen Haushalte bereits heute schon eine

Nachhaltigkeitslücke von fast acht Billionen Euro auf.<sup>25</sup> Diese Lücke ergebe sich durch die Berechnung einer Schuldenquote, bei der die tatsächliche Staatsverschuldung im Verhältnis zum heutigen Bruttoinlandsprodukt betrachtet werde. Die tatsächliche Staatsverschuldung umfasse dabei sowohl die bereits in der Vergangenheit angehäuften Schulden als auch künftige Defizite, die sich voraussichtlich durch steigende Ausgaben in Form von Renten-, Gesundheits- und Pflegeleistungen ergeben würden.

Können wir uns diese Summe leisten? Und wie bezahlen wir das, wo wir doch die Kosten der Wiedervereinigung in Höhe von netto 1,6 Billionen Euro<sup>26</sup>, die Kosten und Investitionen der Energiewende in Höhe von bis zu 1,455 Billionen Euro<sup>27</sup> bis zum Jahr 2050 sowie die im Zuge der Weltfinanzkrise und der Euro-Rettung entstandenen Schulden noch nicht bezahlt haben? Wir müssen aber jetzt anfangen mit dem Umbau unseres Landes für eine Gesellschaft, die zugleich schrumpft und wächst.

---

<sup>25</sup> Vgl. Bernd Raffelhüschen / Stefan Moog, Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz. Update 2010: Handlungsoptionen der Gesundheitspolitik, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.), Nr. 111/2010, Berlin 2010, S. 6.

<sup>26</sup> So eine Studie der Freien Universität Berlin für den Zeitraum 1990 bis 2009; vgl. o. V., Die deutsche Einheit kostete 1,6 Billionen Euro, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. August 2009.

<sup>27</sup> Diese Zahl ist aus den Analysen des Sachverständigenrats für Umweltfragen errechnet worden; vgl. Roland Tichy, Deutschland schwimmt, Wirtschaftswoche Online vom 26. März 2011, im Internet abrufbar unter: <http://www.wiwo.de/blogs/chefsache/2011/03/26/deutschland-schwimmt/> (abgerufen am 6. Juni 2011).

Vgl. auch: Sachverständigenrat für Umweltfragen, Wege zur 100 % erneuerbaren Stromversorgung, Sondergutachten, Berlin 2011.

Volkswirte der staatlichen KfW-Bankengruppe gehen bis zum Jahr 2022 alleine von einem Investitionsbedarf in Höhe von 250 Milliarden Euro aus; vgl. Jürgen Flauger / Klaus Stratmann / Georg Weishaupt, Die wahren Kosten der Energiewende, Handelsblatt, 27. August 2011, S. 1.

So sehen die Alternativen aus: Handeln oder Erdulden. Klar ist, unsere Gesellschaft verändert sich. Sie wird älter, kleiner und bunter.<sup>28</sup> Aber eine schlüssige Anpassungsstrategie ist nicht erkennbar.

Stattdessen erleben die Menschen viele Widersprüche zwischen ihrer Lebenswirklichkeit und den öffentlichen Verlautbarungen, zum Beispiel den Widerspruch:

- zwischen dem oftmals diagnostizierten Facharbeitermangel und der Tatsache, dass viele 50-Jährige keine Beschäftigung mehr finden, da sie angeblich zu alt für eine neue Arbeitsstelle sind,

- zwischen Frühverrentungsprogrammen und leeren Rentenkassen, die nur mithilfe von steuerfinanzierten Zuschüssen in zweistelliger Milliardenhöhe wieder aufgefüllt werden können<sup>29</sup>,

- und zwischen Jugendlichen, die trotz 50 und mehr Bewerbungen keinen Ausbildungsplatz finden, und der Forderung der Wirtschaft nach dem Zuzug neuer ausländischer Fachkräfte.

Solche Widersprüche machen ratlos: „Wie soll man das verstehen, was die da oben sagen?“

Klar ist jedenfalls: Die Demografie erfordert einen weiteren Umbau unserer gesellschaftlichen und ökonomischen Ordnung.<sup>30</sup>

---

<sup>28</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009.

<sup>29</sup> Alleine im Jahr 2009 sind aus dem Bundeshaushalt Steuermittel in Höhe von rund 63 Milliarden Euro in die Kasse der gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt worden; vgl. Bundesregierung, Rentenversicherungsbericht 2010, Bundestagsdrucksache 17/3900, 29. November 2010, S. 15.

<sup>30</sup> Gustav Seibt (Methusalem wälzt sich heran wie ein Gewitter, Süddeutsche Zeitung, 13. August 2012, S. 11) vertritt die Ansicht, die Steuerungsmöglichkeiten der

Die Herausforderung ist durch die Weltfinanzkrise erheblich größer geworden:

- weil der Staat durch die Bankenrettungsprojekte und die Konjunkturprogramme bei gleichzeitigem Rückgang der Steuereinnahmen<sup>31</sup> sich massiv verschuldet hat und damit politisch fast handlungsunfähig geworden ist<sup>32</sup>,
- weil heute noch niemand absehen kann, ob die Konsolidierungsbemühungen in Ländern wie Griechenland, Irland oder Portugal die gewünschten Effekte erzielen werden, die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) die beabsichtigte Wirkung entfaltet und inwieweit Garantien des geplanten Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) in Anspruch genommen werden müssen<sup>33</sup>,

---

Politik seien begrenzt, weil entscheidende Weichenstellungen ... bereits Jahrzehnte zurück lägen. Diese Ansicht ist falsch. Zwar kann die Politik die Senkung der Geburtenrate nicht rückgängig machen, aber sie kann mit wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Gesellschaften gestalten und begrenzen.

<sup>31</sup> Vgl. Bundesministerium der Finanzen, Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Steuerarten in den Kalenderjahren 2006 – 2009, Berlin 2010, im Internet abrufbar unter:

[http://www.bundesfinanzministerium.de/nr\\_4158/DE/BMF\\_\\_Startseite/Service/Downloads/Abt\\_\\_I/0602221a6009\\_\\_Steuerarten\\_\\_2006\\_E2\\_80\\_932009,templateId=raw,property=publicationFile.pdf](http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_4158/DE/BMF__Startseite/Service/Downloads/Abt__I/0602221a6009__Steuerarten__2006_E2_80_932009,templateId=raw,property=publicationFile.pdf) (abgerufen am 27. Januar 2011).

<sup>32</sup> Der Anteil der zur Bearbeitung neu auftretender Probleme verfügbaren Mittel am Bundeshaushalt ist zwischen 1970 und 2008 von 39,6 auf 21,5 Prozent zurückgegangen. Im selben Zeitraum ist der Anteil der Ausgaben für Zinszahlungen am Bundeshaushalt von 3,1 auf 14,2 Prozent gestiegen; vgl. Wolfgang Streeck / Daniel Mertens, Politik im Defizit. Austerität als fiskalpolitisches Regime, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Discussion Paper 10 /5, Köln 2010, S. 15ff.

<sup>33</sup> Laut einer Analyse der Deutschen Bank könnte die Konstruktion der EFSF dazu führen, dass alleine Deutschland Bürgschaften in Höhe von letztendlich 400 Milliarden Euro aufbringen muss; vgl. o. V., Deutschland haftet mit 400 Milliarden Euro, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. September 2011.

- weil nach dem Scheitern der marktradikalen Wirtschaftsideologien eine Rückkehr zu staatlichen Rezepten gefordert und betrieben wird;
- weil protestierende, ja teilweise revoltierende Bevölkerungen (Rentenstreik in Frankreich, Rechtspopulisten in den Niederlande, Wikileaks und Hacker-Proteste, Stuttgart 21, Landtagswahlen als Protestwahlen) auf ratlose politische und gesellschaftliche Eliten treffen, die nicht in der Lage sind, ihre Führungsaufgaben wahrzunehmen. Führung erfordert Ziele und Werte. Die Eliten haben aber oftmals keine Vorstellung von der Zukunft. Wir leben in einer utopielosen Gesellschaft, die sich keine Ziele mehr setzt.

Darüber hinaus neigen wir Deutschen dazu, in strategie- und orientierungslosen Zeiten in Pessimismus zu verfallen.

Das unterscheidet uns zum Beispiel von den Amerikanern. Wie heißt es so schön: Amerikaner sind selbst im Scheitern optimistisch. Deutsche sind selbst im Erfolg pessimistisch.<sup>34</sup>

So empfinden viele den demografischen Wandel unserer Gesellschaft als persönliche Bedrohung.<sup>35</sup>

---

<sup>34</sup> Zum Optimismus der Amerikaner und dem Pessimismus der Europäer im Allgemeinen vgl. u. a. Andrian Kreye, Täglich eine Lösung. Ein Plädoyer für rationalen Optimismus; Süddeutsche Zeitung, 3. Januar 2011, S. 11.

<sup>35</sup> Eine vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebene und 2007 veröffentlichte Umfrage zum demografischen Wandel hat beispielsweise gezeigt, dass 57 Prozent der 15- bis 25-jährigen Bevölkerung in Deutschland befürchten, dass die Veränderungen eher negative Auswirkungen auf ihre persönliche Situation haben werden. Insbesondere befürchteten sie sinkende Renten und steigende Krankenkassenbeiträge; vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Demografischer Wandel. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung unter der bis 25-jährigen Bevölkerung in Deutschland, Berlin 2007, S. 12f.



## II

**Politiklegenden<sup>36</sup> und falsche Prognosen widerlegen**

Die öffentlichen Debatten in Deutschland sind geprägt von erschreckenden Bedrohungsszenarien und fragwürdigen Schlussfolgerungen.<sup>37</sup> Sie handeln davon, dass Deutschland überaltert und vergreist, zu einem Land ohne Kinder wird. Es verfällt mit schrumpfender Bevölkerung in Dekadenz. Die Deutschen sterben aus.<sup>38</sup> Die älteren Mitbürger werden diskriminiert, als „Gammelfleisch“ geschmäht.<sup>39</sup> Mancher erwartet einen „Krieg der Generationen“ und grenzt vorsichtshalber andere aus.<sup>40</sup>

---

Laut einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages befürchten zahlreiche deutsche Unternehmen als Folgen des demografischen Wandels u. a. einen Mangel an Fachkräften, eine starke Alterung ihrer Belegschaften und den Verlust betriebsinternen Know-hows; vgl. Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Arbeitsmarkt und Demografie. Ergebnisse einer DIHK-Unternehmensumfrage zur Demografie und den Folgen für den Arbeitsmarkt, Berlin 2010, S. 4.

Axel Börsch-Supan hält hingegen die befürchtete Bedrohung des Rentensystems und des Gesundheitswesens für eine Fehleinschätzung; vgl. Axel Börsch-Supan, Ökonomische Auswirkungen des demografischen Wandels, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011, S. 19 ff.

<sup>36</sup> Das Wort „Legenden“ taucht im Zusammenhang mit den Herausforderungen des demografischen Wandels immer häufiger auf. So hat etwa die „Akademiengruppe Altern in Deutschland“ im Jahr 2010 eine Abhandlung zu ihren Empfehlungen veröffentlicht, in dem ebenfalls von „Legenden“ die Rede ist; vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina (Hrsg.), Nova Acta Leopoldina, Band 9, Altern in Deutschland, Halle (Saale), S. 25-29.

<sup>37</sup> So schreiben Steffen Angenendt und Wenke Apt: „Generell mangelt es vielen Warnungen vor demografischen Risiken an überzeugenden theoretischen Begründungen und hinreichender empirischer Grundlage.“; Steffen Angenendt / Wenke Apt, Womit wir rechnen müssen. Demografie als Triebkraft des 21. Jahrhunderts, Internationale Politik, Mai / Juni 2011, S. 63.

<sup>38</sup> Vgl. Karl Otto Hondrich, Weniger sind mehr, Frankfurt am Main 2007, S. 11.

<sup>39</sup> Vgl. o. V., Senioren-Schelte wegen Gammelfleisch-Witz, Spiegel Online, 7. September 2006, im Internet abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,435723,00.html> (abgerufen am 3. Mai 2011).

<sup>40</sup> Vgl. Susanne Gaschke, Entspann dich, Alter!, Die Zeit, 7. April 2011, S. 17.

Daraus ist im Laufe der Jahre eine Reihe von Politiklegenden geworden. Sie verhindern, dass die große Herausforderung des demografischen Wandels beherzt angepackt wird.

Diese Politiklegenden beruhen auf falschen Tatsachen und Einschätzungen. Es gibt auch viel Angstmacherei, um an „selbst geschürten Ängsten“ zu verdienen. Niemand kann seriöse Prognosen „auf 40 Jahre“ im Voraus treffen.<sup>41</sup> Sie müssen widerlegt werden, um neue Kräfte freizusetzen und die Probleme zu lösen. Da wird gesagt:

1. Die Deutschen seien ein sterbendes Volk.

Wahr ist aber: Noch nie haben, seit es das deutsche Volk gibt, so viele Deutsche gelebt.<sup>42</sup> Und ein Aussterben ist erst recht nicht abzusehen.<sup>43</sup>

---

<sup>41</sup> Rainer Woratschka, Politik braucht Prognosen, Das Parlament 3 2-34, 6. August 2012, S. 9

<sup>42</sup> 1871 lebten im Gebiet des damaligen Deutschen Reichs etwa 41 Millionen Menschen. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1939 stieg diese Zahl bis auf 69 Millionen an. 1970 waren es in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR rund 78 Millionen, heute knapp 82 Millionen; vgl. Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2010, Wiesbaden 2010, S. 34. „Nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes (Destatis) ist die Einwohnerzahl Deutschlands im Jahr 2013 erneut angestiegen. Lebten am Jahresanfang noch gut 80,5 Millionen Personen in Deutschland, waren es am Jahresende voraussichtlich knapp 80,8 Millionen Personen. Damit wird es das dritte Jahr in Folge eine Zunahme der Bevölkerung gegenüber dem Vorjahr geben. Ursache hierfür sind die erneut hohen Wanderungsgewinne gegenüber dem Ausland, die das Geburtendefizit - die Differenz aus Geburten und Sterbefällen - mehr als nur ausgleichen konnten. Für das Jahr 2013 wird mit 675 000 lebend geborenen Kindern und 885 000 bis 905 000 Sterbefällen gerechnet. Da die erwartete Zunahme der Geburten etwas geringer ausfällt als die der Sterbefälle, wächst das Geburtendefizit voraussichtlich auf etwa 200 000 bis 220 000 an. Im Jahr 2012 betrug es 196 000; den 870 000 Sterbefällen standen 674 000 Geburten gegenüber. Die ohnehin schon hohen Wanderungsgewinne in den beiden Vorjahren (2011: + 279 000, 2012: + 369 000) werden der Schätzung zufolge 2013 nochmals übertroffen: Das Statistische Bundesamt rechnet damit, dass sogar erstmals seit 1993 etwas mehr als 400 000 Personen mehr aus dem Ausland zugezogen als ins Ausland fortgezogen sind. Damals hatte der Wanderungssaldo bei 462 000 gelegen“; im Internet abrufbar: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung 7/14, 8. Januar 2014, Wiesbaden.

## 2. Deutschland stehe mittelfristig vor einem wirtschaftlichen Absturz.

Wahr ist aber: Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ist in den vergangenen 40 Jahren mit Ausnahme einiger weniger Jahre fast durchgängig gewachsen.<sup>44</sup> Von 1991 bis 2006 hat die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen um 22,5 Prozent zugenommen. Je Erwerbstätigenstunde ist sie sogar um 32,4 Prozent gestiegen.<sup>45</sup> Zwar wird uns der demografische Wandel in Zukunft vor gewaltige Herausforderungen stellen. Aber, so der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, „[d]ie daraus resultierenden ökonomischen Konsequenzen sind beherrschbar, sofern sich die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Herausforderung annimmt“<sup>46</sup> – beispielsweise durch Maßnahmen zur „Steigerung der Erwerbsquote von Frauen, von älteren Beschäftigten und von Personen mit Migrationshintergrund“<sup>47</sup> sowie eine geeignete Bildungs- Innovations- und Infrastrukturpolitik.<sup>48</sup> Die Soziale Marktwirtschaft hat sich unter unterschiedlichsten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bewährt. Warum also soll es in Zukunft nicht möglich sein, mit weniger Arbeitnehmern mehr zu produzieren?

---

<sup>43</sup> Vgl. Björn Schwentker, Aussterben abgesagt, Zeit Online, 8. Juni 2006, im Internet abrufbar unter: [http://www.zeit.de/2006/24/Demografie-1\\_xml](http://www.zeit.de/2006/24/Demografie-1_xml) (abgerufen am 11. April 2011).

<sup>44</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Inlandsproduktsberechnung. Lange Reihen ab 1970. 2009, Wiesbaden 2010, S. 25.

<sup>45</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen seit 1991 um fast 23% gestiegen, Pressemitteilung Nr. 394, 27. September 2007.

<sup>46</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2011, S. III.

<sup>47</sup> Ebd., S. 115.

<sup>48</sup> Vgl. ebd., S. 152.

3. Deutschland stehe vor einer Rentenkatastrophe.

Diese sei unvermeidbar, weil immer weniger junge Arbeitnehmer in die Rentenkasse einzahlen und immer mehr Rentner länger Rente beziehen. Deshalb sei eine Umstellung der solidarischen Rente auf ein kapitalgedecktes System erforderlich.

Wahr ist aber: Gerade die Weltfinanzkrise hat gezeigt, dass kapitalgedeckte Systeme auch nicht sicherer sind. Zudem beruhen die finanziellen Probleme der Rente in den letzten Jahren vor allem auf zwei Aspekten: erstens der hohen Arbeitslosigkeit und zweitens der politisch gewollten Übertragung des westdeutschen Rentensystems auf die neuen Bundesländer.<sup>49</sup>

4. Deutschland stehe vor einer Innovationslücke. Ältere Menschen, so heißt es, seien weniger innovationsfreudig als junge.

Wahr ist aber: Innovation ist keine Frage des Alters.<sup>50</sup> Was ältere Menschen weniger an abrufbarem Wissen haben, haben sie mehr an Erfahrungswissen. Innovation – vor allem im naturwissenschaftlich-technischen Bereich – ist heute meistens das Ergebnis gemeinsamer Arbeit in Forschungsgruppen. Untersuchungen zeigen sogar, dass Heterogenität in der Altersstruktur der Betriebe innovationsfördernd sein

---

<sup>49</sup> Vgl. hierzu auch: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2008/09. Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken, Wiesbaden 2008, S. 355-386;

<sup>50</sup> Roland und Andrea Tichy weisen in diesem Zusammenhang auf Persönlichkeiten wie Artur Fischer (Erfinder des gleichnamigen Dübels und Gründer der Fischerwerke), Beate Uhse (Gründerin des gleichnamigen Unternehmens) und die Fotografin und Internet-Expertin Rosemarie Pierer hin, die auch noch im fortgeschrittenen Alter erfolgreich und innovativ sind bzw. waren; vgl. Roland und Andrea Tichy, Die Pyramide steht Kopf. Die Wirtschaft in der Altersfalle und wie sie ihr entkommt, München 2003, S. 71ff.

kann.<sup>51</sup> Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geht davon aus, dass „Alters-Produktivitäts-Profile zutreffen, die bis zum Alter von etwa 55 Jahren ansteigend verlaufen und in den darauffolgenden zehn Jahren im Wesentlichen konstant bleiben.“<sup>52</sup> Warum also soll es in einer Gesellschaft des lebenslangen Lernens und miteinander Arbeitens nicht möglich sein, innovativ zu sein? „Warum eigentlich“, so fragt die Journalistin Elisabeth Niejahr, „soll Lebenserfahrung nicht Konzentration auf Wesentliches erleichtern, statt Passivität und Langeweile hervorzurufen?“<sup>53</sup>

5. Deutschland habe eine Zuwanderungslücke. Zu wenige wanderten ein, zu viele wanderten aus. Wir bräuchten mehr Zuwanderung, um das Rentenproblem und den Fachkräftemangel zu bewältigen.

Wahr ist aber: Diese These ist nur haltbar, wenn man von einer Status quo-Betrachtung ausgeht. Eine solche Betrachtung ist allerdings nicht realistisch: Eine Studie der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2001 hat gezeigt, dass Deutschland von 1995 bis 2050 auf den Zuzug von rund 188 Millionen Menschen angewiesen wäre, um die demografischen Veränderungen durch Zuwanderung zu stoppen.<sup>54</sup> Zudem wird die

---

<sup>51</sup> Vgl. Uschi Backes-Gellner / Stephan Veen, *The Impact of Aging and Age Diversity on Company Performance*, Zürich 2009, S. 24ff.

<sup>52</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, *Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung*, Wiesbaden 2011, S. 2.

<sup>53</sup> Elisabeth Niejahr, *Alt sind nur die anderen. So werden wir in Zukunft leben, lieben und arbeiten*, 2. Auflage, Frankfurt am Main 2005, S. 42.

<sup>54</sup> Vgl. United Nations Population Division, *Replacement Migration: Is It a Solution to Declining and Ageing Populations?*, New York 2001, S. 42.

These häufig vor dem Hintergrund einer „multikulturellen“ Ideologie vorgetragen – oder um das Angebot billiger Arbeitskräfte zu erhöhen.<sup>55</sup>

6. Ältere Arbeitnehmer seien zu oft krank und teuer.

Wahr ist aber: Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Mit zunehmendem Alter, so eine Studie der AOK, steigt zwar die Dauer der Arbeitsunfähigkeit pro Erkrankungsfall an. Die Anzahl der Erkrankungsfälle ist allerdings bei den Jüngeren deutlich höher: Demnach ist sie bei den 15- bis 19-Jährigen mit einem Wert von gut 273 je 100 Versicherten am höchsten. Der Wert sinkt anschließend kontinuierlich bis zur Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen auf etwa 133. Dieses Niveau bleibt bei den nachfolgenden Altersgruppen bis zum Ende des erwerbsfähigen Alters relativ konstant.<sup>56</sup>

Zudem stützt sich die Behauptung, die Arbeitsproduktivität lasse im Alter nach, meist allein auf Erkenntnisse zur physischen Leistungsfähigkeit. Dabei wird die Erfahrung der Älteren oft außer Acht gelassen. Genauso wie die Erkenntnis, dass es in einer arbeitsteiligen Gesellschaft immer mehr auf das Zusammenwirken in der Gemeinschaft ankommt.<sup>57</sup>

7. Den Alten gehe es heute so gut wie noch nie.

---

<sup>55</sup> Vgl. Karl Brenke, Fachkräftemangel kurzfristig noch nicht in Sicht, in: DIW-Wochenbericht 46/2010 vom 18. November 2010, S. 2-15.

In einem Konzeptpapier der Bundesregierung zur Fachkräftesicherung heißt es: „Momentan liegt in Deutschland noch kein allgemeiner und flächendeckender Fachkräftemangel vor“; zit. n. Thomas Öchsner, Kluge Köpfe verzweifelt gesucht, Süddeutsche Zeitung, 9. August 2011, S. 26.

<sup>56</sup> Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Aufbruch in die altersgerechte Arbeitswelt, Berlin 2010, S. 38f.

<sup>57</sup> Vgl. Axel Börsch-Supan / Ismail Düzgün / Matthias Weiss, Alter und Arbeitsproduktivität: Stand der Forschung und Ausblick, Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA) Discussion Paper 073-05, S. 3-15.

Wahr ist aber: Bei einer Durchschnittsrente von 740 Euro kann man wahrlich nicht davon sprechen, „den“ Alten ginge es zu gut.<sup>58</sup> Es gibt ältere Menschen, die gut versorgt sind. Andere kommen gerade über die Runden oder sind im Alter arm.

#### 8. Die Alten wollen sich nicht engagieren.

Jeder Zweite ist ungern in den Ruhestand gegangen. Sie empfinden es als „Zwangmaßnahme“ und viel zu früh, nicht mehr arbeiten zu dürfen. Ältere engagieren sich für die Familie im Durchschnitt 15 Stunden monatlich. Zusammen ergibt das 2,4 Mrd. Stunden jährlich, was 1,4 Mrd. Vollzeitstellen entspricht. Fast die Hälfte engagiert sich zudem zivilgesellschaftlich, sozial und kulturell. Sie würden gern noch mehr tun, wenn die Zivilgesellschaft mehr an ihrem Engagement interessiert wäre.<sup>59</sup>

Viele Prognosen sind also eher das Ergebnis von Befürchtungen als von Fakten. Prognosen über mehr als eine Generation sind mit hohen Unsicherheiten verbunden. Sie zeigen häufig nur einen möglichen Trend auf.

Jede gesellschaftliche und politische Strategie verändert zudem die Wirklichkeit und damit auch die vorhandenen Prognosen.

---

<sup>58</sup> Vgl. Bundesregierung, Rentenversicherungsbericht 2010, Bundestagsdrucksache 17/3900, 29. November 2010, S. 11.

<sup>59</sup> Generali: Zukunftsfond, Politische Teilhabe der Generation 65plus, Monitor 04.09.2013; Regina Mönch, Generation Edelstahl, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.11.2012, S. 27.

Das Schlimme in Deutschland ist, es gibt keine klare politische Strategie, um die Probleme des demografischen Wandels zu bewältigen. Es gibt Erkenntnisse, aber keine Umsetzungsstrategie. Es ist Zeit zu handeln.<sup>60</sup> Der Dialog zwischen Jung und Alt muss endlich beginnen. Gemeinsam müssen wir eine „Gesellschaft des langen Lebens“ aufbauen.

Es ist an der Zeit, dass alle, die in Deutschland Verantwortung tragen, sich dieser Aufgabe stellen. Das gilt nicht nur für die Politik. Keine staatliche oder gesellschaftliche Institution wird sich dem Wandel entziehen können. Weder die Wirtschaft noch die Gewerkschaften, die Parteien und die Medien, die Kirchen und die Hochschulen, die Schulen, die Vereine und Verbände können nur Forderungen erheben, selbst aber nichts tun. Es reicht nicht, von anderen eine Anpassungsleistung zu fordern, ohne selbst zu handeln.

Es ist notwendig, ein gemeinsames Projekt zu verabreden, damit der nötige Wandel nicht im Streit um die Anpassungskosten stecken bleibt.

Die Politik hat die Chance, das weit verbreitete Gefühl der Führungsverweigerung durch klare Ziele zu überwinden. Es reicht nicht mehr, das zu fordern, was schon immer gefordert worden ist. Die Ökonomen fordern mit Recht mehr Arbeit. Aber der Vorschlag, das Renteneintrittsalter auf 69 Jahre anzuheben<sup>61</sup>, nachdem noch nicht die Rente mit 67 eingeführt worden ist, ist weder intelligent noch weise. Gleiches gilt andersherum für die Forderung, die Rente mit 67 schon

---

<sup>60</sup> Vgl. Tilman Mayer, Demografiepolitik – gestalten oder verwalten?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011, S. 11ff.

<sup>61</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2011, S. 194.

Vgl. Günther Lachmann, Schwarz-Gelb rechnet mit der Rente ab 69, Die Welt, 12. September 2011, S. 3.



wieder auszusetzen.<sup>62</sup> Zuerst muss einmal die tatsächliche Arbeitszeit der gesetzlichen angepasst werden. Es gibt bessere Möglichkeiten, die Erwerbsquote vor dem Absturz zu bewahren. Das gleiche Renteneintrittsalter für alle Beschäftigten ist ein Relikt aus der Zeit der industriellen Großstrukturen. Als ob es nicht intelligente, flexible Lösungen gäbe wie Lebens-, Jahres- und Wochenarbeitszeitkonten.

Es reicht nicht, den Staat aufzufordern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen durch mehr Betreuungsplätze für Kinder zu ermöglichen. Zwar ist das Angebot in den westlichen Bundesländern immer noch zu klein. Wenn trotzdem Frauen aber nur Teilzeit- und Minijobs annehmen können, weil die Arbeitszeitorganisation nicht flexibel auf ihre Bedürfnisse reagiert, ist ihnen auch nicht geholfen.

Wenn immer noch zu viele Kinder keinen Schul- oder Lehrabschluss machen, Forscher ins Ausland gehen müssen, um in jungen Jahren oder nach dem 65. Lebensjahr wissenschaftlich tätig zu sein, wenn es zu lange dauert bis neue Technologien eingeführt sind, werden wir die Herausforderungen der Zukunft nicht meistern.

Wenn für viele, vor allem Frauen, im Alter eine Zeit der Altersarmut droht, dann werden viele sich den notwendigen Veränderungen verweigern.

### III

#### **Älter, weniger, bunter: die demografische Entwicklung**

---

<sup>62</sup> Vgl. o. V., SPD fordert Mindestquote für ältere Arbeitnehmer, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. Januar 2012, S. 9; sowie Thomas Öchsner, Die ungeliebte Reform, Süddeutsche Zeitung, 3. Januar 2012, S. 4.

Die Menschen werden älter.

Bereits heute hat Deutschland einer Studie der EU zufolge mit einem Durchschnittsalter von 44,2 Jahren die älteste Bevölkerung in Europa.<sup>63</sup>

Unsere durchschnittliche Lebenszeit steigt: zweieinhalb Jahre pro Jahrzehnt, drei Monate pro Jahr, sechs Stunden am Tag.<sup>64</sup> Das ist ein großes Geschenk. Etwa jedes zweite im Jahr 2010 in Deutschland geborene Kind wird voraussichtlich 100 Jahre alt werden.<sup>65</sup>

1950 gab es in ganz Deutschland (Bundesrepublik und DDR) rund 700.000 über 80-Jährige, was einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von einem Prozent entsprach. 2008 waren es bereits rund 4,1 Millionen. Das sind fünf Prozent der Gesamtbevölkerung.<sup>66</sup>

2020 werden es schätzungsweise sechs Millionen sein (8 Prozent). Bis 2060 soll die Zahl auf rund neun Millionen (14 Prozent) steigen.<sup>67</sup> Grund ist, dass die Sterblichkeit der Senioren und Hochbetagten sich seit 1960 in vielen Ländern mehr als halbiert hat.<sup>68</sup>

Die Zahl der Pflegefälle wird sich bis 2050 voraussichtlich verdoppeln: von heute 2,2 Millionen auf dann 4,5 Millionen.<sup>69</sup> Allerdings erfolgt die

---

<sup>63</sup> Vgl. Rebecca Müller, Seniorenheim Deutschland, Kölnische Rundschau, 2. April 2011, S. 4.

<sup>64</sup> Vgl. Susanne Gaschke, Entspann dich, Alter!, Die Zeit, 7. April 2011, S. 17.

<sup>65</sup> Vgl. Björn Schwentker / James W. Vaupel, Eine neue Kultur des Wandels – Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011, S. 5.

<sup>66</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerungsfortschreibung. Fachserie 1 Reihe 1.3. 2008, Wiesbaden 2010, S. 9.

<sup>67</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009, S. 18.

<sup>68</sup> Roland Rau, Jedes zweite Neugeborene wird 100, in: Die Welt, 22.01.2013, S. 20

Zunahme je nach Region unterschiedlich. Schon bis 2030 fehlen dann rund 500.000 Vollzeitkräfte im Pflegesektor.<sup>70</sup>

Die Zahl der Jüngeren nimmt weiter ab. Bis 2060

- wird der Anteil der Über-65jährigen von heute etwa 20 Prozent auf rund 34 Prozent steigen<sup>71</sup>,
- wird es doppelt so viele 70-Jährige wie Neugeborene geben<sup>72</sup>,
- wird sich der Anteil der über 80-Jährigen nahezu verdreifachen.<sup>73</sup>

Wir werden weniger.

Heute leben in Deutschland rund 82 Millionen Menschen. 2060 werden es voraussichtlich noch 65 bis 70 Millionen sein.<sup>74</sup> Die Bevölkerung wird also in etwa um den Bevölkerungsanteil der neuen Bundesländer schrumpfen.<sup>75</sup>

---

<sup>69</sup> Vgl. Stefan von Borstel, Bis zum Jahr 2050 doppelt so viele Pflegefälle, Die Welt, 23. November 2010, S. 7.

<sup>70</sup> Matthias Bartsch / Fidelius Schmidt / Antje Wiedmann, Der Pflegefall, DER SPIEGEL 47/2012, S. 56 unter Bezugnahme auf eine Studie der Bertelsmann-Stiftung

<sup>71</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009, S. 39.

<sup>72</sup> Vgl. ebd., S. 5.

<sup>73</sup> Vgl. ebd., S. 16.

<sup>74</sup> Vgl. ebd., S. 12. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung weist in seiner im Mai 2011 veröffentlichten Expertise „Herausforderungen des demografischen Wandels“ darauf hin, dass, wenn das Saldo von Zu- und Abwanderungen Null betragen würde, im Jahr 2060 in Deutschland wohl nur noch 58 Millionen Menschen leben würden; vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2011, S. 1.

<sup>75</sup> Die Bevölkerungszahl in den neuen Bundesländern betrug im Jahr 1990 rund 16 Millionen; vgl. Statistisches Bundesamt, Lange Reihe „Bevölkerung insgesamt nach Gebietsstand (ab 1950)“, im Internet abrufbar unter:

Wir werden bunter.

Die deutsche Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten durch Zuwanderung verändert. Sie ist aber auch durch eine Veränderung der Lebensart und der Lebenshaltung pluraler geworden. Sie ist heute weniger homogen als früher und die gesellschaftlichen Leitwerte haben sich zum Positiven verändert. Das Land ist nicht nur politisch Teil des Westens geworden. Deutschland ist im 21. Jahrhundert weltoffener, toleranter und vielfältiger geworden.

In den letzten zehn Jahren (2000 bis 2009) sind rund 6,1 Millionen ausländische Staatsangehörige nach Deutschland gezogen. Rund 5,2 Millionen Ausländer haben das Land verlassen.

Daraus ergibt sich ein Wanderungsüberschuss von etwa 900.000 Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.<sup>76</sup> Experten rechnen auch in Zukunft mit solchen Überschüssen.<sup>77</sup>

---

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Zeitreihen/LangeReihen/Bevoelkerung/Content75/lrbev03a,templateId=renderPrint.psml> (abgerufen am 28. Januar 2011).

<sup>76</sup> Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Migrationsbericht 2009, Berlin 2011, S. 237.

<sup>77</sup> Das Statistische Bundesamt geht davon aus, dass das Wanderungssaldo über die Grenzen Deutschlands (deutsche und ausländische Staatsangehörige) ab 2014 mindestens 100.000 Menschen jährlich betragen wird; vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009, S. 32.

Alleine für Nordrhein-Westfalen wird ab 2015 ein jährlicher Saldo von 24.000 Menschen prognostiziert; vgl. Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Statistische Analysen und Studien. Band 60. Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen Nordrhein-Westfalens 2008 bis 2030/2050, Düsseldorf 2009, S. 6.

In ersten Großstädten wie Köln hat der Anteil an Kindern bis 14 Jahren aus eingewanderten Familien bereits heute die 50-Prozent-Marke überschritten.<sup>78</sup> In wenigen Jahren wird das voraussichtlich in allen Großstädten der Fall sein.

#### IV

### **Deutschland hat eine sehr niedrige Geburtenrate**

Deutschland hat eine der niedrigsten Geburtenraten in Europa: 1,39 Kinder je Frau.<sup>79</sup> Der Rückgang der Geburtenrate ist nicht neu. Gemessen an der gesamten Einwohnerzahl ist Deutschland schon heute das kinderärmste Land in Europa: Gerade einmal 16,5 Prozent aller Einwohner sind jünger als 18 Jahre.<sup>80</sup> Die Zahl der Frauen zwischen 15 und 44 Jahren sinkt seit vier Jahrzehnten.<sup>81</sup>

Zudem bekommen Frauen ihre Kinder immer später: Das Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt ist von 28,8 im Jahr 2000 auf 30,2 im Jahr 2009 gestiegen.<sup>82</sup>

In allen Frauenjahrgängen seit 1940 gibt es einen immer größer werdenden Anteil, der kinderlos bleibt: Beim Jahrgang 1940 waren es 10,6 Prozent, beim Jahrgang 1965 schon 32,1 Prozent.<sup>83</sup>

---

<sup>78</sup> Vgl. Kirsten Boldt, Aus Minderheiten wird die die Mehrheit, Kölner Stadt-Anzeiger vom 30. Dezember 2010, S. 26.

<sup>79</sup> Vgl. Axel Wermelskirchen, jede Frau hat im Schnitt 1,39 Kinder, Frankfurter Allgemeine Zeitung Online, im Internet abrufbar unter: <http://www.faz.net/artikel/C31206/geburtenrate-in-deutschland-jede-frau-hat-im-schnitt-1-39-kinder-30487117.html> (abgerufen am 23. August 2011).

<sup>80</sup> Vgl. o. V., Größte Armut an Kindern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. August 2011, S. 9.

<sup>81</sup> So die Soziologin Iris Hoßmann vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung; vgl. o. V., Deutschland wird trotz Familienpolitik schrumpfen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Oktober 2010, S. 12.

<sup>82</sup> Vgl. European Commission (Hrsg.), Demography Report 2010, Brüssel 2011, S. 27.

Der Anteil der kinderlosen Männer liegt noch höher.<sup>84</sup> Für die niedrige Geburtenrate sind also nicht nur die Frauen verantwortlich, sondern auch die Männer.

Übrigens: Der Anteil der Frauen mit Einzelkindern ist – anders als man meint – in der Vergangenheit nicht sprunghaft angestiegen. So liegt der Anteil der Frauen mit einem Kind an allen Müttern der Jahrgänge 1939 bis 1968 relativ konstant bei rund 30 Prozent. Der Anteil der Frauen mit zwei Kindern ist etwa 45 Prozent und der Anteil von Frauen mit drei oder mehr Kindern rund 20 Prozent groß.<sup>85</sup>

In Westdeutschland ist rd. die Hälfte der unverheirateten Frauen kinderlos, im Osten nur 20 %. „Ohne die Auflösung des Zusammenhangs von Kinderlosigkeit und Frauenerwerbsfähigkeit in Westdeutschland und von Müttererwerbstätigkeit und Ein-Kind-Familien in Ostdeutschland“ ist eine Steigerung der Geburtenrate nur schwer vorstellbar.<sup>86</sup>

Bei den Müttern der jüngeren Jahrgänge ist der Anteil der Frauen mit einem Kind zwar höher. Hier ist allerdings abzusehen, dass sich die

---

<sup>83</sup> Vgl. Herwig Birg, Implodierende Generationen - Gründe des Geburtenrückgangs, in: Anton Rauscher (Hrsg.), Der Sozialstaat und die Herausforderung der Globalisierung, Köln 2007, S. 17.

<sup>84</sup> Vgl. Christian Schmitt, Kinderlose Männer in Deutschland – Eine sozialstrukturelle Bestimmung auf Basis des sozio-oekonomischen Panels (SOEP), Berlin 2003, S. 13.

<sup>85</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2008. Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland, Wiesbaden 2009, S. 8.

<sup>86</sup> Norbert Fr. Schneider / Jürgen Dorbitz, Wo bleiben die Kinder?, in: APuZ 10-11/2011, S. 31 u. 34

Zahlen noch ändern werden, da gerade die zweiten und weiteren Kinder zumeist in einem höheren Lebensalter der Mütter geboren werden.<sup>87</sup>

Die großen historischen Ereignisse der letzten 100 Jahre – wie die beiden Weltkriege, die Weltwirtschaftskrise ab 1929, aber auch die Wiedervereinigung (im Osten Deutschlands) – haben Spuren hinterlassen. Die Geburtenzahl fiel in wenigen Jahren jeweils um die Hälfte, ohne dass das alte Niveau später wieder erreicht wurde.

Eines ist jedenfalls klar: Wir werden weniger.

Und niemand kann das ändern.

Doch warum hat Deutschland eine der niedrigsten Geburtenrate in Europa?

In Politik, Literatur und Forschung werden folgende Gründe immer wieder genannt:

- zu lange Ausbildungszeiten,
- die schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf<sup>88</sup>,
- ein mit Kindern verbundener Einkommensverlust,

---

<sup>87</sup> Vgl. Olga Pötzsch / Bettina Sommer, Generatives Verhalten der Frauenkohorten im langfristigen Vergleich, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik 5/2009, S. 383.

<sup>88</sup> Laut dem Demografiebericht der Bundesregierung hat „fast jede zweite Familie mit Schulkindern“ Schwierigkeiten, „Beruf und Familie in eine gute Balance zu bringen.“; Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes, Berlin 2011, S. 228.

- daraus folgend: die späte Geburt des ersten Kindes,
- unsichere Lebensumstände wie Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse,
- die Situation Ostdeutschlands nach der Wiedervereinigung,
- die Angst vor nicht mehr veränderbaren Bindungen.  
Partnerschaften und Ehen sind auflösbar. Die Bindung an ein Kind ist nicht auflösbar.

Da die Elternschaft eine höchst persönliche Entscheidung ist, darf der Staat nicht vorschreiben, wie Menschen zu leben haben. Dies gilt umso mehr, als die Wirkungen staatlicher Familienpolitik auf die Bereitschaft, Kinder zu bekommen, nach einer Studie des Soziologen Prof. Dr. Wolfgang Streeck gering sind.<sup>89</sup>

Dieses Ergebnis ist umso erstaunlicher, als eben landläufig argumentiert wird, der Grund sei die schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf für junge Mütter. Außerdem wird jungen Menschen vorgerechnet, dass ein Kind rund 300.000 Euro kostet und den Eltern viele Lebenschancen raubt.<sup>90</sup>

Streeck verweist auf Erkenntnisse, nach denen sich besonders Frauen mit einer Zuwanderungsgeschichte und einem geringen Bildungsgrad für

---

<sup>89</sup> Vgl. Wolfgang Streeck, Flexible Employment, Flexible Families, and the Socialization of Reproduction, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Working Paper 09/13, Köln 2009.

a. A.: Björn Schwenker / James W. Vaupel, Eine neue Kultur des Wandels – Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011, S. 10.

<sup>90</sup> Vgl. Karl Otto Hondrich, Weniger sind mehr, Frankfurt am Main 2007, S. 21.



eine Mutterschaft entscheiden. Bei ihnen stelle sich oftmals nicht die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, da sie aufgrund geringer beruflicher Qualifikationen keine Chance hätten, überhaupt am Arbeitsleben teilzuhaben. Eine Mutterschaft gerät somit zur näher liegenden Alternative zum Berufsleben – gerade auch vor dem Hintergrund finanzieller Anreize, die der Staat hierfür biete.

Dagegen seien die Erfolge staatlicher Maßnahmen, gerade Paaren aus dem Mittelstand Anreize zu geben, sich für Kinder zu entscheiden, bislang gering. So zeichne sich beispielsweise auch nach Einführung des Elterngelds keine nennenswerte Steigerung der Geburten von „Mittelstands-Babys“ ab. Die Gründe hierfür, so Streeck, lägen u. a. in

- einer viel Zeit und Energie vereinnahmenden Arbeitswelt,
- der Häufung von Wochenendbeziehungen,
- dem Risiko eines sinkenden Lebensstandards durch Trennung und der daraus folgenden Alleinerziehendenschaft<sup>91</sup>,
- ungewissen Beschäftigungschancen oder – anders herum – der Aussicht auf ein stetes Vorankommen auf der Karriereleiter, das durch eine Elternschaft unterbrochen werden könnte
- und der Furcht vor einem Verlust individueller Autonomie, der mit der Partner- und Elternschaft einhergeht.<sup>92</sup>

---

<sup>91</sup> Nach einem kürzlich verkündeten Urteil des Bundesgerichtshofes müssen Alleinerziehende in der Regel Vollzeit arbeiten, sobald das Kind drei Jahre alt ist. Bayerns Justizministerin Beate Merk (CSU) hatte daraufhin eine Änderung des Unterhaltsrechts angeregt; vgl. Peter Issig / Dorothea Siems, CSU-Ministerin will Unterhaltsrecht nachbessern, in: Welt Online, 8. August 2011, im Internet abrufbar unter: [http://www.welt.de/print/die\\_welt/politik/article13531870/CSU-Ministerin-will-Unterhaltsrecht-nachbessern.html](http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article13531870/CSU-Ministerin-will-Unterhaltsrecht-nachbessern.html) (abgerufen am 22. August 2011).

Zudem weist Streeck auf einen tiefgreifenden Wandel des Frauenbildes hin: „Frauen, die kein Geld verdienen und damit ‚nicht arbeiten‘, also ‚Hausfrauen‘, haben kaum noch Aussicht auf Respekt in der neo-protestantischen Arbeitskultur von heute, auch und gerade bei ihren Schwestern, und finden es entsprechend schwer, sich selbst zu respektieren. Selbst Halbtagsarbeit, vor zwanzig Jahren noch ein akzeptabler Ausweg, unterliegt zunehmend kultureller Ächtung. (...) Versucht man, den dramatischen Wandel des sogenannten ‚Frauenbildes‘ genau zu verstehen, so stößt man auf den Umstand, dass der Einzug der Frauen in den Arbeitsmarkt mit tief greifenden Veränderungen der Familienstruktur zusammentraf: der Zerfall des Normalitätsverhältnisses der Nachkriegszeit mit dem Zerfall der Normalfamilie, und die fortschreitende Flexibilisierung der Beschäftigungs- mit einer parallel verlaufenden Flexibilisierung der Familienverhältnisse“<sup>93</sup>.

Aufgrund dieser Erkenntnisse zieht Streeck schließlich die Schlussfolgerung: „Eine Gesellschaft, die sich Kinder wünscht, darf sich nicht von einer Lebensform abhängig machen, die offenkundig zu einem Auslaufmodell geworden ist. Stattdessen muss sie darauf setzen, dass ihr Nachwuchs außerhalb fester Partnerschaften geboren oder großgezogen wird. Dies legt eine Sozialpolitik nah, die Frauen (nicht Männern, denn ob Kinder geboren werden oder nicht, wird heute allein von den Frauen entschieden) die Gewissheit gibt, dass sie die Kinder, zu

---

<sup>92</sup> Vgl. Wolfgang Streeck, Flexible Employment, Flexible Families, and the Socialization of Reproduction, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Working Paper 09/13, Köln 2009, S. 28ff.

<sup>93</sup> Wolfgang Streeck, Volksheim oder Shopping Mall?, Die Reproduktion der Gesellschaft im Dreieck von Markt, Sozialstruktur und Politik, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Working Paper 11/5, S. 4ff.

denen sie sich heute entschließen, während der folgenden zwei Jahrzehnte auch dann werden ernähren können, wenn sie, was sie jederzeit für möglich halten müssen, dabei auf sich allein gestellt sein sollten. Im Ergebnis tritt damit die Gesellschaft an die Stelle von männlichen ‚Partnern‘, auf die weniger Verlass ist denn je, weil sie es sich leisten können, jederzeit an Frau und Kind die Lust zu verlieren.“<sup>94</sup>

Für Streecks These der begrenzten Wirkungen staatlicher Familienpolitik spricht, dass zwar in Frankreich ebenso wie in den skandinavischen Ländern eine vergleichsweise hohe Geburtenrate mit einer aktiven Bevölkerungspolitik einhergeht. In Großbritannien und den USA ist die Geburtenrate allerdings noch höher, obwohl es dort keine nennenswerte Familienpolitik gibt.<sup>95</sup>

Während es in Teilen Europas wieder einen Anstieg der Geburtenzahl gibt, ist in Deutschland ähnliches nicht festzustellen.<sup>96</sup> Interessant ist in diesem Zusammenhang im Übrigen das Phänomen der Entkoppelung von Ehe und Elternschaft, das gerade in den neuen Bundesländern verbreitet ist. Der Anteil der außerehelichen Geburten an allen lebend geborenen Kindern steigt rasant an: Er hat sich nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes von 1990 bis 2010 bundesweit von 15 auf

---

<sup>94</sup> Wolfgang Streeck, *Volksheim oder Shopping Mall?*, Die Reproduktion der Gesellschaft im Dreieck von Markt, Sozialstruktur und Politik, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Working Paper 11/5, S. 10.

<sup>95</sup> Vgl. Karl Otto Hondrich, *Weniger sind mehr*, Frankfurt am Main 2007, S. 248f.

<sup>96</sup> Von 1998 bis 2008 ist beispielsweise in Spanien die Zahl der Lebendgeburten von rund 365.000 auf fast 520.000 gestiegen, in Frankreich von fast 770.000 auf 835.000. Im selben Zeitraum sank die Zahl in Deutschland von 785.000 auf etwas mehr als 680.000; vgl. Europäische Kommission, *Europa in Zahlen*. Eurostat Jahrbuch 2010, Luxemburg 2010, S. 178.

Für das Jahr 2010 ist in Deutschland allerdings wieder ein leichter Anstieg der Geburtenzahl zu verzeichnen gewesen; vgl. o. V., *Geburtenzahl in Deutschland leicht gestiegen*, Zeit Online, 18. August 2011, im Internet abrufbar unter: <http://www.zeit.de/gesellschaft/familie/2011-08/geburten-anstieg> (abgerufen am 27. September 2011).

rund 33 Prozent mehr als verdoppelt. In Westdeutschland sind Nichtverheiratete häufig kinderlos. Hier werden 27 Prozent aller Kinder außerehelich geboren. In den neuen Bundesländern sind es dagegen 61 Prozent.<sup>97</sup> In beiden Bereichen des Landes gilt allerdings: Je geringer der Ausbildungsabschluss von Frauen ist, desto mehr Kinder bringen sie zur Welt.<sup>98</sup>

Vielleicht sind auch alle Versuche, den Menschen im Zeitalter der Selbstbestimmung einzureden, sie müssten mehr Kinder im eigenen und gesellschaftlichen Interesse zur Welt bringen, deshalb erfolglos, weil sie gegen das moderne Menschenbild verstoßen.<sup>99</sup> Das Menschenbild der Moderne ist ohne Rücksicht auf die Eltern-Kind-Beziehungen entwickelt worden. Wer aber individualistisch meint, Menschsein sei ohne Sozialität möglich, der vergisst, wem er sein Leben zu verdanken hat. Ein in Jahrzehnten entstandenes Menschenbild ist jedenfalls nicht durch Aufrufe, Drohbilder, Zwangsabgaben<sup>100</sup> oder staatliche Zuschüsse veränderbar. „Wir müssen uns von der Illusion verabschieden, dass mehr Geld mehr hilft“, sagt Bundesfamilienministerin Kristian

---

<sup>97</sup> Vgl. o. V., Noch nie so viele Kinder unehelich geboren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. August 2011, S. 7.

<sup>98</sup> Vgl. Norbert F. Schneider / Jürgen Dorbritz, Wo bleiben die Kinder? Der niedrigen Geburtenrate auf der Spur, Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011, S. 27ff.

<sup>99</sup> Vgl. Dieter Thomä, Eltern. Kleine Philosophie einer riskanten Lebensform, München 1992, S. 46.

Vgl. auch: Karl Otto Hondrich, Weniger sind mehr, Frankfurt am Main 2007, S. 222ff.

<sup>100</sup> In jüngster Zeit hat etwa der Vorschlag einer „solidarischen Demografie-Rücklage“ für Aufsehen gesorgt, in die Kinderlose, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, einen prozentualen Anteil ihres Einkommens einzahlen sollen. Bürgerinnen und Bürger mit einem Kind sollen demnach den halben Satz zahlen. Wer zwei oder mehr Kinder hat, soll von der Abgabe befreit sein; vgl. Stefan Vetter, Abgabe für Kinderlose? Mit der Kanzlerin nicht zu machen, Aachener Nachrichten, 15. Februar 2012; sowie Stephan Löwenstein, Ihr Kinderlosen, kommet, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Februar 2012.

Schröder.<sup>101</sup> Das gilt schon gar für Kinderlose ohne Partner, die von familienpolitischen Maßnahmen nicht erreicht werden.<sup>102</sup>

## V

### **Wir sind nicht allein: internationaler Vergleich**

In den 1960er-Jahren wurde in der öffentlichen Diskussion massiv vor der „Bevölkerungsexplosion“ gewarnt. Immer mehr Menschen, so die Befürchtung, würden unseren Planeten zerstören.

Heute, rund 40 Jahre später, hört man inzwischen rund um den Globus auch Warnungen vor einem Rückgang der Bevölkerung. Voraussichtlich ab 2050 geht die Zahl der auf der Erde lebenden Menschen spürbar zurück.<sup>103</sup> Dann werden erstmals auf der Erde mehr Ältere als Kinder leben.<sup>104</sup> Seit Jahrzehnten sinkt die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau weltweit.<sup>105</sup>

Solche Prognosen sind zwar mit großer Vorsicht zu genießen. Eines aber steht fest: Nicht nur die Bundesrepublik Deutschland hat ein Schrumpfungsproblem. In vielen Industriegesellschaften gibt es das Problem seit den 1990er-Jahren. Den schnellsten Alterungsprozess gibt

---

<sup>101</sup> Zit. nach: o. V., Familienpolitik als Antwort auf alternde Gesellschaft, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Januar 2012, S. 12.

<sup>102</sup> Karl Otto Hondrich weist darauf hin, dass etwa jeder dritte kinderlose Mann und jede fünfte kinderlose Frau dauerhaft ohne Partnerin bzw. Partner ist; vgl. ebd., S. 252.

<sup>103</sup> Vgl. United Nations, World Population to 2300, New York 2004, S. 10ff.

<sup>104</sup> Laut eines UN-Bericht werden dann über 2 Mrd. Menschen über 60 Jahre statt wie heute 810 Mio. leben, Reymer Klüver, Im Jahre 2050 weltweit erstmals mehr Ältere als Kinder, Süddeutsche Zeitung, 02. Oktober 2012, S. 1.

<sup>105</sup> Vgl. Steffen Angenendt / Wenke Apt, Womit wir rechnen müssen. Demografie als Triebkraft des 21. Jahrhunderts, Internationale Politik Mai / Juni 2011, S. 60ff.

es aber nicht in den Industrie- sondern in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Der mit Abstand älteste Kontinent bleibt aber Europa.<sup>106</sup>

Neben Deutschland liegt unter anderem auch in Italien, Spanien, Österreich, Polen, Portugal, Litauen, Ungarn und der Slowakei die durchschnittliche Kinderzahl unter 1,4 pro Frau.<sup>107</sup> Der Anteil der unehelich geborenen Kinder hat EU-weit einen neuen Rekordwert erreicht. Waren es 1990 noch 17,4 Prozent, traf das im Jahr 2009 auf 37,4 Prozent aller Kinder zu. Spitzenreiter sind dabei Bulgarien, Estland, Frankreich, Schweden und Slowenien: Dort kommt inzwischen mehr als jedes zweite Kind unehelich zur Welt.<sup>108</sup>

Russland hat schon lange eine zu niedrige Geburtenrate. Im Jahr 2009 betrug sie durchschnittlich 1,39 Kinder pro Frau. Schätzungen zufolge könnte die russische Bevölkerung von derzeit etwa 142 Millionen Menschen bis 2050 auf rund 100 Millionen sinken.<sup>109</sup> Ähnliches gilt für Japan (1,26) und Südkorea (1,22). In Japan ist schon heute fast ein Viertel der Bevölkerung über 65 Jahre alt. Das sind 30 Prozent der Wahlbürger. In 40 der 47 japanischen Präfekturen sinkt die Bevölkerung bereits ab heute<sup>110</sup> Auch China (1,77) wird wegen seiner Ein-Kind-Politik und des daraus folgenden gezielten Abtreibungsverhaltens ein großes

---

<sup>106</sup> Reymer Klüver, a.a.O., Süddeutsche Zeitung, 02. Oktober 2013, S. 1., Christian Weber, Nachwuchs in der Krise, unter Berufung auf Joshua Goldstein / Michaela Kreyenfeld, Demographic Research, Bd. 29/2013, S. 85.

<sup>107</sup> Vgl. Europäische Kommission, Europe in figures. Eurostat yearbook 2010, Luxemburg 2010, S. 181.

<sup>108</sup> Vgl. Peter-Philipp Schmitt, Weniger Ehen, mehr Nachwuchs, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Dezember 2011, S. 9.

<sup>109</sup> Vgl. Johann C. Fuhrmann, Demographie in der Krise: Russlands Migrationsdebatte, KAS-Auslandsinformationen 1/2012, S. 98-118, S. 98.

<sup>110</sup> Christoph Neidhart, Japans Jugend ohne Stimme, Süddeutsche Zeitung, 14./15. August 2012, S. 17, Martin Kölling, Land der untergehenden, 01. Juli 2013, S. 10.

Problem bekommen.<sup>111</sup> Einige Forscher gehen sogar davon aus, dass – anders als allgemein angenommen – die chinesische Fertilitätsrate bereits heute nicht wesentlich höher ist als die deutsche.<sup>112</sup> Der Großteil der heute arbeitenden Chinesen wird deshalb vermutlich im Alter nicht von den Erträgen seiner Arbeit profitieren.<sup>113</sup> In China lag das Verhältnis von Jungen und Mädchen im Jahr 2008 bei 119 zu 100, in Indien bei 113 zu 100. In 20 Jahren wird es in weiten Teilen beider Länder 10 bis 20 Prozent mehr Männer als Frauen geben, sagt eine Studie, die kürzlich im *Canadian Medical Association Journal* veröffentlicht wurde.<sup>114</sup> Eine Folge davon werde sein, dass viele junge Männer keine Partnerinnen mehr finden<sup>115</sup>, aber drei Generationen versorgen müssen.<sup>116</sup> Asien gehört zu dem am schnellsten alternden Regionen der Welt, angeführt von China, Korea, Taiwan, Singapur und Hongkong. Auch Thailand, Indonesien und Vietnam altern schnell.<sup>117</sup> In China hat die Zahl der Erwerbstätigen 2011 schon ihren Höchststand erreicht.<sup>118</sup>

---

<sup>111</sup> Vgl. United Nations Population Fund, *The State of World Population 2009*, New York 2009, S. 86ff.

Vgl. auch: Tony Judt, *Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg*, Bonn 2006, S. 919ff.; sowie Angela Köckritz, *Weiter wachsen*, *Die Zeit*, 26. Januar 2012.

<sup>112</sup> Vgl. Erich Weede, *Es ist die Demographie, Dummkopf!*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. Mai 2011, S. 12.

<sup>113</sup> Schon 2015 erreicht die Zahl der arbeitsfähigen Menschen Ihren Höhepunkt. Danach sinkt sie um jährlich 3 Mio., Christian Geinitz, *Rotes Rentnerheer*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05. Januar 2013, S. 13.

<sup>114</sup> Vgl. o. V., *Studie: Zu wenige Frauen in Asien*, *Kölnische Rundschau*, 15. März 2011, S. 26.

<sup>115</sup> Einer anderen Prognose zufolge wird im Jahr 2030 einer von fünf chinesischen Männern kein weibliches Pendant mehr haben; vgl. Viola Schenz, *Hast du keinen Jungen, verlierst du dein Gesicht*, *Süddeutsche Zeitung*, 2. März 2012, S. 16.

<sup>116</sup> Vgl. Bernhard Bartsch, *Die junge Generation steht vor gewaltigen Problemen*, *Kölner Stadt-Anzeiger*, 9. Mai 2011, 2.

<sup>117</sup> Christoph Hein, *Asien altert schneller als Erwartet*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 02. Januar 2013, S. 11; Jeanne Rubner, *Hightech erfüllt traditionelle Wünsche*, *Süddeutsche Zeitung*, 02. Januar 2013, S. 16 unter Hinweis auf die hohen Abtreibungsraten bei Mädchen.

<sup>118</sup> Markus Jaeger, *Demographische Entwicklungen und implizite Verbindlichkeiten in den „Big 4“*, in: *DB Research – Kommentar* 02. April 2013, S. 1; Finn Mayer-Kuckuk, *Nachwuchs auf Antrag*, *Handelsblatt*, 08. August 2013, S. 10; Mara Hvistendahl, *Im Reich der Greise*, *Süddeutsche Zeitung*, 27. August 2013, S. 16, spricht von einem

Die polnische Bevölkerung wird Schätzungen zufolge bis 2050 um fast 13 Prozent von 38,1 auf 33,3 Millionen schrumpfen. Der Anteil der über 80-Jährigen an der Gesamtbevölkerung wird in derselben Zeit in Griechenland, in Finnland und in den Niederlanden von vier auf elf Prozent steigen.<sup>119</sup> In Portugal, so haben es einige Forscher ausgerechnet, könnte das Durchschnittsalter der Bevölkerung bis 2020 von heute 40 auf dann sage und schreibe 47 Jahre hochschnellen.<sup>120</sup> Die höchste durchschnittliche Lebenserwartung in Europa gibt es derzeit in Frankreich (Männer: 78 Jahre, Frauen: 85 Jahre), was auch dort zu einer Alterung der Gesellschaft beitragen dürfte.<sup>121</sup>

Allgemein wird sich der Altenquotient, also das Verhältnis der Personen im Alter von 65 Jahren und älter zu 100 Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren, Berechnungen der Vereinten Nationen zufolge in Europa von 26 im Jahr 2010 auf 52 im Jahr 2050 nahezu verdoppeln.<sup>122</sup>

---

„gewaltigen demographischen Umschwung, .... von einer Nation junger Arbeiter zu einem Land alter Rentner“. Besonders problematisch sei, dass das Land alt wird, „bevor es reich geworden ist.“

<sup>119</sup> Vgl. Europäische Kommission, Europe in figures. Eurostat yearbook 2010, Luxemburg 2010, S. 163ff.

Im Hinblick auf das Thema Zuwanderung lässt sich zudem feststellen, dass der Anteil ausländischer Staatsangehöriger an der Gesamtbevölkerung in Belgien, Estland, Irland, Spanien, Zypern, Lettland, Luxemburg und Österreich höher ist als in der Bundesrepublik Deutschland; vgl. Eurostat, Foreigners living in the EU are diverse and largely younger than the nationals of the EU Member States, a. a. O., S. 2.

<sup>120</sup> Vgl. Gunnar Heinsohn, Europas Überlebenskampf, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. April 2012, S. 12.

<sup>121</sup> Vgl. Rebecca Müller, Seniorenheim Deutschland, Kölnische Rundschau, 2. April 2011, S. 4.

<sup>122</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2011, S. 17.



Der US-amerikanische Politologe Prof. Francis Fukuyama weist darauf hin, dass an der demografischen Krise „neue Technologien schuld“ sind, „die den Menschen erlauben, länger zu leben als zu der Zeit, als die Gesellschaftsverträge geschlossen wurden. Unter (...) Kanzler Bismarck wurde das Rentenalter auf 65 festgesetzt, weil in den 1880er-Jahren praktisch niemand so lange durchhielt. Heute werden die Leute 80 oder sogar 90 Jahre alt. Es wird schwierig werden, diese Dinge neu auszuhandeln. Übrigens handelt es sich hier um ein allgemeines Problem, das sämtliche industrialisierten Länder betrifft. Ich weiß, dass Europäer gern die Hände ringen, aber jeder einzelne asiatische Staat sieht sich auf lange Sicht mit einer viel schlimmeren Finanzkrise als Europa konfrontiert. China hat noch ein bisschen Zeit, aber wenn dort die Krise kommt, dann kommt sie hart.“<sup>123</sup>

Der französische Historiker und Demograf Emanuel Todd führt auch die Unruhen in den arabischen Ländern auf Veränderungen im Altersaufbau und den Sozialstrukturen der dortigen Gesellschaften zurück. Die Geburtenziffer habe sich in der arabischen Welt in 30 Jahren bis 2005 halbiert. In Tunesien, Marokko, Algerien, Libyen und Ägypten sei sie unter die magische Schwelle von drei Kindern pro Frau gesunken.<sup>124</sup> Der Anteil der Menschen im Rentenalter wird sich jedenfalls bis Mitte des Jahrhunderts verdoppeln. Nur in einem Drittel aller Länder gibt es ein umfassendes Altersversorgungssystem.<sup>125</sup>

## VI

### Die ökonomischen Auswirkungen

---

<sup>123</sup> Hannes Stein, Alle Menschen wollen Demokratie (Interview mit Prof. Francis Fukuyama), Die Welt, 4. April 2011, S. 8.

<sup>124</sup> Emmanuel Todd, „Al Qaida war schon tot“, DER SPIEGEL, 16. Mai 2011.

<sup>125</sup> Reymer Klüver, Planet der Alten, in: Süddeutsche Zeitung, 02.10.2012, S. 8 unter Berufung auf einen Bericht der Vereinten Nationen (UN).

Heute leben in Deutschland rund 82 Millionen Menschen.

In den nächsten 25 Jahren schrumpft die Bevölkerung um fünf Prozent, d.h. um vier Millionen Menschen auf 78 Millionen.<sup>126</sup>

Das hat Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.<sup>127</sup>

Die Zahl der Arbeitnehmer sinkt,  
die Zahl der Rentner steigt.<sup>128</sup>

Die Beiträge für die Renten-, die Kranken- und besonders die Pflegeversicherung steigen.<sup>129</sup> Anders ist es bei der Arbeitslosenversicherung. Gibt es weniger Arbeitnehmer, gibt es – so die Fachleute – auch weniger Arbeitslose.

---

<sup>126</sup> Vgl. Philip Plickert / Sven Astheimer, Alterndes Deutschland nur mit Mini-Wachstum, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Juli 2010, S. 11. Steffen Angenendt und Wenke Apt weisen darauf hin, dass „die ungünstige Bevölkerungsentwicklung in Russland und Japan [...] wahrscheinlich die dortige Wirtschaftskraft schmälern“ wird und „in China dürfte das bisherige Wachstumsmodell in Frage gestellt werden, während Indien und die USA hingegen weiterhin gute demografische Entwicklungschancen haben.“; vgl. Steffen Angenendt / Wenke Apt, Womit wir rechnen müssen. Demografie als Triebkraft des 21. Jahrhunderts, in: Internationale Politik Mai / Juni 2011, S. 62.

<sup>127</sup> Vgl. Steffen Angenendt / Wenke Apt, Womit wir rechnen müssen. Demografie als Triebkraft des 21. Jahrhunderts, in: Internationale Politik Mai / Juni 2011, S. 62.

<sup>128</sup> Peer Steinbrück schreibt hierzu: „Das Verhältnis der Bevölkerung im Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre) und jener im Rentenalter (65 Jahre und älter) ändert sich dramatisch. Standen 1990 noch 100 Bürgern im Erwerbsalter 23 über 65-Jährige gegenüber, waren es 2010 bereits 34. In weniger als 20 Jahren werden es wahrscheinlich 53 Rentner sein. Also werden dann in der gesetzlichen Altersversorgung zwei Bürger im Erwerbsalter mit ihren Arbeitgebern für einen potenziellen Rentenbezieher aufkommen müssen.“; Peer Steinbrück, Im Schraubstock der Demografie, Die Zeit, 2. Februar 2012.

<sup>129</sup> Karl Otto Hondrich bezeichnet die im Alter steigenden Kosten für Gesundheit und Pflege als eine andere Form des Konsums; vgl. Karl Otto Hondrich, Weniger sind mehr, Frankfurt am Main 2007, S. 44f.

Tendenziell erzielen ältere Gesellschaften geringere Kapitalrenditen. Ältere und kleinere Gesellschaften konsumieren weniger. Es gibt also eine geringere Nachfrage.

Die Investitionen sinken.

Es muss mehr fürs Alter zurückgelegt werden, weil das Lebensalter stetig steigt.<sup>130</sup>

Die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt.

Es ist schwerer, freie Stellen qualifiziert zu besetzen.

Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen, werden seltener.

Man findet keine Bewerber mit der passenden Ausbildung.

Die Wenigen müssen produktiver arbeiten.

Sie sind wertvoller; also steigt der Lohn. Ökonomen rechnen damit, dass im Jahr 2013 die Bruttolöhne um 4,3 Prozent, im Jahr 2014 sogar um 4,9 Prozent steigen werden.<sup>131</sup>

Lebenslanges Lernen wird wichtiger, gerade für ältere Arbeitnehmer.<sup>132</sup>

---

<sup>130</sup> Vgl. Horst Siebert, Wirtschaftliche Perspektiven für alternde Gesellschaften, Neue Zürcher Zeitung, 26. August 2000.

<sup>131</sup> Vgl. Hans Evert / Martin Greive, Jetzt kommen die Jahre mit gutem Gehalt, Welt am Sonntag, 1. August 2010.

Der Wirtschaftswissenschaftler Klaus Zimmermann hingegen ist der Ansicht, dass nur auf den ersten Blick die Erwartung realistisch sei, „dass ein knapperes Arbeitskräfteangebot in den kommenden Jahren quasi automatisch zu kräftig steigenden Tarifabschlüssen führen wird wie in den Sechziger- und frühen Siebzigerjahren“. Die Unternehmen blieben gezwungen, „ihre Arbeitskosten gering zu halten. Insbesondere exportorientierte Firmen, unverändert das Rückgrat unseres Erfolges, stehen in Zukunft in einem noch härteren globalen Wettbewerb um Kosten und Produktivität. Dies zwingt die Betriebe, bei den Löhnen weiterhin vorsichtig und flexibel zu operieren und eher auf leistungs- und ergebnisabhängige Erfolgsprämien oder Einmal-zahlungen zu setzen.“; Klaus Zimmermann, Ökonom Zimmermann fordert Ende niedriger Einstiegsgehälter, WirtschaftsWoche Online, 26. März 2011, im Internet abrufbar unter: <http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/oekonom-zimmermann-fordert-ende-niedriger-einstiegsgehaelter-461204/> (abgerufen am 15. April 2011).

<sup>132</sup> Vgl. Horst Siebert, Wirtschaftliche Perspektiven für alternde Gesellschaften, Neue Zürcher Zeitung, 26. August 2000.

Neben den Boom-Regionen werden weite Teile des Landes weniger Einwohner haben. Es wird Regionen geben, die von der Alterung der Bevölkerung stärker betroffen sind als andere.<sup>133</sup> Es wird Wanderungsbewegungen vom ländlichen Raum zu den Zentren geben. Insbesondere die östlichen Landesteile werden weiter Einwohner verlieren.<sup>134</sup> Ähnliches gilt für die Metropole Ruhr.<sup>135</sup>

Die Folge dieser Veränderungen ist, dass das Bruttoinlandsprodukt je Kopf langsamer wachsen wird. Nach einer Studie der Organisationen für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) wird kein Industrieland in den kommenden 50 Jahren so stark an wirtschaftlicher Bedeutung verlieren wie Deutschland. Der Grund dafür ist die Alterung der Bevölkerung. Prognostiziert wird ein Abstieg von Platz 5 auf Platz 10 der wichtigen Wirtschaftsnationen der Welt. Der Anteil Deutschlands am Welt-Bruttoinlandsprodukt verringert sich danach von 4,8 auf 2 Prozent.<sup>136</sup>

Die Wachstumsrate sinkt Demografie bedingt pro Jahr zwischen 0,8 und 1,3 Prozent.<sup>137</sup>

---

<sup>133</sup> Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Studie des Marktforschungsunternehmens GfK GeoMarketing: Demnach beträgt der Anteil der Haushalte, in denen der Haushaltsvorstand 60 Jahre und älter ist, an allen Haushalten im Saarland heute schon 39,0 Prozent, während es in Berlin nur 30,6 Prozent sind; vgl. Bert Losse, Grauer Wohnen, WirtschaftsWoche, 23. Januar 2012, S. 38.

<sup>134</sup> Vgl. Philip Plickert / Sven Astheimer, Alterndes Deutschland nur mit Mini-Wachstum, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Juli 2010, S. 11.

<sup>135</sup> Vgl. Steffen Kröhnert / Nienke van Olst / Reiner Klingholz, Deutschland 2020. Die demografische Zukunft der Nation, Berlin 2005, S. 58ff.

<sup>136</sup> OECD: Deutschland wird zum Globalisierungsverlierer, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. November 2012, S. 14. Untersucht wurden 41 Länder, neben den 34 OECD Mitgliedsstaaten 8 Schwellenländer.

<sup>137</sup> Vgl. Horst Siebert, Wirtschaftliche Perspektiven für alternde Gesellschaften, Neue Zürcher Zeitung, 26. August 2000.

Der Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), Christoph M. Schmidt, hat vorgerechnet, welche Auswirkungen bereits kleine Wachstumsdifferenzen haben: Bei einer Wachstumsrate von 1,6 Prozent, wie sie

Das ist schon optimistisch geschätzt.

Der Staat nimmt deshalb weniger Steuern ein.

Die staatlichen Ausgaben steigen bei einer deutlich niedrigeren Steuerbasis – zum Beispiel

- bei den staatlichen Zuschüssen für die Alterssicherung,
- bei der Sozialhilfe für ältere Menschen,
- bei den Pensionslasten für die Beamten
- und bei der Anpassung der öffentlichen Infrastruktur an eine älter werdende Bevölkerung.<sup>138</sup>

Manche Ökonomen meinen, diese Entwicklung werde das Land in den Ruin treiben. Nach Auffassung des Finanzwissenschaftlers Bernd Raffelhüschen müsste „allein die Rentenversicherung über Rückstellungen in Höhe von zwei Billionen Euro verfügen, um ihre Leistungsversprechen für die Zukunft bezahlen“<sup>139</sup>. Bei der Pflege seien es 700 bis 800 Milliarden Euro. Rechnet man die gesetzliche Krankenversicherung hinzu, käme man auf fast fünf Billionen Euro, die in den Sozialkassen in Zukunft aufgebracht werden müssen.<sup>140</sup> Wenn, wie die Ratingagentur Standard & Poor`s meint, die deutsche Schuldenquote

---

Deutschland im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 2008 erreicht hat, würde das Bruttoinlandsprodukt bis 2030 um 37 Prozent wachsen. Wenn die Wirtschaft, wie im demografischen Wandel durchaus möglich, nur um 0,5 Prozent pro Jahr zulegt, dann würde das Bruttoinlandsprodukt bis 2030 nur um zehn Prozent steigen; vgl. Gabor Steingart / Dirk Heilmann / Dorit Heß, Deutschland ungeschminkt, Handelsblatt, 1. April 2011.

<sup>138</sup> Vgl. Horst Siebert, Wirtschaftliche Perspektiven für alternde Gesellschaften, Neue Zürcher Zeitung, 26. August 2000.

<sup>139</sup> Zit. nach: Peter Thelen, Dem Staat fehlen Billionen, Handelsblatt, 19. Mai 2010.

<sup>140</sup> Vgl. ebd.

einschließlich der Zuschüsse an die Sozialkassen bis zum Jahr 2050 auf das Vierfache des Bruttoinlandsprodukts hochschnellt, ist der deutsche Staat pleite.<sup>141</sup> So kommt es aber nur, wenn wir nichts tun.

## VII

### Arbeitswelt im Wandel

Die Zahl der Beschäftigten wird zurückgehen. Demografisch bedingt sinkt das Angebot an Arbeitskräften derzeit jährlich um rund 100.000.<sup>142</sup> Die Folge ist eine Umverteilung der zu leistenden und zur Verfügung stehenden Arbeit.<sup>143</sup> Die Zahl der potentiellen Arbeitnehmer schrumpft in den kommenden 20 Jahren voraussichtlich um rund 6 Millionen<sup>144</sup> - insbesondere durch das Ausscheiden der Baby-Boomer-Generation der späten 1950er- und frühen 1960er-Jahre aus dem erwerbsfähigen Alter.<sup>145</sup> Die Zahl der Arbeitslosen geht nach einer Berechnung der Prognos AG vom Jahr 2020 an auf unter 2 Millionen Arbeitslose zurück. Damit würden in Deutschland nahezu Vollbeschäftigung (4,2 Prozent) herrschen.<sup>146</sup>

---

<sup>141</sup> Vgl. Dirk Heilmann, Zeit für Reformen!, Handelsblatt, 8. April 2011, S. 6.

<sup>142</sup> Vgl. Sven Astheimer, Unsinnige Generationendebatte, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Mai 2011, S. 9.

<sup>143</sup> Vgl. Björn Schwentker / James W. Vaupel, Eine neue Kultur des Wandels – Essay, Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011, S. 3.

<sup>144</sup> Vgl. Sven Astheimer, Personalnot macht erfinderisch, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. November 2010, S. 20; Der Demografiebericht der Bundesregierung geht davon aus, dass es im Jahr 2030 in Deutschland rund 6,3 Millionen Erwerbsfähige weniger geben wird als noch im Jahr 2010; vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes, Berlin 2011, S. 231.

<sup>145</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2011, S. 8.

<sup>146</sup> N.N., 2020 wohl weniger als 2 Mio. Arbeitslose, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Juni 2013, S. 14.

Die Betriebe sind auf diese Veränderung schlecht vorbereitet. In fast 40 Prozent aller Betriebe arbeiten keine Mitarbeiter, die älter als 50 Jahre sind.<sup>147</sup> In den Regionen, die von Alterung und Abwanderung betroffen sind, wird es immer weniger Fachkräfte geben. Wer nichts dagegen tut, kann seine Stellen nicht mehr besetzen.

Weniger Arbeitnehmer und mehr ältere Arbeitnehmer müssen aber nicht zwangsläufig zu einer geringeren Beschäftigungsrate führen.

Es gibt Möglichkeiten gegenzusteuern:

Eine Stellschraube ist, die Frauenerwerbsquote zu erhöhen.

Die Quote der erwerbstätigen Frauen liegt in Deutschland bei 66,2 Prozent. In Schweden liegt sie bei 70,2 Prozent.<sup>148</sup> Frauen und Männer haben das Recht, selbst zu entscheiden, wie sie ihr Leben gestalten. Durch bessere Betreuungsangebote für Kinder und familienfreundliche Unternehmen kann aber die Erwerbsquote höher werden. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung trägt auch die Einführung des Elterngeldes dazu bei. Demnach ist der Anteil der Frauen, die im zweiten Lebensjahr ihres Kindes wieder arbeiten, seit der Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 um vier Prozent gestiegen.<sup>149</sup> Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass Männer und Frauen sicher sein können, Beruf und Familie miteinander verbinden zu können. Neben

---

<sup>147</sup> Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Deutschlands Zukunft sichern – Fachkräfte gewinnen, Berlin 2010, S. 2.

<sup>148</sup> Vgl. Europäische Kommission, European economic statistics 2010, Luxemburg 2011, S. 195.

<sup>149</sup> Vgl. o. V., Anteil der berufstätigen Mütter steigt, Westdeutsche Zeitung, 28. Februar 2012, S. 2.

der dazu erforderlichen Verlässlichkeit muss eine gesellschaftliche Wertschätzung kommen.<sup>150</sup>

Eine zweite Handlungsoption ist, länger zu arbeiten.

Wenn weniger Menschen erwerbstätig sind, müssen diejenigen, die arbeiten können, länger arbeiten. Das ist der Grund, weshalb die Rente mit 67 bei uns eingeführt wurde. Ähnliches geschieht oder geschah auch in anderen europäischen Ländern, beispielsweise in Frankreich, Griechenland und Spanien. In Dänemark wird sogar bereits über ein Renteneintrittsalter von 71 oder gar 74 Jahren diskutiert.<sup>151</sup>

Was manch einen erstaunen mag: Viele Deutsche würden sogar gerne länger arbeiten – und zwar gerade diejenigen, die bereits im Ruhestand sind. So zeigt eine Umfrage der forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analyse im Auftrag des Generali Zukunftsfonds, dass 54 Prozent der 65- bis 75-jährigen Rentner gerne länger gearbeitet hätten. Als Gründe für eine mögliche längere Erwerbsarbeit werden dabei vor allem der Spaß am Beruf, die Möglichkeit, Können und Wissen weiterzugeben, und die sozialen Kontakte am Arbeitsplatz genannt. Finanzielle Gründe spielen dagegen nur eine geringe Rolle.<sup>152</sup>

Einige jüngst veröffentlichte Zahlen stimmen in diesem Gesamtzusammenhang positiv: In der Gruppe der 55- bis 64-Jährigen hat sich die Zahl der Erwerbstätigen seit 2000 von rund 4,3 Millionen auf

---

<sup>150</sup> Norbert F. Schneider / Martin Burgard, „Das Gedöns“ und die Geschlechter, Die Zeit, 18. Juli 2013, S. 11.

<sup>151</sup> Vgl. Martin Dahms / Maria Weber, 67 – 71 – 74: Immer später in Rente, Berliner Zeitung, 2. Februar 2011, S. 4; sowie Gunnar Herrmann / Thomas Öchsner, Jetzt neu: Rente mit 74, Süddeutsche Zeitung, 27. Januar 2011.

<sup>152</sup> Vgl. Generali Zukunftsfonds (Hrsg.), Monitor 02. Länger leben – länger arbeiten? Daten und Fakten zum Thema Lebensarbeitszeit, Köln 2012, S. 3; Christian Ebner, Weniger Stunden, mehr Stress, Süddeutsche Zeitung, 11. Mai 2013, S. V2/12.



fast 5,8 Millionen erhöht<sup>153</sup> – von 38 Prozent auf knapp 58 Prozent. Bei den 60- bis 64-Jährigen hat sich der Erwerbstätigenanteil seit 2000 mehr als verdoppelt. Er liegt bei fast 41 Prozent.<sup>154</sup> Die Deutschen gingen 2010 nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung im Durchschnitt mit 63,5 Jahren in Rente, fast ein Jahr später als im Jahr 2000.<sup>155</sup>

Einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gingen in der Gruppe der 60- bis 65-Jährigen im Jahr 2010 aber nur 27,5 Prozent nach.<sup>156</sup> Die Vorruhestands- und Altersteilzeitprogramme der Vergangenheit machen sich zwar noch bemerkbar.<sup>157</sup> Die Zahl der in der Altersgruppe der 60-65jährigen in der Zeit von September 2007 bis September 2012 Beschäftigten stieg um 667.000 Personen; das sind 81,7 Prozent.<sup>158</sup>

Im europäischen Vergleich sind wir damit Mittelmaß.<sup>159</sup> In Dänemark ist man zwei Jahre früher als in Deutschland im Beruf, die Frauenerwerbsquote ist deutlich höher und man geht zwei Jahre später in Rente.<sup>160</sup> Es gibt also eine deutlich höhere Erwerbsquote. Diese für

---

<sup>153</sup> Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.), Fortschrittsreport „Altersgerechte Arbeitswelt“. Ausgabe 1: Entwicklung des Arbeitsmarktes für Ältere, Berlin 2012, S. 24.

<sup>154</sup> Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.), Fortschrittsreport „Altersgerechte Arbeitswelt“. Ausgabe 1: Entwicklung des Arbeitsmarktes für Ältere, Berlin 2012, S. 51; siehe auch Sibylle Haas, Mehr Alte im Job, 7. August 2012, S. 19.

<sup>155</sup> Kölnische Rundschau, 22. März 2013, S. 3.

<sup>156</sup> Vgl. o. V., Mehr Ältere arbeiten. Gutes Signal für Rente mit 67?, Aachener Nachrichten, 22. Februar 2012, S. 1.

<sup>157</sup> Vgl. Christian Siedenbiedel, Wie kommt Deutschland zu Wachstum?, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 17. Oktober 2010.

<sup>158</sup> Ältere Arbeitskräfte sind so gefragt wie nie, Frankfurter Allgemeine Zeitung 03. April 2013, S. 9.

<sup>159</sup> Vgl. Eurostat Pressemitteilung 117/2010, 4. August 2010.

<sup>160</sup> In der Debatte über die Hilfeleistungen im Rahmen der Euro-Stabilisierung hat das tatsächliche Renteneintrittsalter eine Rolle gespielt. Entgegen weit verbreiteten Vermutungen liegt das tatsächliche Renteneintrittsalter in Irland bei 64 Jahren, in Spanien und Portugal bei 62,6 Jahren, in Deutschland bei 61,7 Jahren und in Griechenland bei 61,4 Jahren. In Frankreich beginnt die Rente tatsächlich mit 59,7

unsere Zukunft in einem älter werdenden Land so bedeutende Zahl ist in Deutschland rückläufig. 2030 wird sie etwa 17 Prozent kleiner sein, 2050 sogar 23 Prozent.<sup>161</sup> Schaffen wir es, uns zu verhalten wie in Dänemark, sinkt die Erwerbsquote nur um vier bzw. sechs Prozent.

Auch bei uns wird versucht, die tatsächliche Lebensarbeitszeit dem gesetzlichen Renteneintrittsalter wieder stärker anzunähern.<sup>162</sup>

Der Ehrlichkeit halber muss man hinzufügen, dass die Rente mit 67 für viele Arbeitnehmer de facto auch eine Rentenkürzung ist.<sup>163</sup>

Längeres Arbeiten wird – neben der Rente mit 67 – auch mit der angestrebten Verkürzung der Ausbildungszeiten (G8-Abitur, Bologna-Prozess) erreicht. Während laut einer 2008 veröffentlichten Studie des Projekts „Eurostudent“ die durchschnittliche Dauer eines Universitätsstudiums in Deutschland bei 5,6 Jahren gelegen hat, waren es in Italien und den Niederlanden 4,4 Jahre, in Irland 3,5 Jahre und im

---

Jahren; vgl. Stefan Sauer, Die Mär von den fleißigen Deutschen, Kölner Stadt-Anzeiger, 19. Mai 2011, S. 4.

Interessant ist in diesem Zusammenhang im Übrigen eine Studie, die die effektiv geleisteten Arbeitsstunden von Vollzeitbeschäftigten in den EU-Ländern im Jahr 2010 untersucht hat. Demnach arbeitete ein durchschnittlicher französischer Arbeitnehmer gerade einmal 1.679 Stunden, während es in Rumänien 2.095 Stunden waren. Deutschland belegt nach der Studie mit 1.904 Stunden einen Platz im Mittelfeld; vgl. o. V., Franzosen arbeiten erheblich weniger als Deutsche, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Januar 2012, S. 9.

<sup>161</sup> Vgl. Axel Börsch-Supan, Ökonomische Auswirkungen des demografischen Wandels, Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011, S. 21.

<sup>162</sup> Entsprechende Maßnahmen zeigen inzwischen offenbar Wirkung: Nach neueren Angaben der Deutschen Rentenversicherung Bund hat sich beispielsweise im Jahr 2010 das durchschnittliche Renteneintrittsalter bei den männlichen Arbeitnehmern von 63,5 auf 63,8 Jahre erhöht. Bei den Frauen sei es von 62,9 auf 63,3 Jahre angestiegen; vgl. o. V., Deutsche gehen immer später in Rente, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Juli 2011, S. 10.

<sup>163</sup> a. A.: vgl. Axel Börsch-Supan, Ökonomische Auswirkungen des demografischen Wandels, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011, S. 27; sowie Axel Börsch-Supan / Martin Gasche, Sägen an den Säulen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Januar 2013, S. 7.

Vereinigten Königreich 3,1 Jahre.<sup>164</sup> Deutschland stiehlt seinen Studenten mindestens ein Lebensjahr, weil das Studium zu lange dauert.

Andere Zahlen zeigen allerdings, dass wir in den vergangenen Jahren bereits einige positive Entwicklungen erreicht haben: Die Absolventen aller Studiengänge des Prüfungsjahres 2000 benötigten durchschnittlich 10,7 Fachsemester, um ihr Erststudium erfolgreich abzuschließen. Im Jahr 2008 waren es nur noch 9,6 Fachsemester.<sup>165</sup>

Wenn die Ausbildungs- und Studienzeit sinkt, muss konsequenterweise im Gegenzug die betriebliche bzw. außerbetriebliche Weiterbildung ausgebaut werden. Wenn Arbeitnehmer länger erwerbstätig sind, müssen die Tarifverträge bzw. betriebliche Karrierestufen häufigere Beförderungen vorsehen.

Die meisten älteren Menschen werden länger arbeiten müssen, wenn sie als Rentner ihren Lebensstandard halten wollen. Einige werden länger an ihrem Arbeitsplatz verbleiben.<sup>166</sup> Andere werden Teilzeittätigkeiten übernehmen. Daneben wird es auch „halbprofessionelle“ Arbeiten geben.<sup>167</sup> Ohne eine schlüssige Strategie zur Gestaltung des demografischen Wandels sind auch Rentenkürzungen möglich.

---

<sup>164</sup> Vgl. Hochschul-Informationssystem, Social and Economic Conditions of Student Life in Europe. Synopsis of indicators. Final report. Eurostudent III 2005–2008, Bielefeld 2008, S. 49.

<sup>165</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Hochschulstandort Deutschland 2009. Ergebnisse aus der Hochschulstatistik, Wiesbaden 2009, S. 11.

<sup>166</sup> Die Zahl der Rentner mit einem Minijob ist nach Auskunft der Bundesregierung seit 2000 um rd. 60 Prozent, d.h. gut 280.000 auf etwa 761.000 gestiegen. Rd. 154.000 Rentner haben eine sozialversicherungspflichtige Stelle. Die Zahl hat sich seit 1999 fast verdoppelt, Süddeutsche Zeitung, 28. August 2012, S. 1

<sup>167</sup> Vgl. Uwe Jean Heuser / Elisabeth Niejahr, Alter hat Zukunft, Die Zeit, 6. Juli 2000, S. 11ff.

Ein ganz wichtiger Punkt ist, mehr Fachkräfte auszubilden.

Die Zahl der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) ist im letzten Jahrzehnt gestiegen. Obwohl es in Deutschland etwa 6,3 Millionen Erwerbsfähige gibt, die nicht sozialversicherungspflichtig arbeiten<sup>168</sup>, liegt die Zahl der Erwerbstätigen dennoch mit rund 41,4 Millionen so hoch wie noch nie.<sup>169</sup>

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung erwartet sogar, dass wir wegen den verstärkten Ausbildungsanstrengungen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich und im Ingenieurwesen in kurzer Zeit die Studienabsolventen gar nicht auf dem deutschen Arbeitsmarkt unterbringen werden.<sup>170</sup> Das wird sich aber in den nächsten Jahren und Jahrzehnten voraussichtlich wieder ändern.

Im Jahr 2030 werden angeblich rund fünf Millionen Fachkräfte mit Hochschulabschluss oder beruflichem Abschluss fehlen.<sup>171</sup> In Deutschland gibt es zu viele Kinder und Jugendliche ohne Schulabschluss. Mehr als 60.000 junge Menschen verlassen die Schule jährlich ohne Abschluss.<sup>172</sup> Das Bildungssystem versagt bei ihnen und entlässt sie in „ein mehr oder weniger lebenslanges Prekariat“. 1,44

---

<sup>168</sup> Vgl. Thomas Öchsner, Kluge Köpfe verzweifelt gesucht, Süddeutsche Zeitung, 9. August 2011, S. 26.

<sup>169</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Zahl der Erwerbstätigen erreicht im Jahr 2010 neuen Höchststand, Pressemitteilung Nr. 1 vom 3. Januar 2011.

<sup>170</sup> Vgl. Karl Brenke, Fachkräftemangel kurzfristig noch nicht in Sicht, DIW-Wochenbericht 46/2010 vom 18. November 2010, S. 2-15.

<sup>171</sup> Vgl. Georg Giersberg, Nicht dramatisch - aber alarmierend, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Oktober 2010, im Internet abrufbar unter: <http://www.faz.net/s/RubD16E1F55D21144C4AE3F9DDF52B6E1D9/Doc~EF06ECADE7EE24AB78B4287579AE3CFB8~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (abgerufen am 3. Februar 2011).

Die Bundesagentur für Arbeit geht davon aus, dass bis zum Jahr 2025 etwa 6,5 Millionen Arbeitskräfte weniger zur Verfügung stehen werden; vgl. Thomas Öchsner, Kluge Köpfe verzweifelt gesucht, Süddeutsche Zeitung, 9. August 2011, S. 26.

<sup>172</sup> Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2010, Bielefeld 2010, S. 90f.; Axel Börsch-Supan / Martin Gasche, Sägen an den Säulen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Januar 2013, S. 7.

Millionen Menschen im Alter von 20 bis 28 Jahre haben keine abgeschlossene Lehre oder Berufsausbildung. Das sind 17,2 Prozent der Altersgruppe.<sup>173</sup> Durch bessere individuelle Betreuung können hier Hartz IV-Karrieren verhindert werden. In Deutschland gibt es zudem zwischen drei und vier Millionen Analphabeten.<sup>174</sup>

Und noch immer gibt es zu viele Arbeitslose. Ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung haben sie keine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Die Betreuung der Arbeitslosen ist trotz aller Ankündigungen noch immer nicht im notwendigen Umfang an den unterschiedlichen Erfordernissen der Arbeitslosen orientiert. Wer Angst vor Vorstellungsgesprächen hat, braucht zum Beispiel keine schriftliche Aufforderung, sich bei einer Firma vorzustellen. Er braucht jemanden, der ihn zum Vorstellungsgespräch begleitet.

Auch die Tatsache, dass über 50-Jährige kaum eine Chance auf eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt haben, ist eine schwere Form der Diskriminierung. Gleiches gilt, weil Arbeitslose über 58 nicht mehr in der Statistik erfasst sind. Es kann auch nicht dabei bleiben, dass erfolgreiche Forscher und Hochschullehrer in Deutschland zwangspensioniert werden, ihre Arbeit beenden müssen und sie in den USA fortsetzen.<sup>175</sup>

Ein viertes Handlungsfeld ist, die Produktivität zu steigern.

Die steigende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen beruht neben der Stabilität der Lohn- und Arbeitskosten in den letzten zehn

---

<sup>173</sup> Daten des Bundesinstituts für Berufsbildung, Süddeutsche Zeitung, 31. August 2012, S. 17

<sup>174</sup> Vgl. Bert Rürup, Auswirkungen des demografischen Wandels auf Wirtschaft und Gesellschaft, o. O. 2005, im Internet abrufbar unter: <http://www.fes.de/GPI-NRW/forum/BeitragRuerup.pdf> (3. Mai 2011).

<sup>175</sup> Vgl. Elisabeth Niejahr, Alt sind nur die anderen. So werden wir in Zukunft leben, lieben und arbeiten, 2. Auflage, Frankfurt am Main 2005, S. 17.

Jahren auf einem im selben Zeitraum stattfindenden Erneuerungsschub in den Unternehmen.<sup>176</sup>

Der Einsatz modernster Technologie hat die Effizienz der Produktion in Deutschland billiger, präziser, flexibler und moderner gemacht. Vielfach verkaufen deutsche Unternehmen, vielfach auch mittelständische Unternehmen, heute nicht mehr ausschließlich Produkte auf den Weltmärkten, sondern Lösungen.

Die Welt steht in den kommenden Jahren vor einem ungeheuren Modernisierungsschub. Neues Wissen, neue Produkte, aber auch und vielleicht gerade die Weiterentwicklung der von der deutschen Wirtschaft hergestellten klassischen Produkte werden unser Leben und Arbeiten verändern. Da Wissen als neuer Produktionsfaktor eine immer größere Rolle bei der Wertschöpfung spielt, hat unser Land große Chancen, neue Produktivität durch technischen Fortschritt zu erzielen.

Deshalb war es wichtig, in der Zeit von 2005 bis 2010 ein Hochschulerneuerungsprogramm für die nordrhein-westfälischen Hochschulen mit Investitionen in Höhe von acht Milliarden Euro zu

---

<sup>176</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Genesis-Online Datenbank. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Bundes. Produktivität, Lohnkosten, Verdienst, Lohnstückkosten. Zeitraum 2001 bis 2010, im Internet abrufbar unter: [https://www-genesis.destatis.de/genesis/online;jsessionid=27B8188CBF1D7743D3732A25F6D24D91.tomcat\\_GO\\_1\\_2?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1296731119804&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=81000-0017&auswahltext=&werteabruf=Werteabruf](https://www-genesis.destatis.de/genesis/online;jsessionid=27B8188CBF1D7743D3732A25F6D24D91.tomcat_GO_1_2?operation=abruftabelleBearbeiten&levelindex=2&levelid=1296731119804&auswahloperation=abruftabelleAuspraegungAuswaehlen&auswahlverzeichnis=ordnungsstruktur&auswahlziel=werteabruf&selectionname=81000-0017&auswahltext=&werteabruf=Werteabruf) (abgerufen am 3. Februar 2011). Zwischen Wissenschaftlern ist umstritten, ob statistische Trends bei der Produktivität und bei der BIP-Entwicklung ... fortgeschrieben werden können, siehe Karl-Otto Sattler, *Wachsen im Alter*, *Das Parlament* 32-34, 6. August 2012, S. 11; Die Akademiegruppe Altern der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina *Acta Nova Leopoldina* Bd. 9, Halle (Saale) 2010, S. 59 hält ein reales Wachstum von ca. 2,4 Prozent stets wie einen jahrzehntelangen Mittel von 1,5 Prozent für erforderlich, um die demografische Alterung auszugleichen.

beginnen und 24 große Forschungszentren, vier neue Fachhochschulen und acht bestehende Fachhochschulen besonders für MINT-Fächer zu gründen und zu erweitern.

Es gibt mithin eine Vielzahl von Möglichkeiten, den Rückgang der Beschäftigungsrate zu kompensieren. Das muss man wollen. Leider hat in den letzten Jahren eine Tendenz eingesetzt, die wenigen Schritte, die bisher umgesetzt wurden, rückgängig zu machen. Dazu gehört der Versuch, die Rente mit 67 und das G8-Abitur zurückzunehmen.

Auch das Gesetz, das schrittweise eine frühere Einschulung in Nordrhein-Westfalen möglich machen sollte, wurde aufgehoben. Ähnliche Bestrebungen, das Studium zu verlängern, sind feststellbar.<sup>177</sup> Erfreulicherweise haben Eltern und Lehrer in Nordrhein-Westfalen verhindert, dass das Abitur nach acht Jahren wieder abgeschafft wurde.

In der politischen Auseinandersetzung wird von Gegnern einer längeren Arbeitszeit immer wieder gegen mehr körperliche Arbeit im Alter polemisiert.<sup>178</sup> Es sei unzumutbar, dass ein Dachdecker mit 65 Jahren

---

<sup>177</sup> So heißt es beispielsweise in der 2010 zwischen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen in Nordrhein-Westfalen abgeschlossenen Koalitionsvereinbarung: „Gemeinsam mit den Hochschulen wollen wir zu Vereinbarungen über eine Reduzierung der Stofffülle, der Prüfungsdichte, der Anwesenheitspflichten und der Arbeitsbelastung kommen. Durch neue Zeitfenster und mehr Flexibilität bei der Dauer von Bachelorstudiengängen wollen wir Studierenden ermöglichen, Auslandssemester, Praktika und gesellschaftliches Engagement in ihr Studium zu integrieren. Daneben sollen die Hochschulen die Möglichkeiten zum Teilzeitstudium spürbar ausbauen.“; Nordrhein-Westfalen 2010 - 2015: Gemeinsam neue Wege gehen Koalitionsvertrag zwischen der NRWSPD und Bündnis 90 / Die Grünen NRW, Düsseldorf 2010, S. 12.

<sup>178</sup> Der vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Mai 2011 in der Expertise „Herausforderungen des demografischen Wandels“ gemachte Vorschlag, das Renteneintrittsalter noch weiter auf 69 Jahre zu erhöhen, wurde sofort von den Sozialverbänden und Gewerkschaften kritisiert. Dieser Rat sei weltfremd, hieß es. Schon die geplante Heraufsetzung der

über die Dächer laufe. Das hat auch niemand gefordert. Natürlich lässt die körperliche Kraft im Alter nach. Auch manche kognitive Fähigkeiten werden geringer. Dafür haben ältere Menschen mehr Erfahrung und mehr soziale Kompetenz.<sup>179</sup> Die Arbeitsproduktivität sinkt nicht signifikant, wie neue Studien zeigen.<sup>180</sup>

Das abrufbare Wissen ist nie so hoch wie nach der Bildungs- und Ausbildungsphase. Es sinkt danach kontinuierlich. Dafür steigt im gleichen Umfang das Erfahrungswissen.<sup>181</sup>

Wir brauchen keinen Kampf gegen Veränderungen, sondern neue Formen der Beschäftigung, damit die Erfahrungen der älteren Generation nicht ungenutzt bleiben. Noch nie wurde eine ältere Generation so dringend gebraucht, damit unsere Gesellschaft weiter in Wohlstand, Selbstbestimmung und Freiheit leben kann.

---

Altersgrenze auf 67 Jahre sei unverantwortbar; vgl. o. V., Sachverständigenrat empfiehlt Rente mit 69, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Mai 2011, S. 11.

<sup>179</sup> Vgl. Björn Schwentker / James W. Vaupel, Eine neue Kultur des Wandels – Essay, Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011, S. 8.

Vgl. auch: Axel Börsch-Supan, Ökonomische Auswirkungen des demografischen Wandels, Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011, S. 23.

<sup>180</sup> Vgl. o. V., Sachverständigenrat empfiehlt Rente mit 69, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Mai 2011, S. 11. Der Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber sagt dazu: „Solange Taktzeiten von 50 bis 70 Sekunden an Fließbändern und Maschinen zur Realität unserer Hochleistungsgesellschaft gehören, sind die Menschen nach 40 Jahren Maloche kaputt.“ Die Einschätzung der Arbeitnehmer ist hierzu unterschiedlich. Das hängt vom jeweiligen Beruf ab. In einem Drittel der Branchen hält mehr als 50 % der Beschäftigten das Erreichen der Regelaltersgrenze für wahrscheinlich (Chemie, öffentliche Verwaltung, Wissenssektor). Nicht einmal ein Drittel halten es im Gastgewerbe, im Sozialwesen, bei den Zecharbeitern oder Reinigungskräften für möglich; Thomas Öchsner, Am Ende, Süddeutsche Zeitung, 24. April 2013, S. 17.

<sup>181</sup> Zur Bedeutung des Erfahrungswissens vgl. Hans-Eberhard Plath, Erfahrungswissen und Handlungskompetenz - Konsequenzen für die berufliche Weiterbildung, in: Gerhard Kleinhenz (Hrsg.): IAB-Kompendium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BeitrAB 250/2002, S. 517-529.



## VIII

### Die Gefahr der Altersarmut

Eines der großen gesellschaftlichen Probleme der Zukunft wird eine wachsende Altersarmut sein. Die jetzt lebende Rentnergeneration gilt als vergleichsweise gut versorgt<sup>182</sup> – und sieht dies auch selber so.<sup>183</sup> Die Rentner- und Pensionärshaushalte lagen 1998 nur 3 Prozent unter dem verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmerhaushalte.<sup>184</sup> Die heute jungen Menschen werden jedoch Probleme haben, ihren Lebensstandard im Alter zu sichern.

Es gibt kaum noch „Normalarbeitsplätze“, die man von der Lehre mit 14 Jahren bis zur Rente mit 65 Jahren – also mehr als 50 Jahre – ausübt. Solche Arbeitszeiten führen zu einer auskömmlichen Altersversorgung. Dies gilt nicht für gebrochene Erwerbsbiografien. Für sie wird eine rein staatliche Altersversorgung nicht auskömmlich sein. Zumal wenn sie vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze in den Ruhestand gehen: Dann werden für jeden Monat, den man sich früher aus dem Arbeitsleben verabschiedet, von den Rentenbezügen 0,3 Prozent abgezogen – und

---

<sup>182</sup> Vgl. Bundesregierung, Alterssicherungsbericht 2008, Bundestagsdrucksache 16/11061, 21. November 2008.

<sup>183</sup> Nach einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach bewerten 51 Prozent der über 60-Jährigen ihre wirtschaftliche Lage als „gut“ bis „sehr gut“. Nur sechs Prozent von ihnen sind der Meinung, dass sie „eher schlecht“ ist. Zwei Prozent sprechen von „schlecht“; vgl. Renate Köcher, Kein Geld für die Altersvorsorge, WirtschaftsWoche Online, 17. September 2011, im Internet abrufbar unter: <http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/kein-geld-fuer-die-altersvorsorge-481655/2/> (abgerufen am 26. September 2011).

<sup>184</sup> Vgl. Karin Stiehr, Lebenslagen älterer Menschen, in: Bernhard Frevel (Hrsg.), Herausforderung demografischer Wandel, Wiesbaden 2004, S. 94.

zwar bis zum Ende des Lebens.<sup>185</sup> Deshalb muss ein besseres System sich ergänzender Alterseinkommen entwickelt werden.

Als Gründe für die zukünftige Altersarmut werden folgende genannt:

- Die Ausdifferenzierungen auf den globalen Arbeitsmärkten führen zu mehr Altersarmut.
- Die Globalisierung der deutschen Wirtschaft hat zu einer Flexibilisierung der Arbeitsmärkte geführt.
- Die Hartz-Reformen haben zu einem Anstieg von Teilzeitjobs geführt.
- Es gibt zu viele unterbrochene Erwerbsbiografien.
- Bei Erwerbsminderungsrentnern ist das Armutsrisiko sehr hoch.
- Die Rentenreformen 2001 (Riester-Reform), 2004 (Nachhaltigkeitsreform) und 2007 ("Rente mit 67") haben das Bruttorentenniveau gesenkt. Die Zahl der „Riester-Verträge“ in Haushalten mit niedrigem Einkommen ist gering.<sup>186</sup>

Die Zahl aller geringfügig entlohnnten Beschäftigten ist von 5,5 Millionen im Juni 2003 auf 7,3 Millionen im Dezember 2009 gestiegen. Die Zahl aller in Teilzeit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist im selben Zeitraum von 4,3 Millionen auf 5,3 Millionen nach oben gegangen. Im

---

<sup>185</sup> Vgl. Christian Tenbrock, Alt werden im Job, Die Zeit, 29. Dezember 2011, S. 34.

<sup>186</sup> Axel Börsch-Supan / Martin Gasche / Bettina Lamla, Anmerkungen zur Diskussion über die Altersarmut, Aus Politik und Zeitgeschehen 4-5, 2013, S. 24 f.

Dezember 2009 hatten wir darunter 1,3 Millionen „Midi-Jobber.“<sup>187</sup> Die Vollzeitbeschäftigung hat bei Männern und Frauen im Zeitraum zwischen 1991 bis 2004 um 20,2 bzw. 19,2 Prozent abgenommen.<sup>188</sup>

Viele jungen Menschen müssen heute mehrere Praktika absolvieren, um einen Einstieg ins Arbeitsleben zu finden.<sup>189</sup>

Die Einstiegsgehälter, auch bei akademischen Abschlüssen, sind gering. Nicht nur in der Kreativwirtschaft werden geringe Anfangslöhne gezahlt.<sup>190</sup>

---

<sup>187</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik. Beschäftigung Ende Dezember 2009 in Deutschland, Nürnberg 2010, Tabelle 1 sowie Tabelle 4, im Internet abrufbar unter: [http://statistik.arbeitsagentur.de/nn\\_31966/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche\\_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input\\_=&pageLocale=de&topicId=17362&year\\_month=200912&year\\_month.GROUP=1&search=Suchen](http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_31966/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=17362&year_month=200912&year_month.GROUP=1&search=Suchen) (10. Februar 2011).

Vgl. ferner: Bundesagentur für Arbeit, Mini- und Midijobs in Deutschland, Nürnberg 2007, S. 15ff.

<sup>188</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2011, S. 133.

<sup>189</sup> Einer Studie des Bayerischen Staatsinstituts für Hochschulforschung und Hochschulplanung zufolge sind Praktika vor allem für diejenigen Studenten wichtig, deren Studium einen vergleichsweise geringen Bezug zur beruflichen Praxis hat - darunter die Sozial-, Sprach- und Kulturwissenschaften; vgl. Andreas Sarceletti, Die Bedeutung von Praktika und studentischen Erwerbstätigkeiten für den Berufseinstieg, München 2009, S. 246ff.

Sven Astheimer weist darauf hin, dass häufige Praktika ein Phänomen seien, das auf bestimmte Qualifikationen und Branchen beschränkt sei. Dass sich Kunst- und Kulturschaffenden keine Alternative biete, sei keine neue Entwicklung und in hohem Maße durch Haushaltszwänge der Arbeitgeber wie Museen und Theater begründet. Und: „Viele Arbeitgeber setzen Befristungen bei Berufsanfängern als verlängerte Probezeit ein und bauen schon entsprechende Anschlussklauseln in den Arbeitsvertrag ein.“; Sven Astheimer, Unsinnige Generationendebatte, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Mai 2011, S. 9.

<sup>190</sup> Es ist nicht unüblich, dass bei einer weltweit tätigen Firma Berufsanfänger mit einem akademischen Abschluss einen Anfangslohn von 1.900 Euro pro Monat erhalten.

Viele solcher Aussagen sind interessengeleitet. Die Vorstellung, in der globalisierten Welt sei es möglich, jedem im gleichen Betrieb einen lebenslangen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen, ist unrealistisch. Die Flexibilisierung der Arbeitswelt hat zu vielen neuen Beschäftigungsmöglichkeiten geführt. Viele Menschen wollen in verschiedenen Lebensphasen Teilzeit arbeiten. Es ist auch besser, einen Teilzeitarbeitsplatz zu haben, als arbeitslos zu sein. Die Vorstellung vom Ernährer, der arbeitet und Geld verdient, und der Hausfrau, die zuhause arbeitet, ist wirklichkeitsfremd. Umso mehr müssen die Konsequenzen aus der Flexibilisierung der Wirtschafts- und Arbeitswelt gezogen werden. Hier rächt sich, dass es keine abgestimmte politische Strategie gibt. Einzelmaßnahmen wie bei der „Agenda 2010“ oder bei der Änderung der Witwenrente führen oftmals zu unbeabsichtigten Begleitschäden.

Angesichts des demografischen Wandels und der Differenzierung auf dem Arbeitsmarkt gilt: Wir brauchen eine hohe Erwerbsquote und müssen Altersarmut verhindern.<sup>191</sup>

Altersarmut ist vor allem ein Frauenthema.

Frauen in Deutschland beziehen derzeit im Durchschnitt ein um 59,6 Prozent geringeres eigenes Alterseinkommen als Männer.<sup>192</sup> Relativ

---

<sup>191</sup> Die Armutsforschung ist heute politisch umstritten. Dem Armutsbericht der Bundesregierung wird vorgeworfen, wichtige Faktoren nicht zu berücksichtigen, siehe Klaus Schröder, Zeithistoriker an Universität Berlin, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Dezember 2012, S. 13, der sagt: „Der Bericht sollte aus politischen Gründen zeigen, dass Arme immer ärmer und Reiche immer reicher werden – auch, wenn das in dieser Pauschalität nicht stimmt.“ Unbestritten sollte aber sein, dass Frauen, junge Menschen ohne Ausbildung und Schulabschluss und Migranten wegen der unstillen Erwerbsbiografien in einer größeren Gefahr stehen, im Alter in Armut zu leben, Axel Börsch-Supan / Martin Gasche, Sägen an den Säulen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Januar 2013, S. 7.

viele Frauen ohne Kinder arbeiten. Relativ viele Frauen mit Kindern arbeiten nicht.<sup>193</sup> Sie sind in der Regel auf die Unterhaltssicherung durch ihren Ehepartner oder staatliche Unterstützung angewiesen. Viele Frauen arbeiten nur Teilzeit. Inzwischen gibt es in Deutschland 7,3 Millionen 400-Euro-Stellen. Das sind 1,6 Millionen mehr als im Jahr 2003.<sup>194</sup> In Nordrhein-Westfalen gibt es fast 1,8 Millionen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. Mehrheitlich Frauen haben einen solchen 400-Euro-Job.<sup>195</sup> „Vergleicht man das Lebenseinkommen einer Frau mit erwachsenen Kindern mit dem einer kinderlosen Frau in einem ähnlichen Beruf, dann kommt die Mutter auf weniger als die Hälfte des Lebensgehalts der Frau ohne Kind“<sup>196</sup>, liest man bei Katja Tichomirowa unter Bezugnahme auf eine neue Studie der OECD.

Der durchschnittliche Rentenzahlbetrag für Witwenrenten lag 2010 für Frauen in den alten Bundesländern bei 563 Euro, bei Frauen in den neuen Bundesländern bei 590 Euro.<sup>197</sup> Im Zuge der Rentenreform von 2001 ist die Bezugsdauer der kleinen Witwenrente auf 24 Monate nach dem Tod des Ehepartners begrenzt worden. Mit der Rentenreform von 2007 wird die Altersgrenze für den Bezug der großen Witwenrente – analog zur allgemeinen Erhöhung des Renteneintrittsalters – ab dem 1. Januar 2012 schrittweise von 45 auf 47 Jahre erhöht.

---

<sup>192</sup> Vgl. Maria Böhmer, Gerechte Renten für Mütter, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Januar 2012, S. 5.

<sup>193</sup> Vgl. o. V., Deutschland wird trotz Familienpolitik schrumpfen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Oktober 2010, S. 12.

<sup>194</sup> Vgl. Eva Roth, Die Zahl der Minijobs steigt kräftig, Kölner Stadt-Anzeiger, 27. April 2011, S. 9.

<sup>195</sup> Vgl. Matthias Korfmann, Jeder vierte Arbeitnehmer ist Minijobber, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 27. April 2011, S. 1.

<sup>196</sup> Katja Tichomirowa, Trotz Förderung wenig Geburten, Kölner Stadt-Anzeiger, 28. April 2011, S. 5.

<sup>197</sup> Vgl. Deutsche Rentenversicherung Bund, Rentenversicherung in Zahlen 2008, Berlin 2008, S. 34ff.

Experten befürchten, dass Frauen mit einer Witwenrente nach derzeitiger Gesetzeslage später oft nur Bezüge erhalten werden, die unter dem Niveau der Grundsicherung liegen. Auch Frauen aus der Generation der Babyboomer (Jahrgänge 1956 – 1965), die mehr sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben als frühere Generationen, erhalten nach heutiger Rentenlage kaum höhere Renten.<sup>198</sup> „Im Vertrauen auf die Witwenrente haben ganze Generationen ihren Job der Familie geopfert. Wer ihnen nun die Versorgung streicht, stößt sie bewusst in Armut“<sup>199</sup>, schreibt die Journalistin Bettina Irion zu einem Vorschlag der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, nach dem die Witwenrente nur noch an Angehörige ausgezahlt werden soll, die nicht selbst für sich sorgen können.<sup>200</sup>

Mit der Rentenreform von 2004 ist der Beitragssatz zur Rentenversicherung bis zum Jahr 2030 auf 22 Prozent begrenzt worden. Die Folge ist, dass das Rentenniveau von heute 52 Prozent des letzten Nettoeinkommens bis 2030 auf 43 Prozent sinken wird.<sup>201</sup>

Wer keine zusätzlichen Alterseinkünfte hat, wird also seinen Lebensstandard im Alter nicht halten können. Viele, die ihr Leben lang gearbeitet haben, werden im Alter arm sein. Der Paritätische Wohlfahrtsverband warnt sogar davor, dass sich der Anteil der über 65-Jährigen, die auf die staatliche Grundsicherung im Alter angewiesen sind, von derzeit etwa 2,5 Prozent bis zum Jahr 2025 auf zehn oder mehr Prozent mindestens vervierfachen werde.<sup>202</sup> Bundesweit stiegen

---

<sup>198</sup> Vgl. dpa, Altersarmut bedroht besonders Frauen, Meldung vom 2. September 2010; wenig Rente für Frauen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Juni 2012, S. 13.

<sup>199</sup> Bettina Irion, Auslaufmodell Witwenrente, Berliner Zeitung, 17. Januar 2012, S. 3.

<sup>200</sup> Vgl. o. V., Arbeitgeber wollen Witwen Rente kürzen, Westfalenpost, 17. Januar 2012, S. 1.

<sup>201</sup> Vgl. Dirk Heilmann, Zeit für Reformen!, Handelsblatt, 8. April 2011, S. 6.

<sup>202</sup> Vgl. o. V., Sozialexperten warnen vor steigender Altersarmut, Focus Online, 30. Dezember 2010, im Internet abrufbar unter:

die Ausgaben für die Grundsicherung im Jahr 2010 auf vier Milliarden, dreimal mehr als im Jahr 2003.<sup>203</sup>

Zwar beziehen heute nur zweieinhalb Prozent der 20 Millionen Rentner Grundsicherung, d.h. Sozialhilfe für Ältere.<sup>204</sup> Die Zahl der über 65-Jährigen in der Grundsicherung ist aber zwischen 2003 und 2008 allein in Nordrhein-Westfalen um 51 Prozent auf fast 110.000 gestiegen.<sup>205</sup>

Tendenz in den kommenden Jahren steigend. So geht etwa eine Studie der Freien Universität Berlin davon aus, dass 41 Prozent der heute 45- bis 50-jährigen Frauen in Westdeutschland später eine gesetzliche Rente erhalten, die unter 680 Euro, also unter der Grundsicherung liegt. Bei den ostdeutschen Frauen der gleichen Jahrgänge seien davon 21 Prozent betroffen.<sup>206</sup> Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wiederum hat ausgerechnet, dass ein Minijobber nach 45 Versicherungsjahren einen Anspruch auf eine monatliche Rente in Höhe von gerade einmal rund 140 Euro erwirbt.<sup>207</sup>

Wenn der ehemalige Chef der so genannten „Wirtschaftsweisen“, Bert Rürup, vorschlägt, die Rente mit 67 früher als bis zum Jahr 2025 einzuführen, ist das wahrscheinlich politisch nicht durchsetzbar. Faktisch allemal: So nahmen 2010 47,5 Prozent derjenigen, die erstmals eine

---

[http://www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/senioren-sozialexperten-warnen-vor-  
steigender-altersarmut\\_aid\\_585929.html](http://www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/senioren-sozialexperten-warnen-vor-<br/>steigender-altersarmut_aid_585929.html) (abgerufen am 11. April 2011).

<sup>203</sup> Vgl. Dorit Kowitz, Generation Armut, Die Zeit, 19. Mai 2011, S. 33.

<sup>204</sup> Vgl. Susanne Gaschke, Entspann dich, Alter!, Die Zeit, 7. April 2011, S. 17.

<sup>205</sup> Vgl. Information und Technik Nordrhein-Westfalen, Statistische Berichte. Sozialhilfe in Nordrhein-Westfalen 2008, Düsseldorf 2009, S. 12.

<sup>206</sup> Vgl. Stefan Sauer / Daniela Vates, Vielen Frauen drohen Mini-Renten, Kölner Stadt-Anzeiger, 25. Januar 2012, S. 1; sowie Daniela Vates, Die Rente ist sicher gering, Kölner Stadt-Anzeiger, 25. Januar 2012, S. 2.

<sup>207</sup> Vgl. o. V., 45 Jahre gearbeitet – 140 Euro Rente, Spiegel Online, 28. März 2012, im Internet abrufbar unter:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,824163,00.html> (abgerufen am 13. April 2012).

Altersrente bezogen, Abschläge in Kauf, weil sie nicht bis zum 65. Lebensjahr arbeiteten. Zum Vergleich: Zehn Jahre zuvor waren es gerade einmal 14,5 Prozent.<sup>208</sup>

Das Land darf aber nicht einfach zusehen, wenn viele Leistungsträger von Altersarmut betroffen sind.

Viele werden eine kleine Rente bekommen, weil junge Leute heute so spät in den Beruf einsteigen. Trotz guter Ausbildung und Studienabschlüssen, trotz angeblichem Facharbeitermangel und Ingenieurslucke werden sie als Praktikanten ausgenutzt. Zu den Rentenverlierern gehören auch die Langzeitarbeitslosen, die Langzeitstudierenden, die 400.000 kleinen Selbstständigen sowie die nicht berufstätigen Mütter und Väter.<sup>209</sup>

Ein Arbeiter, der ein Jahreseinkommen von 15.000 Euro und 45 Jahre Beiträge in die Rentenversicherung gezahlt hat, erhält im Jahr 2030 eine Rente von 448 Euro.<sup>210</sup> Davon kann man schwerlich leben. Fast vier Millionen der 20 Millionen Menschen, die derzeit einer Vollbeschäftigung nachgehen, droht ein Abrutschen in die Altersarmut, obwohl sie 45 Jahre Rentenbeiträge gezahlt haben.<sup>211</sup>

---

<sup>208</sup> Vgl. Thomas öchsner, Jeder zweite geht in Frührente, Süddeutsche Zeitung, 28. Dezember 2011, S. 1.

<sup>209</sup> Vgl. Elisabeth Niejahr, Alt sind nur die anderen. So werden wir in Zukunft leben, lieben und arbeiten, 2. Auflage, Frankfurt am Main 2005, S. 24.

<sup>210</sup> Vgl. Karl-Josef Laumann, „Die Arbeit im Alter wird flexibler“, Interview mit Elisabeth Niejahr, Die Zeit, 6. März 2008.

<sup>211</sup> Vgl. Eva Quadbeck, CDU-Arbeitnehmer fordern Mindestrente, Rheinische Post, 9. August 2011, S. 11.



Der als Allheilmittel vorgeschlagene Mindestlohn kann das Problem nicht lösen. Wer einen Stundenlohn von 7,50 Euro erhält, muss 47 Jahre arbeiten, um eine Rente von 615 Euro zu bekommen.<sup>212</sup>

Bereits heute werden aus Steuermitteln schon 64,9 Milliarden Euro (2010) pro Jahr aus dem Bundeshaushalt in die Rentenkasse gezahlt, um die Zahlungsfähigkeit zu gewährleisten.<sup>213</sup> Ein großes Problem ist aber, dass diese Zahlungen nicht versicherungsgemäß bestimmten Leistungen zugerechnet werden können. Hier muss mehr Transparenz geschaffen werden, damit der Charakter des Systems der solidarischen Rente als Versicherungssystem wieder deutlicher wird.<sup>214</sup>

Das Problem ist nicht durch Steuererhöhungen zu lösen, weil die Erwerbstätigen finanzielle Mittel benötigen, um zusätzlich privat vorzusorgen.

Ebenso wenig dürfte eine Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung zu vermitteln sein: Zum einen würde dies das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer verringern und zugleich für die Arbeitgeber die Lohnnebenkosten erhöhen.<sup>215</sup>

Auch durch höhere Staatsschulden kann das Problem nicht gelöst werden, weil diese nach der Weltfinanzkrise zurückgeführt werden müssen. Zu hohe Staatsschulden führen zu weniger Wachstum.

---

<sup>212</sup> Vgl. Karl-Josef Laumann, „Die Arbeit im Alter wird flexibler“, Interview mit Elisabeth Niejahr, Die Zeit, 6. März 2008.

<sup>213</sup> Vgl. Bundesregierung, Rentenversicherungsbericht 2011, Bundestagsdrucksache 17/7770, 16. November 2011, S. 16.

<sup>214</sup> Zum Versicherungsprinzip in den Sozialversicherungen: vgl. Wilfrid Schreiber, Soziale Ordnungspolitik heute und morgen. Betrachtungen nach Abschluß der Sozialenquête, Stuttgart u. a. 1968, S. 126ff.

<sup>215</sup> Vgl. Peer Steinbrück, Im Schraubstock der Demografie, Die Zeit, 2. Februar 2012.

Außerdem müsste die heute schon stark belastete junge Generation diese neuen Staatsschulden zurückzahlen.

## IX

### Zuwanderung ist kein Allheilmittel

Seit 1950 sind fast 40 Millionen Menschen in die Bundesrepublik Deutschland zugezogen.<sup>216</sup> Den Kriegsflüchtlingen folgten die Gastarbeiter, Aussiedler, Asylbewerber, Familiennachzug und Bürgerkriegsflüchtlinge. In den letzten zehn Jahren lag der Anteil der Frauen an allen zugewanderten Menschen regelmäßig bei etwas über 40 Prozent.<sup>217</sup>

Mit rund 7,2 Millionen Ausländern leben heute in keinem anderen Land der EU so viele ausländische Staatsangehörige wie in Deutschland.<sup>218</sup>

Im Folgenden geht es nicht um die heftig umstrittene Frage, ob Zuwanderung politisch gewünscht wird. Die unterschiedlichen politischen Zielvorstellungen, ob eine multikulturelle Gesellschaft erstrebenswert ist oder wie die Integration der bereits Zugewanderten angestrebt wird, steht hier nicht zur Debatte.

---

<sup>216</sup> Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Migrationsbericht 2009, Berlin 2011, S. 267f.

<sup>217</sup> Vgl. Martin Werding / Thieß Petersen, Stellschraube Migration: Demographische Projektionen und ihre Implikationen (Bertelsmann Stiftung Policy Brief 2011/05), Gütersloh 2011, S. 4.

<sup>218</sup> Mit einem Anteil von 8,8 Prozent der ausländischen Staatsangehörigen an der Gesamtbevölkerung befindet sich die Bundesrepublik ebenfalls über dem EU-Durchschnitt: Dieser liegt bei 6,4 Prozent; vgl. Eurostat, Foreigners living in the EU are diverse and largely younger than the nationals of the EU Member States, a. a. O., S. 2.

Es geht nur um die Frage, ob die durch den demografischen Wandel hervorgerufenen Probleme des Arbeitsmarktes und der Rentenversicherung bzw. die Schrumpfungsprozesse durch Zuwanderung gelöst werden können. Diese Frage kann eindeutig verneint werden. Migration ist nicht die Antwort auf den demografischen Wandel und der damit verbundenen ökonomischen und Arbeitsmarktprobleme.<sup>219</sup> Sie kann allenfalls helfen, die Anpassung an die veränderte Situation zu erleichtern.<sup>220</sup>

Vor rund zehn Jahren gab es noch viele Stimmen, die eine Zuwanderung von Arbeitskräften für unausweichlich hielten. Der amerikanische Wissenschaftler Francis Fukuyama sagte damals: „Doch auch für die europäischen Nationen wird es im kommenden Jahrhundert als Folge ihrer sehr niedrigen Geburtenrate fast unausweichlich sein, auf die Arbeitskraft von Ausländern zurückzugreifen, sollen sie als Gesellschaften nicht verschwinden.“<sup>221</sup>

In etwa zur gleichen Zeit stellte das Statistische Bundesamt allerdings fest, dass der Geburtenrückgang in Deutschland selbst durch eine hohe Zuwanderung nicht ausgeglichen werden könne. Statt der realistischen Zahl von 200.000 müssten sonst 3,1 Millionen Ausländer jährlich zuwandern.<sup>222</sup>

---

<sup>219</sup> Vgl. Bernhard Frevel, Schicksal? Chance? Risiko? Herausforderung demografischer Wandel!, in: Bernhard Frevel (Hrsg.), Herausforderung demografischer Wandel, Wiesbaden 2004, S. 9.

<sup>220</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2011, S. 34ff.

<sup>221</sup> Vgl. Francis Fukuyama, Ich oder die Gemeinschaft, Die Zeit, 11. November 1999, S. 3.

<sup>222</sup> Vgl. Gisela Arndt, Parteienstreit um die Zuwanderung, Kölner Stadt-Anzeiger, 20. Juli 2000, S. 2.

Das Institut für Arbeitsmarkt und Beschäftigung (IAB) wiederum bestritt, dass nach 2010 ein Zwang zu umfangreichen Zuwanderungen bestehe.<sup>223</sup>

Zudem sei noch einmal an die bereits erwähnte Studie der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2001 erinnert, nach der Deutschland bis zum Jahr 2050 netto zusätzlich 188 Millionen Einwanderer aufnehmen müsste, um das zahlenmäßige Verhältnis der über 65-Jährigen und den 15 bis 64 Jahre alten Erwerbstätigen zu konservieren.

Hinzu kommen weitere Fragestellungen. Volkswirtschaftlich gerechnet ist es günstiger, die vorhandenen Reserven zu mobilisieren.<sup>224</sup> Der Vorsitzende der „Wirtschaftsweisen“, Wolfgang Franz, hält es für „nahezu aussichtslos, gerechte Aussagen über die Wohlfahrtseffekte der Migration zu machen.“<sup>225</sup>

Martin Feldstein, Professor an der Harvard University, hat am Beispiel Spanien ausgerechnet, dass zusätzliche Einwanderer „zwar vorübergehend Nettoeinnahmen bringen, letztlich aber auch Leistungen erhalten, die die Steuern, die sie zahlen, absorbieren.“<sup>226</sup> Um selbst die „relativ geringen Zusatzeinnahmen zu erzielen, wäre ein fortwährender Anstieg bei der Zahl der Einwanderer nötig.“ Feldstein weist ausdrücklich darauf hin, dass die Analyse für Spanien für andere führende europäische Länder ähnlich ausfiele.

---

<sup>223</sup> Vgl. Klaus-Peter Schmid, Von Maschinisten und Passagieren, Die Zeit, 23. November 2000, S. 35.

<sup>224</sup> Vgl. ebd.

<sup>225</sup> Zit. nach: Klaus-Peter Schmid, Von Maschinisten und Passagieren, Die Zeit, 23. November 2000, S. 35.

<sup>226</sup> Martin Feldstein, Zuwanderung reicht nicht, Financial Times Deutschland, 21. Dezember 2006, S. 26.

In den letzten Jahren hat es viele Verbesserungen bei der Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in unsere Gesellschaft gegeben.<sup>227</sup> Trotzdem gibt es immer noch zu viele Zuwanderer und deren Kinder, die auch Jahrzehnte nach ihrer Zuwanderung nicht in der neuen Heimat angekommen sind. Zum Teil massive Integrationsmängel, so eine Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung<sup>228</sup>, bestehen bei Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Afrika und vor allem aus der Türkei. Sie sprechen zum Teil nur unzureichend Deutsch, haben im Durchschnitt schlechtere Bildungsabschlüsse und sind im Vergleich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Als Beleg braucht man für diese Feststellungen nicht das Buch von Thilo Sarrazin heranzuziehen.

Unser Bildungssystem muss es schaffen, dass Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte, Bildungsmüde und soziale Benachteiligte einen Aufstieg durch Bildung erreichen können.

Die alterungsbedingten Probleme des Rentensystems lassen sich nicht durch eine große Zuwanderung lösen. Voraussetzung wäre, dass die angeworbenen Zuwanderer eine gute Berufsausbildung hätten. Diese Voraussetzung ist aber oft nicht erfüllt: So hatten 2008 beispielsweise 37,3 Prozent der 25- bis 34jährigen mit einer Zuwanderungsgeschichte keinen beruflichen Abschluss. In der gleichen Altersgruppe ohne

---

<sup>227</sup> Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, o. O. 2010; Zwischen 1989 und 2009 sind 185.000 Akademiker aus mathematisch-naturwissenschaftlichen Berufen sowie 42.000 Mediziner nach Deutschland eingewandert, siehe Thomas Öchsner, Jung und Gebildet, Süddeutsche Zeitung 6. Juli 2012, S. 17.

<sup>228</sup> Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland, Berlin 2009.

Zuwanderungsgeschichte waren es nur 10,8 Prozent.<sup>229</sup> Zudem waren Maßnahmen wie Green- oder Blue-Card-Aktionen bisher regelmäßig ohne nachhaltigen Erfolg. Die von der Bundesregierung eingeführte Green Card sollte 40.000 Fachkräfte für die Rhein-Main-Region anwerben. Insgesamt sind 8.500 im gesamten Bundesgebiet registriert worden.<sup>230</sup>

Nach dem Migrationsbericht 2012, der von der Bundesregierung am 20.01.2014 verabschiedet worden ist, wird es in den kommenden Jahren weitere Zuwanderungen geben, nachdem sowohl 2011, 2012 und 2013 ein Anstieg der Bevölkerung in Deutschland festgestellt werden konnte.<sup>231</sup>

---

<sup>229</sup> Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, o. O. 2010, S. 125.

<sup>230</sup> siehe Interview mit Volker Bouffier, Neue Wege mit älteren Bürgern, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Juli 2012, S. 4.

<sup>231</sup> Die zentralen Ergebnisse des Migrationsberichts sind: „- Im Jahr 2012 konnte im Vergleich zum Vorjahr ein deutlicher Anstieg der Zuzugszahlen (1.081.000) bei nahezu gleichbleibender Zahl der Fortzüge (712.000) registriert werden. Dadurch ergab sich ein Wanderungsüberschuss von 369.000 Personen, der höchste seit dem Jahr 1995 und 32 % mehr als im Vorjahr. - Auch im Jahr 2012 war Polen das Hauptherkunftsland der Zuwanderer, wie schon seit 1996. Es folgen die zum 1. Januar 2007 zur EU beigetretenen Staaten Rumänien und Bulgarien. Stark angestiegen ist ebenfalls die Zuwanderung aus den südeuropäischen EU-Staaten, die von der Finanzkrise besonders betroffen sind. Insgesamt zogen 2012 623.407 Personen aus anderen EU-Mitgliedstaaten nach Deutschland. Die EU-Binnenmigration macht damit mittlerweile 58 % des gesamten Zuwanderungsgeschehens nach Deutschland aus. - Bei den meisten Formen der Arbeitsmigration wurde ein Anstieg verzeichnet, insbesondere bei Fachkräften. Die Gesamtzahl zugewanderter Erwerbsmigranten im Jahr 2012 stieg im Vorjahresvergleich leicht um 2 % auf etwa 37.000. Hauptherkunftsländer waren Indien, Kroatien, die Vereinigten Staaten und China. - Zudem sind im Jahr 2012 mehr ausländische Staatsangehörige nach Deutschland gekommen, um an einer deutschen Hochschule ein Studium zu beginnen, als jemals zuvor. Im Vergleich zum Vorjahr konnte eine Zunahme um 9 % auf fast 80.000 Studierende festgestellt werden. - Eine weitere, starke Zunahme war bei der Zahl der Asylersanträge festzustellen. Im Jahr 2012 wurden fast 65.000 Asylersanträge registriert. Dies entspricht einem Anstieg um 41 % im Vergleich zu 2011. - Auf relativ konstantem Niveau hielt sich in den letzten fünf Jahren der Ehegatten- und Familiennachzug, wobei der Nachzug aus der Türkei rückläufig war, während etwa beim Familiennachzug aus Indien ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen war“; im

Deutschland muss aufhören, die Schaffung eines europäischen Arbeitsmarktes zu behindern. Bevor am 1. Mai 2011 die volle Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus Polen, Tschechien, Ungarn, der Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen vereinbarungsgemäß in Kraft trat, erhoben Arbeitsminister und Gewerkschafter ihre Stimme.<sup>232</sup> Sie taten dies, obwohl sie zum Beispiel wussten, dass viele polnische Staatsbürger in Deutschland arbeiten und alte Menschen pflegen. Und sie taten dies, obwohl eine Reihe von Wissenschaftlern der Befürchtung entgegentrat, dass Deutschland mit einem „Ansturm“ von Menschen aus Mittel- und Osteuropa zu rechnen habe.<sup>233</sup> Die bisherige Entwicklung gibt diesen beruhigenden Stimmen recht: Unter Einberechnung jahreszeitüblicher Schwankungen gab es im

---

Internet abrufbar unter:

<http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2014/20140115-migrationsbericht-2012.html> (abgerufen am 20.01.2014, 15:20 Uhr).

<sup>232</sup> So warnte beispielsweise im Dezember 2010 der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Guntram Schneider vor 45.000 Leiharbeitern aus den osteuropäischen Ländern, die zu günstigen Stundenlöhnen den 170.000 Zeitarbeitern in Nordrhein-Westfalen Konkurrenz machen könnten; vgl. Anke Fricke, Angst vor billigen Leiharbeitern, WDR Online, 28. Dezember 2010, im Internet abrufbar unter:

[http://www.wdr.de/themen/wirtschaft/arbeit\\_und\\_tarifwesen/arbeitnehmer\\_freizuegigkeit/index.jhtml](http://www.wdr.de/themen/wirtschaft/arbeit_und_tarifwesen/arbeitnehmer_freizuegigkeit/index.jhtml) (abgerufen am 12. April 2011).

<sup>233</sup> So kommentierte der Chef des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Michael Hüther, das Inkrafttreten der vollen Freizügigkeit kurz zuvor mit den Worten: „Das ist nichts, was uns schrecken muss.“; vgl. o. V., Bis zu 800 000 Zuwanderer erwartet, Süddeutsche Zeitung, 27. April 2011, S. 19.

Anderer Ansicht war allerdings der Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Werner Sinn, der von einer „gewaltige[n] Migration“ ausging; vgl. Hans-Werner Sinn, Die kommende Immigrationswelle, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. März 2011, S. 12.

Der Journalist Günter Ederer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass man in Deutschland übersehen habe, dass „die Geburtenquoten in Osteuropa schon seit dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989 genauso niedrig oder noch niedriger waren als in Deutschland. Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien leiden an einer stark abnehmenden Bevölkerungszahl und erschreckender Überalterung.“; Günter Ederer, Deutschland ohne Deutsche, MUT Nr. 526, September 2011, S. 21.

Mai 2011 gerade einmal einen Zuwachs von 24.000 Beschäftigten, der dem Inkrafttreten der vollen Freizügigkeit zugerechnet werden kann.<sup>234</sup>

Unternehmer klagen notorisch über Facharbeitermangel und übersehen,<sup>235</sup> dass es in Spanien, Griechenland und Portugal eine hohe Arbeitslosigkeit gerade bei den jungen Menschen gibt.<sup>236</sup> Laut Daten des Statistischen Bundesamtes haben in Griechenland 40 Prozent der jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren kein eigenes Erwerbseinkommen. In Spanien ist sogar fast jeder Zweite der 15- bis 24-Jährigen arbeitslos (46 Prozent).<sup>237</sup> Zudem sind dort inzwischen angeblich 44 Prozent der Akademiker zwischen 25 und 29 unterhalb ihrer Qualifikation beschäftigt.<sup>238</sup> Vor diesem Hintergrund würden deutsche Botschaften, Konsulate, Handelskammern, Arbeitsämter und Sprachkurse mit Anfragen bestürmt. Ob dies aber tatsächlich zu einem Zuzug von Spaniern, Portugiesen oder Griechen führt, wird sich noch zeigen. Dann jedenfalls kämen gut ausgebildete Europäer. Die Unternehmen müssen verstehen, dass es einen europäischen Arbeitsmarkt gibt.

## X

### Die Identität der Gesellschaft

---

<sup>234</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Presse Info 042, 27. Juli 2011.

<sup>235</sup> Siehe Margaret Heckel, Die Midlife-Boomer, Hamburg 2012, S. 85.

<sup>236</sup> Das Statistische Bundesamt schätzt, dass ab 2013 jährlich mindestens 400.000 Zuwanderer nach Deutschland kommen (Saldo aus Zuwanderung und Abwanderung). Das wären bis zum Jahr 2020 zwischen 2 und 3 Millionen. Kölner Stadt-Anzeiger, 21. Januar 2014, S. 5.

<sup>237</sup> Vgl. Sibylle Haas, Zu wenige Jobs für Europas Jugend, Süddeutsche Zeitung, 12. August 2011, S. 1.

<sup>238</sup> Vgl. Karin Finkenzeller, Sie haben gepackt, Die Zeit, 14. April 2011, S. 25.



Große gesellschaftliche Veränderungen führen zu einer Veränderung der Identität der betroffenen Gesellschaft. Zuwanderung verändert die Identität. Integration schafft Identität. Eine ältere Gesellschaft hat eine andere Identität als eine junge Gesellschaft.

Eine Leistungsökonomie hat andere gesellschaftliche Regeln als eine ständische oder eine neoliberale Gesellschaft.

Jeder Mensch ist auf die Hilfe anderer angewiesen – am Anfang seines Lebens als kleines Kind und im hohen Alter mehr als in den „besten Jahren“. Jede Gesellschaft entwickelt Regeln, um diese Hilfe sicherzustellen.

Kinder waren früher die beste Altersversicherung. Durch die Verstaatlichung der Altersversorgung in den modernen Gesellschaften der letzten 150 Jahre ist diese Beziehung aufgehoben.

Die Risiken der Erwerbsarbeit und des Alters werden heute nicht mehr durch die Familie gedeckt, sondern durch den Sozialstaat. Damit hat sich der ökonomische Wert von Kindern für Eltern geändert. Er ist heute nicht mehr positiv, sondern negativ.<sup>239</sup>

Gleichzeitig müssen immer mehr Menschen ihre Kinderliebe konzentrieren. Eltern haben im Durchschnitt immer weniger Kinder. Zugleich können Eltern, Großeltern und Urgroßeltern mit einer immer höheren Lebenserwartung rechnen. Chinesische Demografen machen vor diesem Hintergrund auf folgende Familiensituation aufmerksam: Immer mehr Einzelkinder haben oft neben den beiden Eltern vier

---

<sup>239</sup> Vgl. Martin Kohli, Zwischen den Generationen: Entfernungen, Beziehungen, Leistungen, in: Annette Lepenies (Hrsg.), Alt & Jung. Das Abenteuer der Generationen, Basel / Frankfurt am Main 1997, S. 49.

Großeltern und acht Urgroßeltern – und zwar nicht nur auf dem Stammbaum, sondern im realen Leben. Insgesamt 14 Personen konzentrieren also ihre Zuneigung auf nur ein einziges Kind.<sup>240</sup>

In vormodernen Gesellschaften wurden Regeln entwickelt, die die Versorgung im hohen Alter sicherstellen sollten, wenn die Alten mehr konsumieren als sie produzieren. Solche Regeln beruhten auf Magie oder Religion, auf Eigentum und anderen personenbezogenen Rechten oder auf Prestige, d.h. auf der Beherrschung von technischem, rituellem oder religiösem Wissen.<sup>241</sup>

Ein in unserer Zeit von dem Philosophen Hans Jonas formulierter sittlicher Imperativ moniert, dass das Handeln der Menschen den nachfolgenden Generationen so viel Freiheit lassen muss, dass auch sie noch handeln können.<sup>242</sup>

Dass dies heute nicht mehr selbstverständlich ist, hat mit einer Veränderung des Solidaritätsbegriffes zu tun.

Früher meinte Solidarität das frei gewählte, auf Zuneigung ohne Verwandtschaft, auf christlich, humanistisch oder sonst wie fundierte Verantwortlichkeit gegründete Eintreten des Einen für den Anderen.

Heute meint Solidarität Leistung gegen Gegenleistung, Fürsorge gegen Vorsorge, Auszahlung gegen Einzahlung, do ut des. Den Grundgedanken, der dahinter steht, hat Wilfrid Schreiber im Jahr 1968

<sup>240</sup> Vgl. Karl Otto Hondrich, *Weniger sind mehr*, Frankfurt am Main 2007, S. 206.

<sup>241</sup> Vgl. Karola Elwert-Kretschmer / Georg Elwert, *Überleben ist nichts Natürliches. Alt und Jung im interkulturellen Vergleich*, in: Annette Lepenies (Hrsg.), *Alt & Jung. Das Abenteuer der Generationen*, Basel / Frankfurt am Main 1997, S. 43f.

<sup>242</sup> Vgl. Jörg Tremmel: *Die Rechte der zukünftigen Generationen*, in: Annette Lepenies (Hrsg.), *Alt & Jung. Das Abenteuer der Generationen*, Basel / Frankfurt am Main 1997, S. 57.

beschrieben. Für ihn musste eine aufrichtige Definition des Solidaritätsprinzips bekennen, „daß auch reiner Eigennutz solidarisches Handeln, Zusammenschlüsse zu Solidargemeinschaften motiviert.“<sup>243</sup>  
 Kurzum: „Ich trete Solidargruppen bei, weil mir dies Vorteil verheißt.“<sup>244</sup>

Ein solcher, zu enger Solidaritätsbegriff führt allerdings zum einen dazu, dass alles, was nicht über geldwerte Erwerbsarbeit hinausgeht, im Sozialstaat zu kurz kommt.

Zum anderen versucht jeder, als Folge des engen Solidaritätsbegriffs möglichst viel zu verbrauchen, um sich Verpflichtungen für andere zu entziehen.

Letztlich wird so Sparsamkeit im System bestraft und exzessiver Verbrauch belohnt.<sup>245</sup>

- Wenn wir nicht zusehen wollen, wie die demografischen Veränderungen den Sozialstaat zerstören,
- wenn wir den Staat nicht handlungsunfähig machen wollen, weil er immer mehr Steuergeld in die Sozialsysteme umleiten muss,
- wenn wir die Lasten nicht durch eine immer höhere Verschuldung den kommenden Generationen vererben wollen,
- wenn wir nicht wollen, dass unsere Gesellschaft immer mehr auseinanderfällt

---

<sup>243</sup> Wilfrid Schreiber, Soziale Ordnungspolitik heute und morgen, S. 132.

<sup>244</sup> Ebd., S. 133.

<sup>245</sup> Vgl. Konrad Adam, Die schöne, neue Welt des Wohlfahrtsstaates, in: Annette Lepenies (Hrsg.), Alt & Jung. Das Abenteuer der Generationen, Basel / Frankfurt am Main 1997, S. 27ff.

in Arm und Reich,  
in Alt und Jung,  
in Zugewanderte und Einheimische,  
in Gebildete und Ungebildete,

werden wir eine große gesellschaftliche Anstrengung unternehmen müssen, um die Zerstörung von wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit als Grundlagen unseres Zusammenlebens in den kommenden Jahrzehnten zu verhindern.<sup>246</sup>

„Moderne Gesellschaften sind Arbeitsgesellschaften“, hat Lord Ralf Dahrendorf festgestellt.<sup>247</sup>

Und er hat hinzugefügt: „In der Arbeitsgesellschaft hat das Leben der Menschen eine klare Struktur. (...) Vor hundert und auch vor fünfzig Jahren waren alle drei Lebensaspekte auf einen vierten bezogen, nämlich auf die Berufsarbeit. Kindheit hieß Vorbereitung auf Arbeit durch das Lernen von Fertigkeiten und die Einübung von Werten; Freizeit hieß Erholung von und für Arbeit; Ruhestand war die Belohnung für ein langes Arbeitsleben.“<sup>248</sup>

Wenn sich unsere Lebenswelt durch die Globalisierung und den Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft verändert, hat dies folgerichtig Auswirkungen auf die Art, wie wir unser Leben gestalten.

---

<sup>246</sup> Vgl. Jürgen Rüttgers, Die Marktwirtschaft muss sozial bleiben. Eine Streitschrift, Köln 2007.

<sup>247</sup> Ralf Dahrendorf, Der moderne soziale Konflikt, Stuttgart 1992, S. 213.

<sup>248</sup> Ebd., S. 213f.

Selbst wenn die Zeit, die wir heranwachsen und die wir im Ruhestand sind, heute länger ist als die „Arbeitszeit“, bleibt unsere Gesellschaft eine Arbeitsgesellschaft. Wer keine Arbeit hat, ist ausgeschlossen. Arbeitslos zu sein, „zerstört die Selbstachtung von Menschen, bringt ihre Lebensroutine durcheinander und macht sie von staatlicher Unterstützung abhängig.“<sup>249</sup>

Wenn aber die demografische Herausforderung unsere Gesellschaft älter, bunter und kleiner macht und wir gleichzeitig den gewohnten Wohlstand und die soziale Absicherung erhalten wollen, müssen wir die Art, wie wir leben, ändern.

Eine ältere Bevölkerung hat andere Bedürfnisse als eine junge. Es müssen also aus den Schrumpfungsprozessen erhebliche Umbauprozesse folgen.

Deutschland braucht jedenfalls eine Strategie für mehr Wachstum, um den demografischen Wandel zu gestalten. Wirtschaftliches Wachstum ist erforderlich, um die immensen Schulden zu bezahlen, die zukünftige Generationen belasten. Es ist aber auch notwendig, um die anfallenden Investitionskosten des Umstrukturierungsprozesses aus Zusatzeinkommen zahlen zu können.

Um mehr Wachstum zu schaffen, gilt es, u. a. folgende Ziele zu verfolgen:

#### 1. Haushaltskonsolidierung

---

<sup>249</sup> Ebd., S. 215.

Deutschland braucht weniger Schulden.<sup>250</sup> Deutschland hat in den vergangenen Jahrzehnten, unabhängig von der Weltfinanzkrise und der jeweiligen Konjunkturlage, über seine Verhältnisse gelebt. Seit den 1970er-Jahren hat der deutsche Staat immer mehr Geld ausgegeben als eingenommen.<sup>251</sup> Der überwiegende Teil der Staatsausgaben ist dabei in den Ausbau des Sozialstaates geflossen.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geht derzeit von einer Tragfähigkeitslücke der öffentlichen Haushalte von 3,1 Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt aus. Ohne jegliche Konsolidierungsanstrengungen, so die „fünf Wirtschaftsweisen“, würde dies dazu führen, dass die Schuldenstandsquote bis zum Jahr 2060 auf 270 Prozent (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) steigen würde.<sup>252</sup> Als Mittelfristziel sei dagegen eine Schuldenstandsquote von 60 Prozent anzustreben.<sup>253</sup>

Die Ratingagentur Standard & Poor's geht in einer Untersuchung sogar von noch höheren Zahlen aus: Laut ihrer Modellrechnung wird

---

<sup>250</sup> Anderer Ansicht ist etwa der Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Giacomo Corneo, der schreibt: „Es ist unbestritten, dass Länder wie Irland ihre Haushalte konsolidieren sollten, um den Zinssatz für neue Kredite zu verringern. In Ländern wie Deutschland, das von den Märkten als hundertprozentig kreditwürdig betrachtet wird, gilt diese Logik aber nicht. Für sie ist es viel wichtiger herauszufinden, wie hoch ihre optimale, staatliche Neuverschuldung ist. (...) Als guter Familienvater kann der Staat durch eigene Verschuldung und Entschuldung die Steuersätze im Zeitverlauf konstant halten. Dadurch verringert er die Kosten für die Privathaushalte, die aus einer ständig schwankenden Besteuerung resultieren würden.“; Giacomo Corneo, Bitte Schulden machen, in: Cicero 6/2011, S. 113.

<sup>251</sup> Vgl. Prof. Dr. Wolfgang Streeck, Endgame? The Fiscal Crisis of the German State, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Working Paper 07/7, Köln 2007, S. 15.

<sup>252</sup> Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2011, S. 10 sowie 168ff.

<sup>253</sup> Vgl. ebd., S. 197.

die Staatsverschuldung ohne Reformanstrengungen infolge der alternden deutschen Bevölkerung von derzeit 75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 155 Prozent im Jahr 2030 und anschließend 400 Prozent im Jahr 2050 steigen.<sup>254</sup>

Die öffentlichen Haushalte in Deutschland haben heute Schulden von zwei Billionen Euro.<sup>255</sup> Hinzu kommen Zusagen und Verpflichtungen – etwa für Renten, Pensionen und das Gesundheitswesen – von weiteren fünf Billionen Euro, die die Haushalte in Zukunft belasten werden. Das ist mehr als das Zweifache des jährlichen Bruttoinlandsprodukts.<sup>256</sup>

Alleine diese Zahlen zeigen, dass eine Schuldenbegrenzung zwingend notwendig ist. Ansonsten werden die politischen Handlungsspielräume unzumutbar eingeschränkt<sup>257</sup> und kommenden Generationen Lasten auferlegt, die nicht mehr vertretbar sind. Dies alles kostet Wachstum. Wir brauchen daher eine Haushaltspolitik, die zumindest den Ausgabenzuwachs unter dem Einnahmewachstum belässt.

## 2. Bessere Bildung

<sup>254</sup> Vgl. o. V., Durch alternde Bevölkerung droht Staatsbankrott, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Oktober 2010, S. 12.

<sup>255</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Öffentliche Schulden 2010 um 18% auf fast 2 Billionen Euro gestiegen, Pressemitteilung Nr.069 vom 21. Februar 2011.

<sup>256</sup> So die Einschätzung des Freiburger Wirtschaftswissenschaftlers Bernd Raffelhüschen; vgl. Christian Siedenbiedel, Wie kommt Deutschland zu Wachstum?, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 17. Oktober 2010, S. 36; angesichts dieser Lage ist der Vorschlag wie bei der Rente in allen Sozialversicherungen bei zu hohen Rücklagen eine automatische Beitragssenkung gesetzlich vorzusehen, schwer verständlich, siehe Andreas Mihm, Geld zurück, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. August 2012, S. 9.

<sup>257</sup> Vgl. Wolfgang Streeck / Daniel Mertens, Politik im Defizit. Austerität als fiskalpolitisches Regime, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Discussion Paper 10 /5, Köln 2010.

Ein hohes Bildungsniveau eröffnet jedem Menschen die Chance für ein eigenverantwortliches, glückliches Leben und Chancen für Beschäftigung. Bildung ist ein Wert an sich. Unser Bildungssystem darf nicht ökonomisiert werden. Deutschlands Bildungssystem ist aber aufgrund einer Vielzahl ideologischer Schulexperimente nicht so gut, wie es sein könnte. Vielen Kindern werden durch schlechte individuelle Betreuungsleistungen Lebenschancen vorenthalten.

Das darf nicht so bleiben. Denn: Ein gutes Bildungssystem hat zwangsläufig Auswirkungen auf die Wahrung des Wohlstands und das Wachstum eines Landes. Deutschland muss daher mehr in die Bildung investieren.

### 3. Innovation und Kreativität

Experten gehen davon aus, dass sich das Wissen der Menschheit zwischen 1800 und 1900 verdoppelt hat. Heute geschieht das angeblich in nur noch vier bis fünf Jahren.<sup>258</sup> Im Jahr 2008 wurden weltweit mehr als 1,5 Millionen Forschungsarbeiten veröffentlicht.<sup>259</sup> Das sind mehr als 4.000 Arbeiten pro Tag. Es gibt mehr als sieben Millionen Wissenschaftler und rund 25.000 wissenschaftliche (Fach-) Zeitschriften.<sup>260</sup>

---

<sup>258</sup> Vgl. Heinz Riesenhuber, Ansprache des Alterspräsidenten des Deutschen Bundestages zur Eröffnung der konstituierenden Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 27. Oktober 2009 in Berlin, Bulletin der Bundesregierung Nr. 107-1, 27. Oktober 2009, S. 5.

Vgl. auch: Siegfried Schneider, Rede des Leiters der Bayerischen Staatskanzlei anlässlich des Festaktes zur Verabschiedung FOS 12 Marktredwitz am 23. Juli 2010 in Marktredwitz, im Internet abrufbar unter: <http://www.bayern.de/Anlage10318292/VerabschiedungFOS12Marktredwitz.pdf> (abgerufen am 13. April 2011).

<sup>259</sup> Vgl. The Royal Society, Knowledge, Networks and Nations: Global scientific collaboration in the 21st century, London 2011, S. 14.

<sup>260</sup> Vgl. ebd., S. 5.



Das explosionsartige Wissenswachstum wird durch moderne Kommunikationssysteme weltweit verfügbar genutzt. Schon ein Mausklick im Internet kann eine Informationslawine auslösen, die einen überrollt, dabei aber nicht klüger macht. Denn: Wissen entsteht erst, wenn Informationen Bedeutung gewinnen. Und erst Wissen macht handlungsfähig. Während Informationen lediglich den Rohstoff liefern, liegt die entscheidende Wertschöpfung in der kontinuierlichen Erzeugung von Wissen.

Wissen wird zu einem zentralen Wettbewerbsfaktor, insbesondere in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland. Wissen ist der einzige Rohstoff, der durch Gebrauch wertvoller wird.<sup>261</sup> Die Fähigkeit, Informationen schnell und effektiv in Wissen umzusetzen, wird sowohl für den Einzelnen als auch für den Geschäftserfolg eines Unternehmens und die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes immer wichtiger.

Deutschland braucht daher ein noch exzellenteres Forschungssystem und eine noch kreativere Wirtschaft. Denn: „Wenn die richtigen Charaktere in der richtigen Umgebung auf die richtige Art geführt werden, dann folgen Innovationen fast automatisch.“<sup>262</sup> Kreativität und Wissen entstehen in einem Umfeld von hoher Lebensqualität. Dazu gehören beispielsweise Kunst, Sport und eine umweltfreundliche Lebenswelt. Mehr Freiheit für die Hochschulen, neue Fachhochschulen, eine steuerrechtliche Förderung von

---

<sup>261</sup> Vgl. Hans-Jörg Bullinger / Joachim Warschat / Juan Prieto / Kai Wörner, Wissensmanagement – Anspruch und Wirklichkeit: Ergebnisse einer Unternehmensstudie in Deutschland, *Information Management* 1/98, S. 7.

<sup>262</sup> Daniel Rettig, Wie Mitarbeiter kreativer werden, *WirtschaftsWoche Online*, 5. August 2010, im Internet abrufbar unter: <http://www.wiwo.de/unternehmen-maerkte/wie-mitarbeiter-kreativer-werden-437498/> (abgerufen am 13. April 2011).

Forschungsinvestitionen der Wirtschaft, die Gründung neuer Forschungszentren: All das sind wichtige Schritte und Maßnahmen auf dem Weg zur Wissensökonomie.

#### 4. Gute Infrastruktur

Ein nachhaltiges Wachstum kann nur auf der Basis einer gut ausgebauten und funktionierenden Infrastruktur gelingen. Auch hier müssen weitere Anstrengungen unternommen werden. Dazu gehören beispielsweise der Ausbau der Straßen- und Schienenverkehrsnetze und der Radwege sowie der Einsatz intelligenter Verkehrsleitsysteme. Dazu gehören der Ausbau der Breitbandversorgung und des E-Governments sowie der Abbau von bürokratischen Hindernissen in der öffentlichen Verwaltung. Dazu gehören ein barrierefreies und modernes Wohnangebot<sup>263</sup> sowie ein attraktiver Städtebau. Und dazu gehören eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung sowie ein effizienterer und sparsamerer Umgang mit den natürlichen Rohstoffen.

Klar jedenfalls ist, dass die Gleichungen „wachsen = gut“ und „schrumpfen = schlecht“ falsch sind. Ein Wachstum, das vorwiegend durch Zuwanderung aus dem Ausland oder durch Preissteigerungen erfolgt, hat hohe Integrationskosten zur Folge. Ein Umbauprozess der

---

<sup>263</sup> Roland und Andrea Tichy weisen in diesem Zusammenhang generell auf einen Wandel der Immobiliennachfrage hin, der den deutschen Städtebau vor massive Herausforderungen stelle. Demnach sinkt mit einer geringer werdenden Bevölkerungszahl auch die Nachfrage nach Wohnraum. Dies wiederum könne gerade in strukturschwachen Gebieten dazu führen, dass einzelne Häuserblocks, die nicht mehr benötigt würden bzw. schlichtweg veraltet sind, abgerissen werden sollten; vgl. Roland und Andrea Tichy, Die Pyramide steht Kopf. Die Wirtschaft in der Altersfalle und wie sie ihr entkommt, München 2003, S. 93ff. Laut einer Studie des Kuratoriums Deutscher Altershilfe gibt es in Deutschland knapp 550.000 Wohnungen ohne oder mit nur wenigen Zugangsbarrieren. Dies seien gerade einmal 1,2 Prozent des gesamten Wohnungsbestandes; vgl. Eva Quadbeck, Der Wert des Alters, Rheinische Post, 24. Januar 2012.

Wohn- und Lebensstrukturen für eine ältere Bevölkerung erfordert ebenfalls hohe Kosten. Die Sozialtransfers werden bei einer älter werdenden Bevölkerung steigen. Ein Schrumpfungsprozess bietet die Chance, städtebauliche Fehlentwicklungen der Industriegesellschaft ebenso zu reparieren wie Fehlentwicklungen der Nachkriegszeit und der 1970er-Jahre.

Der Umsteuerungsprozess hat bisher allerdings kaum begonnen. Und dass obwohl es Berechnungen gibt, die zeigen, dass der materielle Lebensstandard eines „Durchschnittsdeutschen“ durch den demografischen Wandel ohne Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsreformen in Relation zu einer Entwicklung ohne den demografischen Wandel bis zum Jahr 2050 auf etwas mehr als 85 Prozent abfallen wird.<sup>264</sup>

## XI

### **Ein neuer Generationenvertrag**

Um den demografischen Wandel endlich als eine der großen Herausforderungen dieses Jahrhunderts zu verstehen und anzunehmen, braucht Deutschland einen neuen Generationenvertrag.<sup>265</sup>

---

<sup>264</sup> Vgl. Axel Börsch-Supan, Ökonomische Auswirkungen des demografischen Wandels, Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011, S. 24f.

<sup>265</sup> Die Nationale Akademie der Wissenschaften fordert nur eine Erneuerung des Generationenvertrages, dessen Ziel es aber sein müsse, die „zivilisatorische Errungenschaft der Abschaffung der Altersarmut nicht in Frage zu stellen“, Nationale Akademie der Wissenschaften, Nova Acta Leopoldina, Bd. 9. 2010, Halle (Saale), S. 98.

Ein solcher neuer Generationenvertrag ist alleine schon deshalb wichtig, weil die Abfolge der Generationen im menschlichen Leben sich erheblich verändert hat.

Früher definierte in der Arbeitsgesellschaft der Arbeitsmarkt die Abfolge der Generationen. Es gab die Zeit des Heranwachsens und der Ausbildung. Diese dauert heute teilweise bis zum 28. Lebensjahr, dem Durchschnittsalter des Studienabschlusses.<sup>266</sup> Dann folgte die Arbeitszeit, die im Durchschnitt bis zum 62. Lebensjahr dauerte.<sup>267</sup> Es folgte der Ruhestand, der mehr als 20 Jahre dauerte und – unter den heutigen Rahmenbedingungen – in wenigen Jahren sogar 30 Jahre dauern würde. Mehr als 50 Jahre in Ausbildung und Ruhestand und rund 35 Jahre in Arbeit ist ein Verhältnis, das kein System finanzieren kann.<sup>268</sup>

Ein neuer Generationenvertrag wird sich an folgenden Eckpunkten orientieren müssen:

0-15 Jahre	Kindheit
16-25 Jahre	Jugend
25-70 Jahre	Erwachsen
70-85 Jahre	Senioren
85 Jahre und mehr	Hochbetagt

Jede Zeit hat ihren eigenen Wert im menschlichen Leben und ihre eigenen gesellschaftlichen Bedürfnisse und Aufgaben. Kindheit und

---

<sup>266</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Hochschulen auf einen Blick. Ausgabe 2010, Wiesbaden 2010, S. 18; sowie Horst W. Opaschowski / Ulrich Reinhardt, Altersträume. Illusion und Wirklichkeit, Darmstadt 2007, S. 31.

<sup>267</sup> Inzwischen ist das durchschnittliche Rentenzugangsalter auf etwas mehr als 63 Jahre angestiegen; vgl. Bundesregierung, Rentenversicherungsbericht 2010, Bundestagsdrucksache 17/3900, 29. November 2010, S. 41.

<sup>268</sup> Vgl. o. V., Fragwürdige Drittelung des Lebens, in: Neue Zürcher Zeitung vom 30. Juli 2011, S. 9.

Jugend sind die Zeit der Vorbereitung auf ein selbstbestimmtes Leben. In dieser Zeit ist für jeden Heranwachsenden wichtig, in der Familie und im Bildungssystem zu lernen, Verantwortung zu übernehmen – für sich und für andere.

In der Erwachsenenzeit trägt der Mensch Verantwortung. Er und sie müssen das aber auch können. Deshalb müssen die Lebenswelt sowie die Arbeitswelt familienfreundlich organisiert sein.

Die neue Phase der Senioren ist eine Zeit zwischen Arbeit und privaten Aktivitäten, die entgeltlich oder ehrenamtlich stattfindet. Sie ist zu zwei Dritteln eine Frauengesellschaft.<sup>269</sup>

Hochbetagte brauchen häufiger Hilfe aus Familie und Gesellschaft. Diese Zeit muss trotzdem so viel Selbstbestimmung wie möglich umfassen.

Die Steigerung des Lebensalters erfordert einen neuen Generationenvertrag, der schließlich drei Generationen umfasst. Der heutige Generationenvertrag umfasst nur zwei Generationen. Die Erwachsenen versprechen der Generation der Alten ein auskömmliches Alterseinkommen. Dies ist die Gegenleistung dafür, dass die nächste Generation ihnen dasselbe gewährt.

Durch den Rückgang der Kinderzahlen und dem damit nach jetziger Praxis verbundenen Rückgang der Erwerbsquote gibt es einen

---

<sup>269</sup> Vgl. Horst W. Opaschowski / Ulrich Reinhardt, *Altersträume. Illusion und Wirklichkeit*, Darmstadt 2007, S. 34.

Vgl. auch: Thomas Druyen, *Die große Alterswende*, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 49-50/2005, S. 19. Der Schriftsteller Georg Klein verweist darauf, dass heute die Endfünfziger, Sechziger, Siebziger und noch Betagteren als „Generation 60plus“ oder gar als „Best Ager“ bzw. „Silver Surfer“ bezeichnet werden. Das Wort „Greis“ werde in den Medien nicht mehr verwandt, Georg Klein, *Der verwilderte Greis*, *SZ* 1./2. September 2012, S. 14.

Korrekturbedarf. Notwendig ist ein Ausgleich zwischen Kinderlosen und Kindererziehenden.

Dieses Thema wurde schon bei Einführung der dynamischen Rente 1957 diskutiert. Das jetzige System war damals sehr umstritten.

Wilfrid Schreiber, seinerzeit Geschäftsführer des Bundes Katholischer Unternehmer, veröffentlichte 1955 unter dem Titel „Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft“<sup>270</sup> einen Entwurf zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland. Die als „Schreiber-Plan“ in die Geschichte eingegangenen Vorschläge bildeten die Grundlage der dynamischen, umlagefinanzierten Rente und des Generationenvertrags, so wie wir sie heute kennen.

Es gibt allerdings einen wichtigen Unterschied. Im Gegensatz zum heutigen Zwei-Generationen-Vertrag umfasste der Schreiber-Plan eben drei Generationen: Kinder und Jugendliche, Erwerbstätige sowie Rentner. Denn für Schreiber war klar: „Die Rechnungsgrundlagen für die Altersrente zeigen eindeutig, dass die Rentenversorgung der Alten und Nicht-mehr-Arbeitsfähigen immer problematischer wird, wenn sich der Baum der Bevölkerung nicht ständig von unten her ergänzt. (...) Wer kinderlos oder kinderarm ins Rentenalter geht und, mit dem Pathos des Selbstgerechten, für gleiche Beitragsleistungen gleiche Rente verlangt und erhält, zehrt im Grunde parasitär an der Mehrleistung der Kinderreichen, die seine Minderleistung kompensiert haben. Es gibt, allen Spöttern zum Trotz, ein gesellschaftliches ‚Soll‘ der Kinderzahl, eben jene 1,2 Kinder, die jeder Einzelmensch im Durchschnitt haben

---

<sup>270</sup> Wilfrid Schreiber, Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft. Unveränderter Nachdruck des „Schreiber-Planes“ zur dynamischen Rente aus dem Jahr 1955 (hrsg. vom Bund Katholischer Unternehmer), Köln 2004.

muss, damit die Gesellschaft am Leben bleibt und auch für den Unterhalt ihrer Alten aufkommen kann.“<sup>271</sup>

Vor diesem Hintergrund sah der Schreiber-Plan einen Solidarvertrag vor, der neben der Altersrente auch eine vorschussweise gewährte Kindheits- und Jugendrente beinhalten sollte. Diese sollte – ebenso wie die Altersrente – aus dem von den Erwerbstätigen erwirtschafteten Einkommen finanziert werden. Die Kinder und Jugendlichen übernahmen damit zugleich die Verpflichtung, im Verlauf ihres eigenen Arbeitslebens diese Kinderrente in Jahresraten zurückzuzahlen, um wiederum für die nachfolgenden Kinderrenten aufzukommen.<sup>272</sup>

Mit der 1957 beschlossenen Rentenreform wurden wesentliche Grundprinzipien des Schreiber-Plans umgesetzt. Das Prinzip der lohnbezogenen Dynamisierung der Rente setzte Bundeskanzler Konrad Adenauer dabei gegen massiven Widerstand im eigenen Kabinett durch<sup>273</sup>: Ludwig Erhard sah als Wirtschaftsminister die ordnungspolitischen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in Gefahr. Er fürchtete eine „seelenlos mechanisierte Gesellschaft“ und den „soziale[n] Untertan“<sup>274</sup>. Die dynamische Rente sei „konjunktur- und währungspolitisch nur so lange ungefährlich“, wie von den Lohnbewegungen selbst keine währungs- und konjunkturpolitischen Störungen ausgingen. Eine zu enge Bindung an die Löhne drohe

---

<sup>271</sup> Ebd., S. 36f.

<sup>272</sup> Vgl. ebd., S. 34ff.

<sup>273</sup> Adenauer machte in diesem Zusammenhang sogar von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch; vgl. Protokoll der 158. Sitzung des Bundeskabinetts am 24. Oktober 1956, 7. Rentenreform; hier: Erhöhung der kleinen Renten, BMA, im Internet abrufbar unter: [www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/01111/k/k1956k/kap1\\_2/kap2\\_57/para3\\_9.html#d8e69](http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/01111/k/k1956k/kap1_2/kap2_57/para3_9.html#d8e69) (abgerufen am 7. April 2011)

<sup>274</sup> Zit. nach: Werner Abelshäuser, *Des Kaisers neue Kleider?*, München 2009 (hrsg. vom Roman Herzog Institut), S. 24.

„notwendigerweise zu einer Verringerung des Widerstandes gegenüber objektiv überhöhten gewerkschaftlichen Forderungen bei Tarifverhandlungen“ zu führen.<sup>275</sup> Genauso wie Finanzminister Fritz Schäffer warnte Erhard zudem vor einer Gefährdung der Geldwertstabilität durch Inflation.

In der wichtigen Frage, ob der Generationen- bzw. Solidarvertrag zwei oder drei Generationen umfasst, konnten sich Schreibers Vorstellungen allerdings nicht durchsetzen: Adenauer hielt die Kindheits- und Jugendrente zum einen für zu teuer und zum anderen für nicht nötig. Er entschied die Auseinandersetzung angeblich mit dem legendären Satz: „Kinder bekommen die Leute immer“<sup>276</sup>. Das war, wie man jetzt weiß, ein Irrtum.

In Wirklichkeit gibt es heute neben der Umverteilung von den Erwerbstätigen zu den Rentnern auch einen „privaten Transferfluss“ von den Rentnern zu ihren Kindern und Enkelkindern. Zudem muss die jeweils junge Generation der aktiven Generation, die jetzt die Renten der älteren Generation erwirtschaftet, versprechen, später die Renten zu zahlen. Dieses System funktioniert aber nur, wenn die Anzahl der kinderlosen Erwachsenen möglichst gering und die Zahl der Kinder nicht zu klein ist.

Wer den Grundgedanken des Drei-Generationenvertrages angesichts der Herausforderungen des demografischen Wandels umsetzen will, muss die bestehenden kinder- und familienpolitischen Leistungen der

---

<sup>275</sup> Ebd.

<sup>276</sup> Zit. nach: Dorothea Siems, Der deutsche Sozialstaat - Zahlen und Fakten, Welt Online, 26. Juni 2004, im Internet abrufbar unter: [http://www.welt.de/print-welt/article323461/Der\\_deutsche\\_Sozialstaat\\_Zahlen\\_und\\_Fakten.html](http://www.welt.de/print-welt/article323461/Der_deutsche_Sozialstaat_Zahlen_und_Fakten.html) (abgerufen am 1. April 2011).



öffentlichen Haushalte mit in den Generationenvertrag einbeziehen. Kindergeld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag, beitragsfreie Mitversicherung von Kindern in der Krankenkasse, Investitionen in Kindergärten und Schulen, Ausbildungsfreibetrag sowie sonstige kinderbezogene Zuschüsse, Förderungen und Steuererleichterungen: Die Liste der Maßnahmen ist fast unüberschaubar.

Die den öffentlichen Haushalten jährlich dadurch entstehenden Kosten liegen – je nachdem, was genau als kinder- und familienbezogene Leistung mit einbezogen wird – mehreren Berechnungen zufolge in einem dreistelligen Milliardenbereich. So geht das Bundesfamilienministerium in seinem 2008 erschienenen „Arbeitsbericht Zukunft für Familie“ von Ausgaben in Höhe von etwa 189 Milliarden Euro aus.<sup>277</sup> Stiftung Warentest hat rund zwei Jahre später sogar Maßnahmen in einem Umfang von 250 Milliarden Euro aufgelistet.<sup>278</sup> Insgesamt zählt der ‚Familienreport‘ des Bundesfinanzministeriums 160 verschiedene Maßnahmen zur Familienförderung auf.<sup>279</sup>

Betrachtet man die Gesamtschau der Leistungen zeigt sich allerdings eine Fülle von Ungerechtigkeiten. Keiner kann erklären, warum der Kindergarten gebührenpflichtig, das Studium aber gebührenfrei ist. Und warum ist die individuelle Betreuung von Kindern in den öffentlichen Schulen oftmals viel schlechter als in den Privatschulen? Der Schulerfolg der Kinder hängt oft vom Geldbeutel der Eltern ab.

---

<sup>277</sup> Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Arbeitsbericht Zukunft für Familie, Berlin 2008, S. 18f.

<sup>278</sup> Vgl. Sabine Schmitt, So umsorgt der Staat die Familie, Welt am Sonntag, 24. Januar 2010.

<sup>279</sup> Vgl. Jan Grossarth, Wie Politik den Kinderwunsch fördert, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Juli 2012, S. 11.

Eine Studie der OECD, die im April 2011 veröffentlicht wurde, bescheinigt, dass Deutschland bei der Höhe der öffentlichen Ausgaben für Familien nach wie vor einen Spitzenplatz unter den OECD-Ländern belegt. Demnach betragen die Leistungen der öffentlichen Haushalte für Ausbildung und Familienpolitik bis zum 18. Lebensjahr eines Kindes 146.000 Euro, während der OECD-Schnitt bei 124.000 Euro liegt.<sup>280</sup> Die Studie empfiehlt aber auch, die Fördermittel eher in familienrelevante Dienstleistungen und Einrichtungen als in direkte Geldtransfers und Steuererleichterungen zu investieren.<sup>281</sup>

Angesichts dieser Erkenntnisse stellt sich die Frage, ob es nicht besser wäre, das Sammelsurium der vielen familienpolitischen Einzelmaßnahmen, das selbst Fachleute nicht mehr überblicken<sup>282</sup>, zu überprüfen<sup>283</sup>, zu ordnen, umzuschichten und in einer Kinder- und Bildungsrente zu bündeln. Die entsprechenden Mittel sollten insbesondere aufgewendet werden für die Finanzierung der Kinderbetreuung, der Schulkosten, der Studiengebühren, Kosten für Lehre und Meisterausbildung sowie für die Kosten kultureller, sportlicher und ähnlicher Angebote.

Im Vergleich zu 2005, so eine Studie der Prognos AG im Auftrag der Robert Bosch Stiftung aus dem Jahr 2006, wird die Zahl der

---

<sup>280</sup> Vgl. Ländernotiz „Doing Better for Families. Germany“, im Internet abrufbar unter: <http://www.oecd.org/dataoecd/59/36/47696460.pdf> (abgerufen am 4. Mai 2011).

<sup>281</sup> Vgl. Pressemitteilung „Familienförderung: Früher, stärker und eher nicht in Cash“ vom 27. April 2011, im Internet abrufbar unter: [http://www.oecd.org/document/53/0,3746,de\\_34968570\\_35008930\\_47696437\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/53/0,3746,de_34968570_35008930_47696437_1_1_1_1,00.html) (abgerufen am 4. Mai 2011).

<sup>282</sup> Vgl. Elisabeth Niejahr, Sinnloses Sammelsurium, Die Zeit, 16. Februar 2012; sowie Robert Roßmann, Der Wert eines Kindes, Süddeutsche Zeitung, 16. Februar 2012.

<sup>283</sup> Vgl. o. V., Schröder lässt Familienleistungen überprüfen, Bild Berlin, 16. Februar 2012.

Schülerinnen und Schüler bis 2020 um mehr als zwei Millionen zurückgehen. Dadurch, so die Studie, ergäben sich in dem Gesamtzeitraum Minderausgaben in Höhe von mehr als 100 Milliarden Euro gegenüber dem Fall, dass die Schülerzahlen konstant blieben. Preis- und Lohnsteigerungen seien dabei schon mit eingerechnet.<sup>284</sup> Auch hier ergeben sich also durchaus finanzielle Gestaltungsräume zur Verbesserung der Bildungsqualität.

21 Wissenschaftler unter Vorsitz des Präsidenten der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften Günter Stock haben einen Vorschlag erarbeitet, der sich an den Kriterien „Zeitsouveränität, Geld und einer qualitativ hochwertigen Betreuungsinfrastruktur“ orientiert. Neu ist der Vorschlag, einen Familienzeitkredit zu schaffen. Wer Zeit für die Kinderbetreuung oder die Pflege von Angehörigen benötigt, kann eine „Auszeit“ aus dem Beruf nehmen. Die Rentenkasse zahlt das Gehalt als „Vorschuss“ weiter. Die entsprechende Zeit muss zu Lasten des „Ruhestands“ nachgearbeitet werden.<sup>285</sup>

Aber auch für die Alten muss der Generationenvertrag ergänzt werden. Mit der unverzichtbaren solidarischen Rente kann niemand mehr seinen Lebensstandard im Alter sichern. Bereits heute muss man ein Zusatzeinkommen haben, will man im Alter ohne finanzielle Sorgen leben. Es macht zum Beispiel einen großen Unterschied, ob man bei

---

<sup>284</sup> Vgl. Prognos AG, Demographie als Chance. Demographische Entwicklung und Bildungssystem – finanzielle Spielräume und Reformbedarf (hrsg. von der Robert Bosch Stiftung), Stuttgart 2006, im Internet abrufbar unter: [http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/BuG\\_Familie\\_Studie\\_Demographie\\_als\\_Chance.Studie.pdf](http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/BuG_Familie_Studie_Demographie_als_Chance.Studie.pdf) (abgerufen am 13. April 2012).

<sup>285</sup> Christopher Schrader, Geburtenplanung, Süddeutsche Zeitung 16.10.2012, S. 16; Werner Görg, Versklavung einer Generation verhindern, Kölner Stadtanzeiger 15.08.2013, S. 14, hält „angesichts des rasant wachsenden Ungleichgewichts zwischen Leistungserbringern und -empfängern ... spürbare Einschnitte in den gesetzlichen Absicherungssystemen für notwendig.“

kleiner Rente ein eigenes Haus bzw. eine eigene Wohnung hat oder ob man von der kleinen Rente noch Miete zahlen muss.

Heute muss der Generationenvertrag um weitere Einkünfte komplettiert werden. Viele Erwerbsbiografien sind unstet oder von großen Lücken gekennzeichnet. Um Altersarmut zu vermeiden, sollten zusätzliche Einkommen vorhanden sein – wie Betriebsrenten, Altersversicherungen, Pensionskassen, Berufsrenten und Versorgungswerke, Wohneigentum etc. Der Staat muss den Menschen so viel von den Einkommen belassen, dass sie mehr für das Alter zurücklegen können. Die staatlichen Transfers müssen neu bedacht werden. Gerade Facharbeiter mit Kindern und der kleine Mittelstand sind hier in großen Schwierigkeiten. Experten halten zurzeit eine Gesamtrate von 70 Prozent des Nettogehalts für ausreichend, vorausgesetzt der Rentner bleibt gesund.<sup>286</sup>

Auch die Verteilung der Arbeitszeit muss neu geregelt werden. Notwendig sind fließende Übergänge in die Rentenphase, die Öffnung der Rentensysteme für Zuverdienst sowie die Einführung von Arbeitskonten.<sup>287</sup> Die Einführung der so genannten „Kombirente“, wonach es in Zukunft möglich sein soll, durch Rentenbezug und Arbeitsentgelt insgesamt genauso viel an Einkommen zur Verfügung haben zu können, ohne dass Rentenansprüche gekürzt werden, ist ein Schritt in diese Richtung.<sup>288</sup> Auch die Entwicklung neuer Aufgabenfelder für die Bedürfnisse der älteren Generationen und ein neues

---

<sup>286</sup> N.N., Worauf wir für die private Altersvorsorge heute verzichten **müssen**, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.09.2012, S. 21.

<sup>287</sup> Zur rentenrechtlichen Bewertung von Altersteilzeit, Arbeitszeitkonten und Teilzeitarbeit vgl. Peter Hanau: Die Rente mit 67 – flexibler als ihr Ruf, Konrad-Adenauer-Stiftung, Analysen & Argumente Nr. 93, Berlin 2011, S. 7-9.

<sup>288</sup> Vgl. Thomas Öchsner, Rentner dürfen deutlich mehr hinzuverdienen, Süddeutsche Zeitung, 20. März 2012, S. 1.

Rollenverständnis für ältere Bürger in der veränderten Gesellschaft sind notwendig.

Die Senioren müssen verstehen, dass auch sie weiter Verantwortung werden tragen müssen: für die Gesellschaft, die nachfolgende Generation, das Allgemeinwohl, unser Land. Das ist nicht nur notwendig, um den demografischen Wandel zu gestalten. Es ist nicht nur im Interesse ihrer Kinder und Einzelkinder. Es ist in ihrem eigenen Interesse. Wer aufhört, Verantwortung zu tragen, grenzt sich selbst aus. Der große Schriftsteller Max Frisch hat das in den „Entwürfen zu einem dritten Tagebuch“ beschrieben:

„Ich werde ein Greis. Man wird ein Greis, wenn man sich zu nichts mehr verpflichtet fühlt, wenn man nicht meint, irgendjemand in der Welt irgend etwas zu schulden, und dazu braucht einer noch nicht am Stock zu gehen oder im Rollstuhl zu sitzen; es gibt auch wanderfähige Greise. Vorderhand erschreckt mich noch meine zunehmende Nachlässigkeit gegenüber Freunden, meine zunehmende Gleichgültigkeit gegenüber öffentlichen Ereignissen, meine zunehmende Freiheit...“<sup>289</sup>

## XII

### Lösungswege: Arbeitswelt

1. Steigerung der Arbeitsproduktivität: Die „fünf Wirtschaftsweisen“ haben in ihrer Expertise „Herausforderungen des demografischen Wandels“ zu Recht festgestellt: „Das Wachstum des Produktionspotentials wird gerade bei einer Verringerung der

---

<sup>289</sup> Zit. nach: Fritz J. Raddatz, Der leise Abschied von sich selbst, Die Welt, 3. April 2010, S. 31.

Erwerbsbevölkerung durch den technologischen Fortschritt getrieben.<sup>290</sup> Daher muss sowohl bei der industriellen Produktion als auch im Dienstleistungssektor die Produktivität aller Arbeitnehmer, insbesondere aber auch der älteren Arbeitnehmer, durch Innovation und Technologie gesteigert werden. Das bedeutet einen weiteren Ausbau von computer-, technik- bzw. wissensgestützten Tätigkeiten.

2. Steigerung der Erwerbsquote: Die Erwerbsquote, insbesondere bei Frauen und älteren Menschen, muss erhöht werden. Voraussetzung dafür ist der Ausbau von Angeboten, um Familie, Kinder und Erwerbstätigkeit besser miteinander zu vereinbaren, sowie die Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze und Weiterbildungsangebote für ältere Arbeitnehmerinnen.
3. Auch in Zeiten der Vollbeschäftigung gibt es Menschen, die heute nicht in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Nach Auffassung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) handelt es sich um „neue Hemmnisse“: kein Schulabschluss, kein Ausbildungsabschluss, schwere gesundheitliche Einschränkungen, mangelnde Sprachkenntnisse, Langzeitarbeitslosigkeit, hohes Alter, Zuwanderung, Frauen mit kleinen Kindern und Menschen, die einen Angehörigen mehr als 10 Stunden in der Woche pflegen müssen.<sup>291</sup>

---

<sup>290</sup> Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2011, S. 9.

<sup>291</sup> Christoph Schäfer, Hunderttausende schwere Fälle, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07. Mai 2013, S. 10.

4. Steigerung der Arbeitszeiten: Durch die Verkürzung der Ausbildungsphase sowie durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit im Alter kann dem Rückgang der Zahl der Arbeitnehmer begegnet werden.

Die Unternehmen werden die Arbeitsorganisation den Bedürfnissen älterer Mitarbeiter anpassen müssen. Dabei geht es sowohl um „Zeitsouveränität“ wie „Handlungssouveränität“. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen mitentscheiden können, wann sie arbeiten wollen. Das betrifft sowohl die Stunde-, Tages- und Wochenzahl der Arbeitszeit wie auch die Länge der Lebensarbeitszeit. Sie sollen im Gespräche mit den Unternehmen auch darüber mitentscheiden können, welche Tätigkeiten sie ausüben und welche Verantwortung sie übernehmen wollen und können.<sup>292</sup> Eine wichtige Form wird dabei die Teilzeitarbeit sein. Es ist falsch, dass die Gewerkschaften aus angeblich sozialen Gründen gegen diese Form der Arbeit polemisieren. Mehr Sicherheit für Arbeitnehmer lässt sich dadurch erreichen, dass das Instrument der lebenslangen Arbeitszeitkonten ggf. auch durch fiskalische Anreize ausgebaut wird.

5. Die Unternehmen müssen sich rechtzeitig um junge Fachkräfte bemühen. Die Tarifpartner müssen das Senioritätsprinzip bei der Lohnfestsetzung verändern. Zum einen stellt sich allein rechtlich Frage, ob entsprechende Regelungen in den Tarifverträgen altersdiskriminierend und daher unzulässig sind. Zum anderen schreckt die Strategie, jungen Menschen niedrige Einstiegsgehälter

---

<sup>292</sup> Andreas Kruse, Arbeitnehmer sollten ab 50 selbstständig über die Arbeitszeit entscheiden, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Dezember 2012, S. 10.

anzubieten, die erst langsam mit der Betriebszugehörigkeit steigen, junge qualifizierte Kräfte ab und verhindert, dass ältere Arbeitssuchende eingestellt werden. Beides ist in der Zukunft kontraproduktiv. Dabei können Formen der Mitarbeiterkapitalbeteiligung helfen. Damit können auch die Probleme gerade mittelständischer Unternehmen, die über eine knappe Eigenkapitalquote verfügen, gemindert werden.<sup>293</sup>

6. Die Unternehmen müssen sich intensiver um die betrieblichen Voraussetzungen kümmern, die es Frauen, Älteren sowie jungen Arbeitnehmern aus anderen EU-Ländern ermöglichen, Arbeitsplatzangebote anzunehmen. 90 Prozent der großen Familienunternehmen bieten heute schon eine betriebliche Altersvorsorge an, aber nur rd. 40 Prozent der kleinen Unternehmen. In diesen nehmen auch nur 28 Prozent der Beschäftigten an betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen teil. In Deutschland arbeiten 21 Prozent der erwerbstätigen Frauen weniger als 20 Stunden pro Woche (Schweden nur 7,9 Prozent, Frankreich 8,8 %).<sup>294</sup> Es ist nicht Aufgabe des Staates, die erforderlichen Arbeitskräfte bereitzustellen.
  
7. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser möglich zu machen, müssen die Betreuungsangebote flächendeckend ausgebaut werden. Dazu gehören ein bedarfsgerechtes U3-Platz-

---

<sup>293</sup> Vgl. Klaus Zimmermann, Ökonom Zimmermann fordert Ende niedriger Einstiegsgehälter, WirtschaftsWoche Online, 26. März 2011, im Internet abrufbar unter: <http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/oekonom-zimmermann-fordert-ende-niedriger-einstiegsgehaelter-461204/> (abgerufen am 15. April 2011), Wolfgang Gründinger, Steht auf, ihr Jungen!, in: Süddeutsche Zeitung, 18./19. August 2012, S. 2.

<sup>294</sup> Dieter Breuninger, Mittelstand und Demografie – Der Handlungsdruck steigt, DB-Research 23.03.2013, S. 1 u. 16.



Angebot, mehr Tagesmütter, Betreuungsangebote in Familienzentren, die sich an den Bedürfnissen der Eltern orientieren, sowie flächendeckende Ganztagsschulangebote.

8. Die Unternehmen müssen durch die Schaffung betrieblicher Kindertagesstätten mehr Verantwortung übernehmen. Kostenberechnungen haben ergeben, dass die Beschaffung einer neuen Fachkraft, die beispielsweise eine Frau ersetzt, die mangels Betreuungsangeboten dem Unternehmen zumindest vorübergehend nicht zur Verfügung steht, bis zu 50.000 Euro kostet.<sup>295</sup>
9. Das Thema „Gesundheit im Betrieb“ bekommt eine neue Bedeutung. Vom Gesundheitscheck für Lehrlinge bis hin zu Optimierungen der Arbeitsabläufe durch schwingende Fußböden, Ausruhemöglichkeiten und Leselupen an Fertigungsstraßen gibt es viele Beispiele. Körperlich hart arbeitende Menschen müssen möglichst lange gesund bleiben. ThyssenKrupp hat dafür eigens eine Gesundheitsschicht eingeführt. Arbeitnehmer erhalten dort eine regelmäßige medizinische Betreuung.<sup>296</sup>
10. Die Betriebe müssen mehr in die Weiterbildung ihrer Arbeitnehmer investieren. Wenn junge Menschen mit einem Bachelor-Abschluss mit 22 statt mit 27 Jahren in das Berufsleben kommen, muss es in der längeren Arbeitszeit mehr Karrierestufen geben. Wer länger erfolgreich arbeitet, muss auch mehr Aufstiegsmöglichkeiten haben.

---

<sup>295</sup> Vgl. Sven Astheimer, Personalnot macht erfinderisch, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. November 2010, S. 20.

<sup>296</sup> Vgl. ebd.

11. Inzwischen betreuen hierzulande schätzungsweise mindestens 100.000 Menschen aus Mittel- und Osteuropa ältere Mitbürger.<sup>297</sup> Sie sind teils illegal im Land und werden ausgebeutet. Jeder weiß, dass solches Personal Hilfe ermöglicht, länger im eigenen Lebensumfeld zu leben. Für alle EU-Bürger sollten entsprechende Arbeitsverhältnisse ermöglicht werden. Vorschriften, die die Grundfreiheiten innerhalb der EU einschränken, gehören abgeschafft. Berufs- und Bildungsabschlüsse sollten grundsätzlich und ohne Prüfung anerkannt werden. Auf die Forderung gegenseitiger Anerkennung wird verzichtet.
12. Exkurs:  
In einem Gutachten für den Deutschen Juristentag hat Ulrich Preis schon im Jahr 2008<sup>298</sup> umfassende Vorschläge zur „Anpassung der Rechtsstellung und zur Verbesserung der Beschäftigungschance älterer Arbeitnehmer“ vorgelegt. Dazu hat er sowohl die arbeitsrechtlichen, demografischen und sozialversicherungsrechtlichen Fragenstellungen untersucht. „Denn inzwischen wird jedem Bürger klar, dass die gesetzliche Rentenversicherung keine Lebensstandsicherung mehr bietet, die demografische Entwicklung der Verlängerung des Arbeitslebens zwingend macht, und demnach in Deutschland ältere Menschen diskriminiert werden.“<sup>299</sup> Leider hat weder das Bundesarbeitsgericht, noch der Gesetzgeber bisher für ordnungspolitisch stringente und sozial wünschenswerte Regelungen gesorgt: „Die vergangenen Jahrzehnte und insbesondere die letzten Jahre haben gezeigt, dass

---

<sup>297</sup> Vgl. Charlotte Frank, Margosza und ihr starkes Kreuz, Süddeutsche Zeitung, 28./29. August 2010, S. 7.

<sup>298</sup> Gutachten zum 67. Deutschen Juristentag in Erfurt, München 2008

<sup>299</sup> Gutachten zum 67. Deutschen Juristentag in Erfurt, München 2008, S. 9.

der Gesetzgeber auf dem Gebiet des Arbeitsrechts nahezu reformunfähig ist. Der im deutschen Einigungsvertrag niedergelegte Auftrag, das Arbeitsrecht zu modifizieren, ist bislang unerfüllt.<sup>300</sup> Die überzeugenden Vorschläge sollen deshalb in Erinnerung gerufen werden<sup>301</sup>:

- „Ältere Arbeitnehmer sind Menschen mit vollem Grundrechtsschutz. Sie dürfen nicht länger Spielbank der Beschäftigungspolitik sein.“ (B117)
  
- „Arbeitnehmer müssen zur Erwerbsarbeit motiviert und nicht zum Nichtstun gezwungen werden. Der Sozialstaat ist in der Pflicht, individuelle Defizite auf Grund des Alters, gesundheitliche Leistungseinschränkungen oder Behinderung durch Eingliederungsmaßnahmen auszugleichen, Bildungsangebote in jeder Lebensphase zur Verfügung zu stellen, und alles zu tun, um benachteiligten Beschäftigungsgruppen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu verschaffen.“ (B117)
  
- „Die Verteuerung der Arbeitsleistung älterer Arbeitnehmer einerseits und der ökonomische Druck auf Personalverantwortliche, möglichst die gleiche Leistung zu günstigeren Konditionen zu erlangen, stellen die wesentlichen Gründe für kontraproduktive Effekte auf dem Arbeitsmarkt für ältere Beschäftigte dar. Die Kumulation von Betriebszugehörigkeitsregeln, Verdienstsicherungsklauseln, verringerter Arbeitszeit bei Erreichen eines bestimmten Alters, erhöhten Urlaubsansprüchen, längeren

---

<sup>300</sup> Ulrich Preis, Altersdiskriminierung im Arbeitsrecht, in: Ulrich Becker / Markus Roth (Hrsg.), Recht der Älteren, Berlin / Boston 2013, S. 320.

<sup>301</sup> Zitate Ulrich Preis, a. a. O., S. B 117 ff.

Kündigungsfristen sowie – last but not least – dem Ausschluss der ordentlichen Kündigung stellen Einstellungshemmnisse für Arbeitnehmer dar, die das 40. Lebensjahr überschritten haben.“ (B118)

- „Der Staat muss jede Form der Alterssicherung fördern. Er darf nicht die Vernichtung der Alterssicherung von Erreichung der Regelaltersgrenze verlangen. Das Sozialstaatsprinzip fordert, dass jede im Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppe Anspruch auf Förderung zur Erlangung der Erwerbsfähigkeit und einer Erwerbstätigkeit hat. Der präventive, kompensatorische Ansatz im Sozialrecht ist zu stärken.“ (B119)

- „Hieraus resultieren folgende allgemeine Forderungen:

a) Pauschale Schlechterstellungen älterer Arbeitnehmer sind zu vermeiden. Ausgeprägt ist die Benachteiligung Älterer im deutschen Arbeitsrecht im Bereich des Befristungsrechts und in der Rechtsprechung zum Sozialplan sowie der Berechnung von Abfindungen. (B119)

b) Pauschale Besserstellungen wegen Erreichens eines bestimmten Lebensalters sind ebenso zu vermeiden. Das gilt in Gesetzen und Tarifverträgen, insbesondere aber auch in Sozialplänen. Anciennitätsregeln sind dagegen eher zu rechtfertigen. (B119)

c) Eine sinnvollere Möglichkeit, ältere Arbeitnehmer zu unterstützen, liegt in der jüngeren Gesetzgebung, eine gesetzliche Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer im Arbeitsförderungsrecht zu verankern. (B119)

- d) Gesetzliche und tarifliche Fehlanreize zur Frühpensionierung sind konsequent abzubauen. (B119)
- e) Eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik ist konsequent fortzuführen. Ältere Menschen dürfen von diesen Maßnahmen nicht nur nicht ausgeschlossen sein, sondern bedürfen im Gegenteil besonderer Förderung. (B120)
- f) Während der Erwerbsphase muss verstärkt in die private Altersvorsorge investiert werden. Der Staat sollte in diesem Bereich nicht bevormundend, sondern fördernd tätig werden. Im Laufe des Erwerbslebens müssen Anreize geschaffen werden, Vorsorge für das Alter zu schaffen. (B120)
- g) Einen rentenrechtliche Grundsicherung über das umlagefinanzierte SGB VI ist bereits ein – auch heute noch sinnvolles – auf dem Solidaritätsprinzip basierendes Zwangssystem. Um die Legitimationsbasis der gesetzlichen Rentenversicherung zu erhalten, ist eine steuerfinanzierte Sockelrente zu prüfen, auf die andere Alterseinkünfte und Vermögen der Ruheständler nicht angerechnet werden. Anspruchsvoraussetzung hierfür sind genügend lange Beitragszeiten (etwa 35 Jahre) in der gesetzlichen Rentenversicherung.“ (B120)

- „Arbeitsrechtliche Forderungen

- a) Jegliche absolute Altersgrenzen für die Aufnahme von Beschäftigung und den Ausstieg aus dem Berufsleben sollten entfallen. Man sollte nicht abwarten, bis in einem quälenden Prozess vor den Gerichten das Verbot der Altersdiskriminierung durchgesetzt wird. Das Axiom, mit Erreichen der Regelaltersgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung müsse "Schluss" sein, ist aufzugeben. (B120)

- b) Die aus demografischer Sicht notwendige längere Lebensarbeitszeit kann durch eine nicht diskriminierende Altersgrenzenregelung flankiert werden, die den Arbeitnehmern, die weiterarbeiten wollen, auch die Weiterarbeit ermöglicht. (B120)
- c) Die Unzulässigkeit von Altersgrenzen muss zu einer behutsamen Anpassung der Regelungen zum Kündigungsschutz führen. Schonend erfolgt dies durch eine Umkehr der Beweislast: Der Arbeitnehmer kann grundsätzlich die Weiterbeschäftigung indes aus Leistungsgründen oder zur Erhaltung einer ausgewogenen Altersstruktur ablehnen. Dem Arbeitnehmer obliegt dann in einem Prozess auf Weiterbeschäftigung die Darlegungs- und Beweislast, dass die vom Arbeitgeber vorgebrachten Gründe nicht vorliegen. (B120)
- d) Das Lebensalter sollte kein gesetzliches Kriterium der Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen (§ 1 Abs. 3 Satz 1 Kündigungsschutzgesetz [KSchG]) sein. Es genügt, die Betriebs- bzw. Unternehmenszugehörigkeit (Anciennitätsprinzip) zu berücksichtigen, um den legitimen Schutz älterer Beschäftigter zu berücksichtigen. § 1 Abs. 3 Satz 2 KSchG kann als im Ergebnis nicht altersdiskriminierende Ausnahmeregelung beibehalten werden. (B121)
- e) In der Sozialauswahl und bei der Bemessung der Sozialabfindung darf das Kriterium der Rentenberechtigung oder Rentennähe aus rechtlichen und systematischen Gründen keine Rolle mehr spielen. In Ansehung der gegenwärtigen und langfristigen künftigen Rentenleistungen ist die Annahme, der Arbeitnehmer sei „abgesichert“ und benötige keine weitere Erwerbsarbeit oder Sozialplanleistungen pure Fiktion. (B121)

- f) Durch ein überschaubar reguliertes, Binnenflexibilität ermöglichendes und Altersdifferenzierungen vermeidendes Arbeitsvertragsrecht mit einem verständigen Mix von (verlängerter) Probezeit, abgewogenen Befristungsregeln, fairen Kündigungs- und Abfindungsregeln sowie einer hinreichenden Binnenbeweglichkeit wird insgesamt viel für die Beschäftigungssicherheit erreicht. (B121)
- g) Widersprüchliche Regelungen, ältere Arbeitnehmer durch das Angebot prekärer sachgrundloser Zeitarbeit (z. B. § 14 Abs. 3 Teilzeit- und Befristungsgesetz [TzBfG]) wieder in Beschäftigung zu bringen, sind dann obsolet. Wenn man die sachgrundlose Befristung für ein beschäftigungsförderndes Instrument hält, ist es inkonsequent, dieses nur am Merkmal Alter festzumachen. (B121)
- h) Qualifizierung und Weiterbildung sind Aufgabe aller Beteiligten. Auch Betriebsräte haben Möglichkeiten, innerbetriebliche Initiativen zu starten. Durch arbeitsrechtliche Maßnahmen können Rechte und Pflichten zur Weiterbildung flankiert werden. Auch könnte die innerbetriebliche Weiterbildung gefördert werden. Das deutsche Individualarbeitsrecht enthält seit langem auch einen bestandsschutzrechtlichen Ansatz, die Qualifizierung zu fördern. § 1 Abs. 2 Satz 3 KSchG erkennt die vorrangige Pflicht zur Umschulung und Fortbildung des Arbeitnehmers an, um dessen Weiterbeschäftigung zu ermöglichen. Die Rechtsprechung könnte dieses Instrument schärfen. (B121)
- i) Erworbene Besitzstände sind bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses abzugelten. Die sog. Überbrückungsfunktion von Abfindungen ist abzulehnen, da sie auf dem unzutreffenden Axiom der Absicherung durch eine gesetzliche Alterssicherung beruht. Im Gegenteil: Mit Abfindungen wird entweder der Besitzstand abgegolten oder eine Genugtuungsfunktion (im Falle

unwirksamer Kündigung) verfolgt. In beiden Fällen ist es sinnvoll, Abfindungen für die Alterssicherung zu verwenden. Der Staat sollte dies durch steuerliche Maßnahmen fördern. (B122)

j) Echte Altersteilzeit sollte durch Unternehmen möglich gemacht werden; nur diese sollte staatlicherseits gefördert werden.“ (B122)

- „Sozialrechtliche Forderungen

a) Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I (Alg I) für ältere Beschäftigte ist ein Rückschritt. Richtiger und zielführender wäre es, die Verlängerung des Arbeitslosengeldbezuges nur im Zusammenhang mit jeder Form anerkannter Weiterbildung zu gewähren. (B122)

b) Der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand muss flexibler gestaltet werden. Die Versicherten dürfen nicht in ein System gepresst werden, dass von – der nicht vorhandenen – Voraussetzung des unbefristeten Vollzeitarbeitsverhältnisses ausgeht. Die finanzielle Alterssicherung wird auf vier Säulen aufbauen müssen: gesetzlicher Rente, betrieblichen Vorsorgesystemen, privater Vorsorge und Zusatzverdiensten bis in das hohe Alter. Vor diesem Hintergrund mag die gesetzliche Rentenversicherung weiterhin auf der Basis des Umlageverfahrens beruhen. (B122)

c) Das Renteneintrittsalter ist zu flexibilisieren. Die eingeleiteten Maßnahmen zur verlängerten Regelaltersgrenze 67. Lebensjahr sind beizubehalten. Unter Berücksichtigung sozialversicherungsmathematischer Prinzipien muss ein früherer Rentenabruf möglich sein. Spezielle Tatbestände vorgezogener Altersgrenzen sollten entfallen. (B122)



- d) Jegliche Hinzuverdienstgrenzen (mit Ausnahme der Erwerbsminderungsrenten) im Recht der gesetzlichen Rentenversicherung müssen aufgegeben werden. [...] Hinzuverdienstgrenzen können nicht mit der Einkommensersatzfunktion der gesetzlichen Rente gerechtfertigt werden. (B123)
- e) Die arbeitsmarktpolitische Dimension der Hinzuverdienstgrenze, Rentenbezieher vom Arbeitsmarkt fernzuhalten, ist keine Aufgabe der Rentenversicherung, verfassungsrechtlich problematisch und rechtspolitisch nicht mehr zeitgemäß. (B123)
- f) Wünschenswert ist die Möglichkeit, eine Teilrente zu beziehen. Das Regime in § 42 Abs. 2 und Abs. 3 SGB VI ist hinreichend flexibel. Zusammen mit der Aufhebung der Hinzuverdienstgrenzen, „echter“ Altersteilzeit und einer geänderten Einstellung zur Frühverrentungspolitik in deutschen Betrieben könnten Teilrenten ihr ganzes Potenzial entfalten.“ (B123)

- „Sozialpolitische Forderungen

- a) Die staatliche Ausweitung der Förderung betrieblicher und privater Altersvorsorge ist ein politisch wichtiges Signal gewesen. Staatliche Fördermaßnahmen müssen statusunabhängig sein. (B123)
- b) Staatlich geförderte Altersvorsorge muss sich insbesondere auf diejenigen konzentrieren, die unstete oder gar lückenhafte Erwerbsbiographien aufweisen, nur gering verdienen oder Selbstständige sind bzw. werden und kaum eine eigene Alterssicherung aufbauen können. Zu bedenken ist, dass in vielen

Branchen, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen, betriebliche Altersversorgung nicht weit verbreitet ist. (B123)

c) Verstärkte Bildungsinvestitionen für jede Lebensaltersstufe – abgestimmt auf die jeweiligen Bedarfe – sind notwendig. [...]“ (B123)

### XIII

#### Lösungswege: Altersarmut und Rente

1. Das Auseinanderdriften unserer Gesellschaft führt dazu, dass immer mehr Menschen Altersarmut droht. Das Rentenniveau für künftige Ruheständler sinkt. Experten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung gehen zwar davon aus, dass es in den alten Bundesländern relativ stabil bleiben wird. In den neuen Bundesländern sei dagegen mit einem dramatischen Rückgang der durchschnittlichen Rentenansprüche zu rechnen, die gerade bei Frauen oftmals unter dem Niveau der Grundsicherung liegen. Die Gefahr, durch Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse oder eine Unterbrechung der Erwerbsbiografie nur geringe Rentenansprüche zu erwerben, steige.<sup>302</sup>
2. Die den sozialen Sicherungssystemen zugrunde liegenden Berechnungstabellen gehen teilweise von einer zu geringen durchschnittlichen Lebenserwartung aus. Sie müssen auf das zu erwartende Lebensalter von im Durchschnitt 85 (Männer) bzw. 89

---

<sup>302</sup> Vgl. Johannes Geyer / Viktor Steiner, Künftige Altersrenten in Deutschland: Relative Stabilität im Westen, starker Rückgang im Osten, DIW-Wochenbericht 11/2010, S. 2ff.

(Frauen) Jahren angepasst werden.<sup>303</sup> Zudem sollten sie sich nicht allein an starren Altersfristen orientieren, sondern vielmehr die tatsächlich geleistete Arbeitszeit mit einrechnen. Denn: Das Alter allein, egal ob 65, 67 oder 69 Jahre, sagt noch nicht viel darüber aus, wie viel ein Mensch in seinem Leben gearbeitet hat. Hier müssen flexiblere Regelungen geschaffen werden.

3. Wir brauchen eine Mindestrente. Schon heute muss ein Durchschnittsverdiener 27 Jahre arbeiten und Beiträge zahlen, um später eine Rente in Höhe der Grundsicherung zu beziehen.<sup>304</sup> Das jedoch widerspricht dem Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit. Denn: Wer jahrzehntelang arbeitet und Beiträge zahlt, muss im Alter eine höhere Rente bekommen als derjenige, der nie oder nur sporadisch gearbeitet hat. Daher sollte das System der Mindestentgeltpunkte wieder eingeführt werden.<sup>305</sup>
4. Jedermann muss die Möglichkeit haben, für das Alter zusätzlich privat vorzusorgen. Das muss auch für Selbstständige gelten. Deshalb sollte der Kreis der Riesterberechtigten auch auf bisher nicht zulageberechtigte Selbstständige ausgeweitet werden.<sup>306</sup> Für sie gibt

---

<sup>303</sup> So die Prognose der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2060; vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009, S. 31. Hiermit ist nicht eine Anpassung der Leistungen, sondern der Planungsdaten gemeint.

<sup>304</sup> Vgl. Beschluss C 2 „Altersarmut bekämpfen – Koalitionsvertrag zügig umsetzen“ des 23. Parteitages der CDU Deutschlands, im Internet abrufbar unter: <http://www.karlsruhe2010.cdu.de/images/stories/docs/c-beschluesse.pdf> (abgerufen am 24. Februar 2011).

<sup>305</sup> Vgl. Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands: Laumann will Rente für Geringverdiener verbessern, im Internet abrufbar unter: [http://www.sozialausschuesse.de/uploads/media/Laumann\\_Rente\\_Oktober\\_2007.pdf](http://www.sozialausschuesse.de/uploads/media/Laumann_Rente_Oktober_2007.pdf) (abgerufen am 31. März 2011)

<sup>306</sup> Laut einer 2007 veröffentlichten Studie des „Mannheim Research Institute for the Economics of Aging“ (mea) dürften sich die dem Staat durch eine entsprechende

es bisher nur steuerliche Begünstigungen. Je geringer aber das Einkommen ist, also je weniger auch Steuern gezahlt werden, desto weniger Möglichkeiten für Selbstständige gibt es, für das Alter privat vorzusorgen.<sup>307</sup>

Auch bei der betrieblichen Altersvorsorge gibt es

Verbesserungsbedarf: Zwar fördert der Staat Arbeitnehmer, die davon Gebrauch machen, indem der Teil des Arbeitsentgelts, der als Sparbeitrag verwendet wird, zunächst<sup>308</sup> steuer- und sozialabgabenfrei bleibt. Das Problem ist allerdings: Nur jeder dritte Deutsche, das hat eine Befragung eines Versicherungsunternehmens gezeigt, kennt überhaupt den Rechtsanspruch auf eine betriebliche Altersvorsorge.<sup>309</sup> Dazu kommt, dass die Höhe der tatsächlichen Rendite in vielen Fällen höchst ungewiss ist. Vor allem aber – und das wiegt in Zeiten einer immer größeren Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und -situationen besonders schwer – zeigen sich nach

---

Gesetzesänderung entstehenden jährlichen Mehrkosten auf maximal 3,9 Milliarden Euro im Jahr 2020 und 6,9 Milliarden Euro im Jahr 2030 belaufen. Realistisch sind demnach allerdings jährliche Mehrkosten zwischen 1,7 Milliarden Euro im Jahr 2020 und 4,1 Milliarden Euro im Jahr 2030; vgl. Mathias Sommer, Fiskalische Auswirkungen einer Erweiterung des Förderrahmens von Riesterrenten, mead-Discussion Paper 122-07, Mannheim 2007, S. 24.

<sup>307</sup> In der Expertise „Herausforderungen des demografischen Wandels“ des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung heißt es hierzu: „Während bei den unteren Einkommensschichten eine geringe Wahrscheinlichkeit für einen Abschluss [eines Riester-Vertrags, d. Verf.] besteht, nimmt diese mit höherem Einkommen zu. Dies könnte auf die Abzugsfähigkeit bei der Einkommensteuer zurückzuführen sein, die vor allem für höhere Einkommensklassen die Attraktivität dieser Sparform erhöht (...). Das Ergebnis weist darauf hin, dass das Ziel, gerade Geringverdienern Anreize zum Aufbau einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge zu liefern, möglicherweise nicht erreicht wird.“; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2011, S. 77.

<sup>308</sup> Bei Auszahlung der Anwartschaften im Alter müssen dann allerdings Steuern und Krankenkassenbeiträge abgeführt werden.

<sup>309</sup> Vgl. Nadine Oberhuber, Das Geld, das keiner will, Die Zeit, 26. Januar 2012.

wie vor große Hürden bei der Mitnahme angesparter Anwartschaften im Falle eines Arbeitgeberwechsels.<sup>310</sup>

5. Die persönliche Altersvorsorge muss im Falle von unverschuldeter Arbeitslosigkeit höher sein und besser als bisher geschützt werden. Deshalb ist es richtig gewesen, das Schonvermögen beim Arbeitslosengeld II (Alg II) von 250 Euro auf 750 Euro pro Lebensjahr zu erhöhen, damit die Menschen im Alter eine Rente oberhalb der Grundsicherung bekommen.<sup>311</sup>

Denn: Wer privat vorsorgt, muss eine höhere Rente haben als jemand, der nicht vorsorgt. Es ist weiter notwendig, dass die Arbeitslosenversicherung für Arbeitslose die vollen Rentenbeiträge zahlt. Wer unverschuldet arbeitslos ist, sollte nicht mit Altersarmut bestraft werden.

6. Die in der Weltfinanzkrise durch eine Notsituation gesetzlich verankerte Rentengarantie ist systemfremd und sollte aufgehoben werden. Politisch gewollt kostet sie die Beitragszahler einer Studie zufolge alleine in den Jahren 2010 bis 2015 rund zehn Milliarden

---

<sup>310</sup> Vgl. Nadine Oberhuber, a. o. O.

<sup>311</sup> Die Bundesregierung bezifferte die dem Bund durch die Erhöhung des Schonvermögens entstehenden jährlichen Mehrkosten mit rund 190 bis 230 Millionen Euro; vgl. Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung der Finanzlage der Sozialversicherungssysteme und zur Einführung eines Sonderprogramms mit Maßnahmen für Milchviehhalter sowie zur Änderung anderer Gesetze (Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz [SozVersStabG]), Bundestags-Drucksache 17/507 vom 25. Januar 2010, S. 15.

Der ehemalige Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bert Rürup, empfiehlt sogar, Selbstständige generell in die gesetzliche Rentenversicherung aufzunehmen; vgl. Dirk Heilmann, Zeit für Reformen!, Handelsblatt, 8. April 2011, S. 6.

Euro.<sup>312</sup> Wenn die Politik die Garantie will, muss sie sie aus Steuermitteln bezahlen.

7. Die solidarische Rente ist ein Versicherungssystem. Und sie wird immer mehr zu einer Steuer.<sup>313</sup> Sie hat, wie dargelegt, Konstruktionsfehler. Kindererziehung ist ein generativer Beitrag zum Erhalt unserer sozialen Sicherungssysteme. Dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 3. April 2001<sup>314</sup> folgend ist es daher unzulässig, dass diejenigen, die Kinder betreuen und erziehen und damit neben ihrem Geldbeitrag über die Generationen hinweg zum Erhalt unserer sozialen Sicherungssysteme beitragen, wie diejenigen behandelt werden, die keine Kinder haben. Auch die Renten müssen – über die Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten hinaus – an die Kinderzahl gekoppelt werden, entweder bei der Höhe der Rente oder der Beiträge.<sup>315</sup> Zudem sollte überlegt werden – wie jetzt bei der Pflegeversicherung – in die Rentenformel auch einen steuerfinanzierten Kinderfaktor mit einzubeziehen. Auch sollte – wie bei den Kindererziehungszeiten – über die Anerkennung von Pflegeleistungen im Rentenrecht diskutiert werden.
  
8. Der zweite Fehler der solidarischen Rente liegt in der möglichen Aushöhlung des Versicherungsprinzips durch politische

---

<sup>312</sup> Vgl. Martin Gasche, Rentenanpassung 2010 – Wem nützt die Rentengarantie?, mea-Discussion Paper 199-2010, Mannheim 2010, S. 19ff.

<sup>313</sup> In einem Artikel des Handelsblatts heißt es dazu: „Für die Jahrgänge der heute unter 35-Jährigen, so hat es der Rentenexperte Bernd Raffelhüschen ausgerechnet, entwickeln sich die Rentenbeiträge zu einer Steuer. Sie werden mehr einbezahlt haben, als sie ausgezahlt bekommen.“; Gabor Steingart / Dirk Heilmann / Dorit Heß, Deutschland ungeschminkt, Handelsblatt, 1. April 2011.

<sup>314</sup> Vgl. Bundesverfassungsgericht, 1 BvR 1629/94, 3. April 2001.

<sup>315</sup> Vgl. hierzu u. a. Barbara Henman / Michael Voigtländer, Unzureichende Berücksichtigung der Kindererziehung als Ursache der Rentenkrise, Wirtschaftsdienst 3/2004, S. 166ff.

Entscheidungen. Zwar hat die Politik immer wieder Steuermittel für das Rentensystem zur Verfügung gestellt. Der Bezug zwischen Einzahlung und Auszahlung ist für die allermeisten Bürgerinnen und Bürger jedoch nicht mehr nachvollziehbar.

Für die Zukunft sollte die Politik verpflichtet werden, bei Änderungen im Rentensystem die erforderlichen Mittel auf der Basis einer versicherungsmathematischen Kostenberechnung zu bezahlen. Eine bessere Transparenz für die Versichertengemeinschaft führt zu einer höheren Akzeptanz des solidarischen Rentensystems.<sup>316</sup>

Eine weitere Überlegung in diesem Zusammenhang ist im Übrigen, die Pensionsrückstellungen für Beamte nicht mehr von den Regierungen, sondern etwa von der Bundesbank verwalten zu lassen. Auf diese Weise würden sie dem Zugriff der Politik entzogen werden.

9. Die Übergänge zwischen Erwerbstätigkeit und Rentenbezug müssen flexibler gestaltet werden.<sup>317</sup> Das gilt für die Abschaffung starrer Altersfristen wie etwa in Großbritannien und in Schweden<sup>318</sup> und die Schaffung von Möglichkeiten, früher oder später in Rente zu gehen. Die Kosten einer solchen Entwicklung müssen berechnet und vom Rentner bzw. Arbeitgeber übernommen werden. Auch die

---

<sup>316</sup> Vgl. Jürgen Rüttgers, Die Marktwirtschaft muss sozial bleiben. Eine Streitschrift, Köln 2007, S. 155f.

<sup>317</sup> Diesen Vorschlag des Verfassers haben u. a. auch der IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber und Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser aufgegriffen. Dass sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer so umstrittenen Frage wie dem Renteneintrittsalter grundsätzlich einig sind, dürfte sicherlich nicht alle Tage vorkommen; vgl. Thomas Öchsner, „Maloche macht die Menschen kaputt“. Interview mit Berthold Huber und Martin Kannegiesser, Süddeutsche Zeitung, 22. Dezember 2011, S. 20.

<sup>318</sup> Vgl. Peter Rásonyi, Grossbritannien schafft Rentenalter ab, Neue Zürcher Zeitung Online, 14. Januar 2011, im Internet abrufbar unter: [http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/grossbritannien\\_schafft\\_rentenalter\\_ab\\_1.9088921.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/grossbritannien_schafft_rentenalter_ab_1.9088921.html) (abgerufen am 13. April 2012).

Möglichkeiten, eine Teilrente zu beziehen bzw.

Rentenanwartschaften beim Wechsel der Arbeitsstelle mitzunehmen, müssen verbessert werden. Die bestehenden finanziellen Anreize für Frühverrentung müssen reduziert, positive Anreize für längere Beschäftigungen müssen aufgebaut werden.<sup>319</sup> Das jetzige Renteneintrittsalter wird dann nur noch ein Orientierungspunkt zur Berechnung von Rentenabschlägen, ggfls. auch von Rentenzuschlägen sein.<sup>320</sup>

10. Neben der Verlängerung der Arbeitszeit werden wir neue Arbeitsformen fördern müssen und sie nicht bekämpfen dürfen. Warum muss die berufliche Tätigkeit von einem auf den anderen Tag aufhören? Wir haben (fälschlicherweise) Formen des Vorruhestandes entwickelt. Warum gibt es nicht mehr Formen der „Seniorenarbeit“, der Arbeit nach Beginn der Rentenzahlungen? In den USA gibt es nur für wenige Berufsgruppen gesetzlich vorgeschriebene, starre Altersgrenzen – etwa bei Piloten.<sup>321</sup> Bei uns dagegen wird – teils sogar arbeitsrechtlich fest verankert<sup>322</sup> – Formen des langsamen Herausgleitens aus dem Arbeitsprozess ein Riegel vorgeschoben: zum Beispiel in Tarifverträgen, die mit 65 ein automatisches

---

<sup>319</sup> Axel Börsch-Supan / Martin Gasche, Sägen an den Säulen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.01.2013, S. 7, schlagen vor, das gesetzliche Renteneintrittsalter regelmäßig und automatisch an die Entwicklung der Lebenserwartung zu knüpfen, sodass die durchschnittliche Anzahl der Rentenjahre je Erwerbsjahr konstant bleibt, verbunden mit einem flexibleren, versicherungsmathematisch korrekt abgerechneten individuellen Renteneintrittsalter.

<sup>320</sup> Jürgen Kocka, Ursula M. Staudinger (Hg.) Altern in Deutschland Bd. 9, Nova Acta Leopoldina, Halle (Saale) 2010, S. 55

<sup>321</sup> Vgl. Elisabeth Niejahr, Alt sind nur die anderen. So werden wir in Zukunft leben, lieben und arbeiten, 2. Auflage, Frankfurt am Main 2005, S. 42.

<sup>322</sup> „Die Zulässigkeit der Befristung eines Arbeitsverhältnisses auf die Regelaltersgrenze ist nicht ausdrücklich gesetzlich geregelt. Sie ergibt sich aber mittelbar aus § 41 S. 2 SGB VI.“; Peter Hanau: Die Rente mit 67 – flexibler als ihr Ruf. KAS Analysen & Argumente Nr. 93, Berlin 2011, S. 4.



Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis vorsehen.<sup>323</sup> Diese Einschränkungen der Vertragsfreiheit sind falsch, ja oftmals offenbar unzulässig.<sup>324</sup> Der vielzitierte Dachdecker muss mit 70 Jahren nicht mehr auf die Dächer steigen, kann stattdessen aber Baustellen überwachen und Arbeitsabläufe organisieren und kontrollieren. Eine Krankenschwester muss im Rentenalter nicht mehr im Schichtdienst tätig sein, sondern kann Arbeitspläne erstellen. Und ein älterer Pilot, der aus Sicherheitsgründen nicht mehr im Cockpit sitzen darf, kann die Ausbildung seiner Nachfolger übernehmen.<sup>325</sup>

11. Das Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland unterscheidet – bezogen auf die Arbeit – nur zwei Formen: die nichtselbständige Arbeit und die selbstständige Arbeit. Es schränkt damit Kombinationen verschiedener Arbeit ein. Warum schaffen wir nicht den „Ruhestand“ ab und ersetzen ihn durch den „Beginn“ der Rente und Pension. Wer länger arbeiten will, muss mit seinem Arbeitgeber über ein neues Beschäftigungsverhältnis für die Zeit nach dem 67. Lebensjahr verhandeln können. Wer aber länger arbeitet, darf nicht durch die Verrechnung von weiteren Einkünften mit den Rentenzahlungen bestraft werden. Wer freiwillig weiter in die Rentenkasse einzahlt, muss später eine höhere Rente erhalten.

---

<sup>323</sup> Vgl. Maike Rademaker, Mit 65 Jahren, da hört das Schuften auf, Financial Times Deutschland vom 13. Oktober 2010, im Internet abrufbar unter: <http://www.ftd.de/karriere-management/karriere/:ruhestand-mit-65-jahren-da-hoert-das-schuften-auf/50181915.html> (abgerufen am 16. Februar 2011).

<sup>324</sup> Vgl. Annette Berger, Lufthansa muss ältere Piloten ins Cockpit lassen, Financial Times Deutschland, 13. September 2011, im Internet abrufbar unter: <http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/:altersgrenze-60-jahre-lufthansa-muss-aeltere-piloten-ins-cockpit-lassen/60103452.html> (abgerufen am 26. September 2011).

<sup>325</sup> Vgl. Christian Elger, „Arbeit und Alter nicht ausschließen“, Interview in der Kölnischen Rundschau, 3. März 2012, S. 22.

12. Wir brauchen mehr Teilzeitjobs für Menschen, die auch nach dem „Kernarbeitsleben“ weiter arbeiten wollen. Wir brauchen mehr Dienstleistungsangebote für ältere Menschen außerhalb der Wohlfahrtskonzerne.
13. Die Verbote für Zuverdienstmöglichkeiten bei Renten und Pensionen sollten gestrichen werden. Was spricht eigentlich dagegen, im Ruhestand zusätzlich zur Rente oder Pension Geld zu verdienen, etwa weil man eine zu geringe Rente hat oder weil man gerne arbeitet. Nach der Regelaltersgrenze (heute 65 Jahre, demnächst 67 Jahre) darf man so viel hinzuverdienen, wie man will. Ein Zuverdienst über 400 Euro muss versteuert werden und erhöht den Einkommensteuersatz. Einnahmen bis 400 Euro gelten als Mini-Job und werden pauschal mit 2 Prozent versteuert. Vor Erreichen der Regelaltersgrenze darf ein Rentenbezieher nur 400 Euro p. M. hinzuverdienen. Liegt die Summe darüber, wird je nach Höhe des Zuverdienstes die Rente um ein Drittel, die Hälfte oder Zweidrittel gekürzt, bei 401 Euro p. M. schon um ein Drittel. Wer vor dem Ruhestand ein Gehalt von 2.700 Euro p. M. hatte, bekommt bis zu einer Zuverdienstgrenze von 1.023,75 im Westen und 908,87 Euro im Osten nur um ein Drittel, darunter um die Hälfte gekürzt. Werden alle Zuverdienstgrenzen überschritten, fällt die gesamte Rente weg. Alleine die Kompliziertheit der Regelung zeigt, dass sie falsch ist und gestrichen werden sollte.<sup>326</sup> Auch die Anrechnungsvorschrift der Riester-Rente gegenüber der Grundsicherung muss gestrichen werden. Wert trotz geringem Einkommen privat versorgt, muss ein

---

<sup>326</sup> Peter Neitzsch, Rentner, die arbeiten, sollten nachrechnen, in: Kölnische Rundschau, 01.12.2012, S. 27; siehe auch Thomas Öchsner, Gefährdeter Wohlstand, in: SZ 10.09.2013, S. 18.

höheres Alterseinkommen haben als derjenige, der nicht privat versorgt.<sup>327</sup>

## XIV

### Lösungswege: Generationengerechte Lebenswelt

Wenn die demografische Herausforderung unsere Gesellschaft älter, bunter, kleiner macht und wir gleichzeitig den Wohlstand und die soziale Absicherung erhalten wollen, müssen wir die Art, wie wir leben, ändern. Dafür muss ein „stimmiges Bild der gealterten Gesellschaft von morgen“<sup>328</sup> erarbeitet werden.

1. Alte Menschen kommen in der Sozialwelt oft nur als Abhängige vor. Ältere Menschen brauchen häufig aber erst bei schwerer Krankheit oder kurz vor dem Tod eine intensive Betreuung. Zwischen der Arbeitszeit und dem „Alter“ gibt es heute ein „Zwischenalter“. Dort sind die Menschen fit, agil, mobil, intellektuell interessiert. Sie wollen oft etwas tun, was sie bisher nicht tun konnten. Alter ist nicht mehr gleich Alter.<sup>329</sup> Wir brauchen neue Angebote für diese, teilweise mehr als zwei Jahrzehnte dauernde, neue Lebensphase.
2. Die Stadt- und Regionalplanung muss umgestellt werden auf die Bedürfnisse einer schrumpfenden Gesellschaft. Kommunalpolitiker

---

<sup>327</sup> Nadine Oberhuber, Das leere Versprechen, in: Die Zeit, 05.09.2013, S. 30 f.

<sup>328</sup> Elisabeth Niejahr, Alt sind nur die anderen. So werden wir in Zukunft leben, lieben und arbeiten, 2. Auflage, Frankfurt am Main 2005, S. 20.

<sup>329</sup> Der Soziologe Hans Bertram schreibt dazu überspitzt: „Selbst wenn Sie bis zu ihrem 65. Lebensjahr arbeiten und Sie werden 100 Jahre alt, 35 Jahre nur im Garten, das ist auch nicht das, was man sich vorstellt.“; vgl. Hans Bertram, Zur Krise der modernen Familie, in: Susanne Mayer / Dietmar Schulte (Hrsg.), Die Zukunft der Familie, München 2007, S. 35.

im Westen scheuen eine Diskussion über konkrete Folgen des Schrumpfungsprozesses, weil sie Angst vor dem angeblichen Imageverlust haben, der damit verbunden sei. Dabei gibt es in Ostdeutschland erste konkrete Erfahrungen mit dem notwendigen „Changemanagement“. Rückbau bedeutet auch Schließung von Schulen, Theatern, Freibädern, Sporthallen. Kommunen, die nichts tun, werden steigende Gebühren für Abwasser, Müllbeseitigung, Straßenreinigung etc. für die Bürger erheben müssen.<sup>330</sup>

Wir müssen die Infrastruktur unserer Städte und Gemeinden und unseren Wohnungsbestand weiter an die Ansprüche einer älter werdenden Gesellschaft anpassen. Die gute Idee der Mehrgenerationenhäuser alleine reicht nicht aus.<sup>331</sup>

3. Die Städte und Gemeinden müssen kommunale Anpassungsstrategien entwickeln. Die regionalen Unterschiede müssen stärker ermittelt und berücksichtigt werden.<sup>332</sup> Die Kommunalpolitik ist in den letzten Jahren von Wissenschaft und Landesplanung allein gelassen worden. Die kommunalen Strategien werden vielfältig sein. Es ist ein Unterschied, ob es eine hohe oder eine moderate Schrumpfungsquote gibt. Manche Studien beruhigen die Kommunen mit Globalzahlen. Es gibt keine Differenzierungen, ob in einem Stadtteil die Bevölkerungszahl steigt, in anderen aber sinkt. Der mangelnde Mut, sich der Aufgabe zu stellen, führt zu unrealistischen Auffassungen, man werde wohl weiter wachsen. Deshalb wird mit immer neuen Bebauungsplänen ein Wettbewerb um junge Familien durchgeführt. Die Landesplanung muss sich

---

<sup>330</sup> Vgl. Elisabeth Niejahr, *Alt sind nur die anderen. So werden wir in Zukunft leben, lieben und arbeiten*, 2. Auflage, Frankfurt am Main 2005, S. 77 ff.

<sup>331</sup> Wolfgang Koyoll, *Miteinander, nicht nebeneinander*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 03.09.2013, S. 9.

<sup>332</sup> *Altern in Deutschland*, Nova Acta Leopoldina Bd. 9, 2010, Halle (Saale), S. 65 ff.

dieser Herausforderung ebenso stellen wie die kommunalen Verantwortlichen. Die Erarbeitung einer „Schrumpfsstrategie“ erfordert von Kommunalpolitikern Mut. Es gibt zwar gute kommunale Beispiele, viele Kommunalpolitiker entziehen sich aber ihrer Verantwortung. Die bei vielen Stadt- und Gemeinderäten vorhandene Opferhaltung führt dazu, dass man eigene Initiativen unterlässt. Man wartet auf Geld von Land und Bund. Eine solche Blockadehaltung ist sicher nicht hilfreich, eine gesamtgesellschaftliche Anpassungsstrategie zu entwickeln.<sup>333</sup>

4. Wir brauchen ein Wiederaufleben der Sozialstationen als Service-Center für hilfeschende, vor allem ältere Mitbürger. Sie sind als Kontakt- und Service-Stationen sehr hilfreich und benötigen eine verlässliche Finanzierung. Wir brauchen mehr Angebote für die Hochbetagten, die noch nicht ins „Heim“ wollen. Neben „Essen auf Rädern“ und mobiler Pflege gibt es einen Markt für „Bettwäsche auf Rädern“, Mobilitätsdienste, Besuchsdienste, etc.
5. Wir brauchen heute eine gesellschaftliche Initiative gegen Einsamkeit. Viele Menschen sind heute einsam. Viele Senioren über 70 Jahre sind im Schnitt rund 17 Stunden allein am Tag. Mehr als 20 Prozent haben keine oder nur noch eine feste Bezugsperson. Kinderlosigkeit vergrößert das Risiko, einsam zu sein, erheblich.<sup>334</sup>
6. Die Zunahme sozialer Gewalt in den vergangenen Jahren hat nicht nur zu Jugendgewalt und Kindesmissbrauch geführt. Auch über

---

<sup>333</sup> Claudia Henzler, Bis zum letzten Mann, in: Süddeutsche Zeitung, 12.01.2013, S. 6/7; Mechthild Küpper, Die rührende Stadt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08. Oktober 2011, S. 3.

<sup>334</sup> Guido Kleinhubbert / Antje Windmann, Die Übriggebliebenen, DER SPIEGEL 2/2013, S. 38

Gewalttätigkeiten in Familien und Heimen gegenüber älteren Menschen wird immer wieder berichtet. Die Anstrengungen zum Schutz hilfebedürftiger Senioren und Hochbetagter müssen verstetigt und intensiviert werden. Dazu gehören die Meldepflichten von Ärzten, denen ungewöhnliche Verletzungen auffallen, ebenso wie in Heimen und Alteneinrichtungen. Besonders perfide sind zudem Trickbetrügereien, Raubüberfälle und weitere Straftaten, bei denen sich Kriminelle zum Teil mittels Vortäuschung falscher Tatsachen, zum Teil gewaltsam ganz bewusst Zugang zu den Wohnräumen älterer Menschen verschaffen. Auch hier gilt es, weiter vorzubeugen – u. a. durch breit angelegte öffentlichkeitswirksame Maßnahmen.

7. Bereits heute gibt es gute Erfahrungen mit „Altengenossenschaften“. Wer es sich nicht leisten kann, stellt Zeit zur Verfügung, die er in der Genossenschaft später anfordern kann. Wir brauchen mehr solcher Selbsthilfeorganisationen.
  
8. In Deutschland darf es keine „Alten-Ghettos“ geben. Statt weiter den Bau neuer Altenheime zu subventionieren, sollten neue Formen des integrierten Wohnens, Lebens und Arbeitens entstehen – beispielsweise der Bau von Wohngenossenschaften und Wohnstiften.<sup>335</sup> Notwendig ist auch der weitere Bau von Hospizen. Die Trennung verschiedener Lebensbereiche wie Wohnen, Arbeiten und Freizeit im deutschen Städtebau muss überwunden werden.

---

<sup>335</sup> Margaret Heckel, Die Midlife-Boomer, Hamburg 2012, S. 129 berichtet über praktische Beispiele, die den Wunsch verwirklichen, „zwar in der eigenen Wohnung, aber dort gemeinsam mit anderen wohnen“, verwirklichen.

Da viele Senioren im eigenen Haus oder der eigenen Wohnung leben, müssen viele Immobilien umgebaut werden. Dies bietet die Chance, neue Wohnformen zu entwickeln (vorstationäre Wohnformen, Service-Wohnen etc.). Bis zum Jahr 2020 müssen für die ambulante Pflege mindestens 800.000 Wohnungen angepasst werden. Nach einer Studie des Eduard-Pestel-Instituts ergeben sich bei einer Absenkung der stationären Pflegequote um fünf Prozent für das Jahr 2025 gesamtwirtschaftliche Einspareffekte von fast drei Milliarden Euro.<sup>336</sup>

9. Die Vorschriften für die Betreuung und Pflege müssen einfacher werden. Eine Haushaltshilfe, die für Leistungen entlohnt wird, darf keine Medikamente geben, da es sich um eine medizinische Leistung handelt, die gewerblich nicht ohne Zertifikationen erbracht werden.<sup>337</sup> Angehörigen ist dies erlaubt.
10. Die Infrastruktur in unseren Städten und Gemeinden muss altenfreundlicher werden. Warum gibt es nur in den USA größere Verkehrsschilder und auffallend breite Mittelstreifen? Einschränkungen im städtischen Winterdienst tragen oftmals zur Immobilität alter Menschen bei.
11. Die Pflegeinfrastruktur muss um neue Angebote ergänzt werden. Es muss geprüft werden, ob noch neue große Altenheime gebaut werden. Alternativ können Altenwohngemeinschaften eingerichtet werden. Dann können nie Menschen in ihrer vertrauten Umgebung

---

<sup>336</sup> Vgl. Walter Rasch, Wachstumsmarkt Seniorenimmobilien, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Juli 2009, S. 37.

<sup>337</sup> Michael Isfort, Anpassung des Pflegesektors zur Versorgung älterer Menschen, Aus Politik und Zeitgeschichte 4-5/2013, S. 32.

bleiben. In Form von Genossenschaftsmodellen oder Wohnungen mit angegliederter Pflegeinfrastruktur könnten gemeinnützige Wohnungsgesellschaften Alternativen zu Altenheimen entwickeln.<sup>338</sup> Die Nachfrage nach Pflegeangeboten wird nach Schätzungen bis 2030 um 320.000 Heimplätze steigen, ohne dass es bereits hinreichende konzeptionelle Überlegungen für den weiteren Ausbau der Pflegeinfrastruktur gibt.<sup>339</sup>

12. Wir wissen immer noch zu wenig über die Lebenswelten älterer Mitmenschen. Die Altenforschung, aber auch die Gesundheitsforschung im Allgemeinen müssen daher ausgebaut werden.<sup>340</sup> Der „Altenbericht“ der Bundesregierung, der über die Werte und Wünsche, die Lebensstile, die finanzielle Situation und insbesondere über Trends und Veränderungen bei den Älteren Auskunft gibt, ist hierfür ein guter Ansatz. Er alleine reicht allerdings nicht aus.

Die Altersforschung an den Universitäten muss intensiviert werden. Es reicht nicht aus, nur generationenübergreifende Projekte zu entwickeln oder eine „Demografiestrategie“ zu verkünden, ohne die politischen Konsequenzen zu ziehen. Politik und Gesellschaft müssen Ziele festlegen und die notwendigen Anstrengungen unternehmen, diese Ziele zu erreichen.

---

<sup>338</sup> Andreas Mihm, Die Pflege ist eine komplexe Angelegenheit, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Dezember 2012, S. 15.

<sup>339</sup> Mathias Bartsch / Fidelius Schmidt / Antje Wiedmann, Der Pflegefall, DER SPIEGEL 47/2012, S. 56 f. unter Bezugnahme auf eine Studie der Bertelsmann-Stiftung ([www.wegweiser-kommune.de](http://www.wegweiser-kommune.de))

<sup>340</sup> Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes, Berlin 2011, S. 237.



Wir müssen auch mehr in die altersbezogene Forschung investieren. In den letzten Jahren wurde in Bonn ein Nationales Forschungszentrum für Demenzforschung und in Köln ein Max-Planck-Institut für Biologie des Alterns gegründet. Der Ausbau des Max-Planck-Instituts für molekulare Biomedizin in Münster wird neue Möglichkeiten zur Heilung oder Linderung altersbedingter Krankheiten aufzeigen. Nicht nur die Behandlung, sondern auch die Prävention bei altersbedingten Krankheiten sollte weiter ausgebaut werden.

Dies gilt besonders, weil neue wissenschaftliche Erkenntnisse darauf hinweisen, dass die weit verbreitete Auffassung, dass längeres Leben automatisch zu mehr Alterskrankheiten wie Alzheimer und anderen Demenzerkrankungen führt.

Studien aus Schweden, den USA und den Niederlanden zeigen, dass Demenz vielleicht doch kein unabwendbares Schicksal einer alternden Gesellschaft ist. Wenn sich dies bestätigt, gibt es auch die Möglichkeit, durch präventive Maßnahmen die Zahl der Neuerkrankungen abzusenken.<sup>341</sup>

13. Fälle von Altersdiskriminierung müssen – deutlich mehr als das bislang der Fall ist – kenntlich gemacht, verhindert und bekämpft werden.<sup>342</sup> Das betrifft sowohl Jung als auch Alt. Es kann nicht sein,

---

<sup>341</sup> Harro Albrecht, Alter Schwede! Schützt gesunder Lebensstil die Gesellschaft vor Demenz?, Die Zeit 25. April 2013, S. 31.

<sup>342</sup> „Sowohl junge als auch ältere Menschen dürfen nicht wegen ihres Alters diskriminierend vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden. Innerhalb des Arbeitsverhältnisses darf eine Differenzierung nach dem Alter, ohne dass ein berechtigtes verhältnismäßiges Ziel angestrebt wird, nicht erfolgen. Im Falle der ungerechtfertigten Differenzierung droht Ungemach: Diskriminierende Beschäftigte können Vorteile der günstiger gestellten älteren oder jüngeren Arbeitnehmer

dass Menschen u. a. deswegen keine Kreditkarte bekommen, weil sie als zu alt bewertet werden.<sup>343</sup> Es kann nicht sein, dass ab einem bestimmten Alter der Abschluss einer zusätzlichen privaten Krankenversicherung nicht mehr möglich ist.<sup>344</sup> Und genauso wenig kann es sein, dass in Arbeits- und Tarifverträgen enthaltene Entgeltregelungen sich zuvörderst am Lebensalter orientieren und nicht an individuellen Fähigkeiten und tatsächlichen Leistungen.<sup>345</sup>

Altersgrenzen gibt es im deutschen Recht und in anderen Regelwerken gibt es „vor allem im Berufsrecht und im Recht des öffentlichen Dienstes, im Sozialrecht (hier vor allem im Rentenversicherungsrecht, aber auch darüber hinaus), im Recht des Ehrenamtes und im Recht der kommunalen Wahlbeamten und Wahlbeamtinnen, untergesetzlich gibt es Altersgrenzen eben in Satzungen von Vereinen und Verbänden, in Geschäftsbedingungen (etwa von Autoverleihfirmen oder von Finanzinstituten), in Tarifverträgen und in Arbeitsverträgen“.<sup>346</sup>

Nach einer neuen Befragung zählt Altersdiskriminierung in Deutschland zwar zu den häufigsten Diskriminierungsgründen, wird aber offenbar nur von wenigen der Betroffenen angezeigt. Dabei spielen zum einen die Sorge eine Rolle, durch eine etwaige Beschwerde weitere Nachteile zu erleiden. Zum anderen werde

---

verlangen“, siehe Ulrich Preis, Altersdiskriminierung im Arbeitsrecht, in: Ulrich Becker / Markus Roth (Hrsg.), Recht der Älteren, Berlin / Boston 2013, S. 288, der sowohl die europäische wie die deutsche Rechtslage darstellt.

<sup>343</sup> Vgl. Andreas Jalsovec, Zu arm und alt für die Kreditkarte, Süddeutsche Zeitung, 18. August 2011, S. 24.

<sup>344</sup> Vgl. Eva Quadbeck, Der Wert des Alters, Rheinische Post, 24. Januar 2012.

<sup>345</sup> Vgl. Peter Hanau, Demografiegerechtes Arbeitsrecht aktuell, Zeitschrift für Wirtschaftsrecht, 1/2011, S. 4.

<sup>346</sup> S. Wurm / F. Berner / C. Tesch-Römer, Altersbilder im Wandel, Aus Politik und Zeitgeschichte 4-5/2013, S. 7/8

Altersdiskriminierung schlichtweg als normal empfunden. Von Diskriminierung betroffen seien ältere Menschen vor allem als Verbraucher, Patienten und Arbeitnehmer.<sup>347</sup>

Das Thema Altersdiskriminierung beschäftigt die deutschen und europäischen Gerichte immer mehr: So entschied etwa der Bundesgerichtshof im April 2012, dass auch Manager mit zeitlich befristeten Verträgen Schutz vor einer Diskriminierung aus Altersgründen haben und sprach dem Kläger im konkreten Fall Anspruch auf Schadenersatz zu. Hintergrund: Einer der Geschäftsführer der Kölner Klinik-Gesellschaft hatte im Jahr 2004 einen Fünfjahresvertrag erhalten. Als dieser 2009 auslief, lehnte der Aufsichtsrat eine Verlängerung des Vertrages des damals 62-Jährigen ab und stellte stattdessen einen 41-Jährigen ein. Zugleich wurde der Aufsichtsratsvorsitzende der Gesellschaft in den Medien mit Begründung zitiert, man habe den 62-Jährigen nicht weiter beschäftigen wollen, da man in den Leitungsämtern eine Altersgrenze von 65 Jahren anstrebe. Der Bundesgerichtshof sah in diesem Hinweis ein Indiz für eine Diskriminierung aus Altersgründen und ging von einer rechtswidrigen Benachteiligung aus, solange die Klinik-Gesellschaft nicht das Gegenteil beweise.<sup>348</sup>

---

<sup>347</sup> So die Ergebnisse einer gemeinsamen Befragung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen und des Kuratoriums Deutscher Altershilfe, die im März 2012 veröffentlicht wurde; vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e. V. (BAGSO), Verbände und Nichtregierungsorganisationen stellen fest: Hohe Dunkelziffer bei Altersdiskriminierung, BAGSO-Pressemitteilung 7/2012, 5. März 2012.

<sup>348</sup> Vgl. Wolfgang Janisch, Ex-Klinik-Chef erstreitet Schadenersatz, Süddeutsche Zeitung, 24. April 2012; sowie Heike Anger, Keine Diskriminierung von Managern, Handelsblatt, 24. April 2012.

Der Europäische Gerichtshof wiederum hat sich in einem Urteil vom September 2011 mit den Tarifverträgen der Deutschen Lufthansa auseinandergesetzt. Geklagt hatten drei Piloten, deren Tarifverträge zum 60. Geburtstag automatisch ein Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis vorsahen. Dem Gerichtshof zufolge ist diese Altersgrenze unzulässig, diskriminierend, unverhältnismäßig und für die Luftsicherheit nicht notwendig. Denn nach geltendem deutschen und auch internationalen Recht können Piloten ihren Beruf bis zum 65. Lebensjahr ausüben.<sup>349</sup>

Im selben Monat erklärte der Europäische Gerichtshof darüber hinaus in einem weiteren Urteil eine Regelung im Bundesangestelltentarifvertrag für unzulässig, nach der die Vergütung eines Angestellten bei dessen Einstellung nach dem Lebensalter bemessen wird. Nach Ansicht der Luxemburger Richter ist auch dies eine unzulässige Diskriminierung – in diesem Fall jüngerer Arbeitnehmer. Noch nicht abschließend geklärt ist nun, inwieweit das Urteil auch über den Öffentlichen Dienst hinaus Bedeutung hat.<sup>350</sup>

In einem ähnlichen Fall hatte auch das Landesarbeitsgericht Düsseldorf zu urteilen. Dabei ging es um tarifvertraglich verankerte Urlaubsansprüche: Eine 24-jährige KassiererIn hatte dagegen

---

<sup>349</sup> Vgl. Annette Berger, Lufthansa muss ältere Piloten ins Cockpit lassen, Financial Times Deutschland, 13. September 2011, im Internet abrufbar unter: <http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/:altersgrenze-60-jahre-lufthansa-muss-aeltere-piloten-ins-cockpit-lassen/60103452.html> (abgerufen am 26. September 2011).

<sup>350</sup> Vgl. Tobias Grambow, Alter Tarifvertrag diskriminiert junge Mitarbeiter, Legal Tribune Online, 19. September 2011, im Internet abrufbar unter: <http://www.lto.de/index.php/de/html/nachrichten/4327/eugh-urteil-zum-oeffentlichen-dienst-alter-tarifvertrag-diskriminiert-junge-mitarbeiter/> (abgerufen am 26. September 2011).

geklagt, dass sie selber Anspruch auf 34 Urlaubstage hat, Kollegen, die das 30. Lebensjahr bereits überschritten haben, dagegen 36 Tage. Die Düsseldorfer Richter gaben ihr Recht und der Tarifvertrag wurde derart angepasst, dass ab dem Jahr 2012 allen tarifvertraglich Beschäftigten im nordrhein-westfälischen Einzelhandel sechs Wochen Urlaub zustehen.<sup>351</sup>

Alleine diese wenigen Beispiele zeigen, dass wir nach wie vor eine Reihe von Regelungen und Vorschriften bestehen, die Menschen allein aufgrund ihres Alters benachteiligen. Dies darf nicht so bleiben. Daher gehören die immer noch weit verbreiteten „Stichtage“ in unseren Gesetzen und Vorschriften weitgehend abgeschafft. Frank Schirmmacher hat Recht, wenn er schreibt: „Die Unterstellung, dass ein Mensch mit 60, 65, 70 oder 75 Jahren nicht mehr in der Lage sein soll, intellektuelle oder körperliche Leistungen im Berufsalltag zu erbringen, gehört zu den schleichenden Rassismen der Gesellschaft“.<sup>352</sup>

14. Ältere verfügen über einen riesigen Erfahrungsschatz. Wir müssen dafür sorgen, dass dieser noch stärker als bisher den anderen Generationen zur Verfügung steht – beispielsweise durch einen „Generationenatlas“, in dem zukunftsweisende Projekte und Erfahrungen gebündelt und somit anderen als Vorbilder zur Verfügung gestellt werden können. Im Bereich des öffentlichen Dienstes ist ein Mentorenprogramm denkbar, in dem ältere Experten jungen Führungskräften ihr Wissen vermitteln können.

---

<sup>351</sup> Vgl. Manfred Engeser / Ruth Lemmer, Alter ist kein Verdienst, WirtschaftsWoche Nr. 38, 19. September 2011, S. 96.

<sup>352</sup> Frank Schirmmacher, Das Methusalem-Komplott, München 2004, S. 91.

15. Es müssen neue Arbeitsangebote für „die zweite Karriere“ entwickelt werden. Menschen wollen im Alter etwas anderes tun als in ihrem ersten Berufsleben. Und sie müssen angesprochen. Viele halten sich aus „Statusgründen“ sonst zurück und warten darauf, angesprochen zu werden.<sup>353</sup>
  
16. Für die Hochschulen sollten Seniorprofessuren eingerichtet werden. Wie bei dem in Niedersachsen eingeführten Modell erhalten sie eine Vertragsverlängerung mit Aufstockung der Pension, Mittel für eine Mitarbeiterstelle und zur Verfügung gestellte Räume. So kann es gelingen, die Abwanderung ins Ausland nach der Emeritierung zurückzuführen.<sup>354</sup> Ähnliche Angebote sollten auch für ausländische Wissenschaftler in Deutschland an Hochschulen und Forschungseinrichtungen geschaffen werden.
  
17. Zugleich muss es uns gelingen, die Familiendiskriminierung zu beenden. Denn auch Familien mit Kindern werden in unserer Gesellschaft vielfach diskriminiert. Werbung für kinderfreie Hotels ist ebenso diskriminierend wie der Versuch, behindertenfreien Urlaub anzubieten. Wenn Senioren nur noch „ungestört“ sein wollen, werden sie einsam und krank. Die Gesellschaft muss Senioren etwas abverlangen. Sie müssen nach Kräften weiter Verantwortung für das Allgemeinwohl übernehmen.
  
18. Wir müssen ein kinderfreundliches Bildungssystem schaffen. Deutschland braucht ein Kindergartensystem, das noch mehr Bildungsaufgaben wahrnimmt. Für Kinder unter drei Jahren muss

---

<sup>353</sup> Henning von Vieregge, *Encore Career: Von der Ausnahme zur Normalität*, *Aus Politik und Zeitgeschehen* 4-5/2013, S. 16.

<sup>354</sup> Vgl. Julia Nolte, *Forschung 65+*, *Die Zeit*, 23. Juli 2009, S. 63.

ein größeres Betreuungsangebot aufgebaut werden. Zudem müssen wir in allen Schulformen ein erreichbares Ganztagsangebot errichten sowie die individuelle Förderung und die Durchlässigkeit der verschiedenen Schulformen verbessern. Die Möglichkeit, mit allen Schulabschlüssen sozial aufzusteigen, muss auch in Zukunft gewährleistet werden.

19. Die Erziehungstätigkeit der Mutter muss mit der beruflichen Tätigkeit der Frau gleichgestellt werden. Die steuerliche Gleichstellung einer Familie mit mehreren Kindern mit einem „Familienunternehmen“ – das heißt Ehegatten- und seine Weiterentwicklung zum Familiensplitting<sup>355</sup> – soll die ungerechte Lastenverteilung korrigieren. Die alleinige Gewährung von Steuerbegünstigungen für überindividuelle Erziehung verstößt gegen die Grundsätze der staatlichen Neutralität und der Wahlfreiheit der Eltern.
20. Immer mehr ältere Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte leben in Deutschland. Auch für sie und ihre speziellen Wünsche und Bedürfnisse muss ein Leitbild entwickelt werden. Viele von ihnen werden sich nicht mehr darauf verlassen können, im Alter in der Großfamilie leben zu können. Hierzu sind weitere entsprechende Erhebungen und Studien notwendig.<sup>356</sup>
21. Die Zahl alter Menschen mit Behinderungen steigt. Auch hier sind neue Antworten für besondere Bedürfnisse erforderlich. Für die Eltern von behinderten Kindern ist es wichtig zu wissen, dass diese

---

<sup>355</sup> Vgl. Christian Geyer, Das dritte Kind, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Juni 2006, S. 41.

Vgl. auch: Konrad Adam, Besser für Eltern und Kind, Die Welt, 29. Juni 2006.

<sup>356</sup> Siehe auch: Monika Alisch, Michael May, Selbstorganisation und Selbsthilfe älterer Migranten, Aus Politik und Zeitgeschehen 4-5/2013, S. 40 ff.

gut versorgt sind, wenn sie selbst die Pflege nicht mehr sicherstellen können.

22. Hunderttausende von alten Menschen in Deutschland werden jedes Jahr ganz oder teilweise entmündigt. Die entsprechenden rechtlichen Grundlagen dazu müssen überprüft und geändert werden. Denn: Jeder Mensch soll solange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben führen können. Es darf nicht sein, dass ein Mensch entmündigt werden muss, nur weil er davor bewahrt werden soll, aus dem Bett zu fallen.

Trotz einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2010 (Novellierung des Betreuungsgesetzes von 2013), wonach die Entscheidungen von Betreuungsgerichten nur nach vorheriger Anhörung der Betroffenen erfolgen können, gibt es immer mehr Betreuungsverfahren. Jedes Jahr werden rund 240.000 Menschen „entmündigt“. Die Zahl der Betreuungsverfahren stieg von 2000 bis 2010 um 42 Prozent auf rund 1,3 Mio. Im Zuständigkeitsbezirk des Amtsgerichts München sind 16 Richter für 13.300 Menschen zuständig.<sup>357</sup>

## XV

### **Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft machen eine Gesellschaft stark**

---

<sup>357</sup> Guido Kleinhubbert, Michael Loeckx, Udo Ludwig, „Als Depperte abgestempelt“, DER SPIEGEL 23/2012, S. 54 ff.; Heribert Prantl, Es entstehen keine Kosten, Süddeutsche Zeitung, 15. Juni 2013, S. 6.



Deutschland wird sich durch den demografischen Wandel ändern. Und es wird lange dauern, bis eine neue gesellschaftliche Balance entstanden ist. Natürlich wird es auch Konflikte geben. Die Generation der Erwachsenen wird lernen, mit den „Neuen Alten“ zu leben.<sup>358</sup> Früher hatten sie das Sagen, wenn sie den „Hof“ übernommen hatten. Sie bestimmten, wo es lang geht und die Alten passten sich an. Die „Neuen Alten“ haben eigene Vorstellungen von ihrem vierten Lebensabschnitt. Denn sie haben noch eine lange Zukunft vor sich. Und sie erwarten noch etwas vom Leben. Sie wollen noch etwas aus ihrem Leben machen. Ihnen geht es nicht um „mehr“ Geld. Sie wissen, was sie in einem langen Leben erarbeitet haben. Ihnen geht es um mehr Lebensqualität und nicht nur um mehr Rente und einen höheren Lebensstandard. Und weil sie „viele“ sind, werden sie auch zu Trendsettern. Noch lassen sie es sich gefallen, dass sie in der Öffentlichkeit, in den Medien als diejenigen dargestellt werden, die es eigentlich nicht gibt, die zwischen Jung und Alt leben.

Noch begehren sie nicht auf, wenn man ihnen empfiehlt, immer jung zu bleiben. Noch hat sich kein eigenes Bild, kein eigener Begriff der „aktiven Alten“ herauskristallisiert, für die, die nicht mehr der Fitness hinterher rennen und deren Lebenswirklichkeit mit Mallorca-Urlaub gleichgesetzt wird. Sie sind zwar nicht mehr so fit wie früher, aber vital. Sie wollen, dass ihr Leben einen Sinn hat. Sie sind bereit, zu arbeiten, wenn sie gebraucht werden. Sie sind bereit, zu helfen, wenn in der Familie Not am Mann bzw. an der Frau ist. Sie sind wissbegierig und lernfähig. Sie interessieren sich für Neues und können etwas beitragen, weil sie in ihrem Leben schon viel gelernt haben. Sie wollen ihre Erfahrung zur

---

<sup>358</sup> Vgl. Horst W. Opaschowski / Ulrich Reinhardt, *Altersträume. Illusion und Wirklichkeit*, Darmstadt 2007, S. 111.

Verfügung stellen. Sie wollen Beständigkeit und verkörpern damit das, was unserer Gesellschaft heute am meisten fehlt.

Eine große Frage der kommenden Jahre wird sein, wer die „aktiven Alten“ abholt. Unsere Gesellschaft wird ohne sie nicht auskommen. Aber entdecken die Kirchen, welcher Schatz in ihrem Leben liegt und wie viel Menschlichkeit von ihnen ausgehen kann? Versteht die Wirtschaft endlich, dass es nicht nur um Kreuzfahrten, Wellness, Seniorenresidenzen, Treppenlifter und Rollatoren geht? Haben die „aktiven Alten“ nicht ein Recht, im Kulturbetrieb das sehen und hören, ja sogar selber machen zu können, was ihnen zusagt? Viele von ihnen sind in einer Zeit aufgewachsen, in der man für mehr Bildung und sozialen Aufstieg noch kämpfen musste. Nicht jeder kommt aus dem Bildungsbürgertum, das so mancher immer noch meint bekämpfen zu müssen. Vielleicht gibt es ja noch etwas Neues, das die „aktiven Alten“ nicht gleich aus dem Theater jagt und Junge auch interessiert.

Wo können die „aktiven Alten“ ihren Bildungsdurst stillen? Gibt es eigentlich schon eine Pädagogik für die „aktiven Alten“ oder braucht man die nicht, weil man ja auch die Jüngeren alles (hin)nehmen müssen, wie es präsentiert wird? Übrigens auch die Politik könnte wieder interessanter werden, wenn die „aktiven Alten“ nicht erst nach 40 Jahren Parteimitgliedschaft das Recht auf politische Mitgestaltung bekommen.

Und wie werden die Parteien auf die Veränderungen in ihrer Wählerschaft reagieren? Eigentlich müssten sie wissen, wie es weitergeht. Die Mitgliederzahlen der Parteien sinken. Der

„Vergreisungsprozess“<sup>359</sup> geht weiter. Die ersten Seniorenvereinigungen in den Parteien sind gegründet.<sup>360</sup> Schon heute kann keine Partei ohne „Senioren“ Wahlkampf führen. Wer Marktstände der Parteien besucht, trifft dort vor allem ältere Mitglieder. Da aber die Jungen fehlen, ist diese Entwicklung nicht von Dauer. Gelegentlich entstehen Konflikte, wenn junge Politiker in angeblicher Wahrnehmung der Interessen der jungen Generation einen Verteilungskampf vom Zaun brechen. Solche innerparteilichen Streitigkeiten werden zumeist schnell beendet. Aber verloren haben meist die Jungen. Und wer von den Senioren-Politikern in angeblicher Interessenwahrnehmung seiner Generation überzogene Forderungen erhebt und spaltet, der steht schnell allein da. Er hat übersehen, dass die Senioren keine homogene Interessengruppe sind. Wenn Parteiführungen daraus den Schluss ziehen, man müsse sich nicht um Interessen der älteren Generation kümmern, dem sei die Lektüre der Leserbrief-Seite der Zeitungen empfohlen. Keine Generation ist so davon überzeugt, dass sie es verdient hat, dass es ihr gut geht.

Es wird Zeit, sich um eine neue Generation zu kümmern. Das sind Menschen, die es immer schon gegeben hat, aber die nicht so sind, wie sie früher waren. Wo sind die neuen Türen zum Einsteigen? Wir sollten die „aktiven Alten“ nicht draußen vor der Tür lassen. Wir brauchen sie!

Individualismus und Materialismus haben nicht nur in Deutschland, sondern überall in Europa dazu geführt, dass unsere westliche Gesellschaft kälter geworden ist. Viele Menschen fühlen sich einsam und

---

<sup>359</sup> Franz Walter, Die SPD. Biographie einer Partei, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 282.

<sup>360</sup> CDU: Senioren-Union seit 1988, SPD: Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus seit 1994, Bündnis 90 / Die Grünen: Die Grünen Alten seit 2004, FDP: Liberale Senioren seit 2001, Die Linke: Seniorenarbeitsgemeinschaft seit 1991.

alleine. Statt gemeinsam das Leben lebenswert zu machen, denken zu viele nur an sich.

Eine Gesellschaft ist aber nur menschlich, wenn unsere Kinder und Jugendlichen die Chance zum sozialen Aufstieg haben. Sie ist menschlich, wenn Erwachsene und Senioren Arbeit haben, wenn sie sinnvollen Tätigkeiten nachgehen können und gemeinsam mit Familie und Freunden ein erfülltes und glückliches Leben führen. Und sie ist menschlich, wenn Hochbetagte wissen, dass sie die Hilfe, die sie benötigen, auch bekommen.

Unser Land kann vorhandene Spaltungen überwinden, wenn es nur will. Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft machen eine Gesellschaft stark. Wer für andere da ist und ihnen etwas schenkt, bekommt es tausendfach zurück. Eine lebenswerte Gesellschaft wird den demografischen Wandel nutzen, um die alten Tugenden der Gemeinsamkeit und des Miteinanders neu zu beleben.